Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

...kampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei ...ausgabe 2.30 Mark durch die Post bezogen 2.00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und ...ktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 13 Pf. für den mm Höhe u. Spalte; 70 Pf. im Textteil. Manuskripte sind zu richten nach Halle (Red.) 21045, (Berl.) 21047, (Prod.-Gen.) 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- und Privat-Bank Halle; Friedmann & Co., Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroß, Halle.

...elpreis 10 Pf. | Halle, Dienstag, 20. März 1928 | 8. Jahrgang • Nr. 68

Faschistische Mordbuben vor Gericht

Der Ueberfall auf die Berliner Kapelle des Roten Frontkämpfer-Bundes

Rübezahl, Hakenkreuzler und Analphabet

(Eig. Meldung.) Berlin, 19. März.

...vormittag begann vor dem Großen Schöffengericht in Lichter-...de Landfriedensbruchprozeß gegen die Mitglieder der Natio-...alsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, die am 20. März ver-...en Jahres eine Kapelle des Roten Frontkämp-...bundes auf den Bahnhöfen Trebbin und Lichterfelde be-...mit einem Steinhagel, Stöcken, Knüppeln und Fahnen-...ngriffen behandelt und verletzt haben.

...m Ueberfall beteiligten sich mehrere hundert National-...ialisten. Sie lieferten den zahlenmäßig weit unterlegenen roten ...mpfern eine regelrechte Schlacht. Die Polizei stellte nur ...Nationalsozialisten fest. Nur einer der Angeklagten be-...ndet sich noch in Haft. Sieben Nationalsozialisten sind gegen-...ngeklagt. 21 Mitglieder des RFB. sind als Nebenkläger ...tätig; sie werden durch die Rechtsanwälte Genossen Dr. Obuch ...d Samter vertreten.

...Beginn des Prozesses beantragte Dr. Samter, noch weitere zehn verletzte RFB.-Kameraden als Nebenkläger zuzulassen. Er betonte, daß der größte Teil der von der Verteidigung geladenen Zeugen der Mittäterschaft dringend verdächtig seien. Es lägen Beweise vor, daß gegen einige Angeklagte die Anklage wegen Mordversuchs gerechtfertigt wäre.

Heute wurden nur zwei Angeklagte vernommen, und zwar der Haupträdelsführer Willi Schäfer, der sich als Gelegenheitsarbeiter bezeichnet und Polzin. Schäfer muß zugeben, daß er kaum schreiben kann, von 1919 bis 1921 Mitglied der Reichswehr war, und mehrmals wegen Bettelns vorbestraft ist. Er führt seine Verteidigung sehr provokatorisch und behauptet, daß sein Spitzname „Rübezahl" von dem „Kommunistengesindel" stamme. Der Vorsitzende muß sich diese Ausdrucksweise verbitten.

Alle beiden Angeklagten bestreiten irgend das geringste gegen die RFB.-Kameraden getan zu haben. Schließlich gibt aber Schäfer zu, „wenn ich geschmissen wurde, habe ich wieder geschmissen". Die Verhandlung wird morgen fortgesetzt.

...eraus zur Ortsverwaltungswahl im DMV.!

...Kößler und Ko. haben ihre Sorgen. Sie waren in den ...agen, um die kommunistische Ortsverwaltung in der ...Halle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu erobern. ...Mittel, auch die schmutzigsten Denunziationsversuche schei-...Im Gegenteil, die Reformisten brachten sich durch ihre ...Agitatorie, durch die Kapitulation vor dem Schlich-...hat, durch die Korruptionsunterstützung an streikende SPD.-...ew. um den letzten Kredit bei der hallischen Arbeiterschaft. ...versuchen sie mit einem letzten Vorstoß von außen den Ver-...am Mittwoch im „Volkspark" stattfindenden General-...lung des Deutschen Metallarbeiterverbandes zu beein-...Zirka tausend Exemplare von folgendem Schreiben wurden ...an die hallischen Metallarbeiter versandt:

Halle, 17. März 1928.

...Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes
Verwaltung Halle-Saale

...Werter Kollege!

...Mittwoch, dem 21. März, abends 7 Uhr, findet im „Volks-...Generalversammlung des DMV., Zahlstelle Halle, statt. ...Versammlung findet die Neuwahl der Ortsver-...ung statt, und wieder werden sich wie im Vorjahr zwei ge-...Listen gegenüberstehen.

...darf wohl nur dieses Hinweises, um Dich zu veranlassen, ...Versammlung zu kommen und für die Gewerkschaftsliste, die ...sichtlich (!!) mit den Namen des Kollegen Gröbel be-...zu stimmen. Wir wollen, daß auch in Halle im DMV. Ge-...schaftsfragen erörtert, sowie Gewerkschaftsarbeit geleistet wird.

Ferner wollen wir, daß die Ortsverwaltung in Halle und ihre Vertreter mit den Kollegen der anderen Verwaltungen im Bezirk Hand in Hand arbeiten und ihnen nicht dauernd auf Anweisungen der Kommunistischen Partei Schwierigkeiten machen, die die Erfolge (?) unseres Gewerkschaftskampfes gefährdet. Du kommst also am Mittwoch in die Generalversammlung und stimmst für die Liste Gröbel.

Der Fraktionsvorstand
J. A.: Wilhelm Becker, Paul Täumel.

★

Das Schreiben zeigt die ganze Hilflosigkeit und verlogene Demagogie der reformistischen Gewerkschaftsbureaukratie. Sie, die in den Gewerkschaften durch organisatorische Druckmittel verhindern, daß die Mitglieder Gewerkschaftsfragen erörtern können, die jetzt erst wieder z. B. bei der Aufstellung der Betriebsratslisten zum Leuna-Werk für sich eine Mehrheit zusammenschieben möchten, die im Fabrikarbeiterverband und in anderen Organisationen durch dicke Schwindeleien zu verhindern suchen, daß revolutionäre Gewerkschaftler als Kartelldelegierte aufgestellt werden, etablieren sich hier als die Vertreter der Demokratie in den Gewerkschaften. Höher geht's nimmer.

Die hallischen Metallarbeiter werden die gebührende Antwort zu geben wissen. Sie werden in großen Massen die Metallarbeiterversammlung besuchen und dort Abrechnung halten mit den Reformisten.

Keine Stimme der Liste der Reformisten, der Liste Paul Gröbel! Der Sieg der Liste der Opposition muß ein überwältigender werden.

★

Aus der Märzdemostration des Berliner Proletariats:

Revolutionäre Jugend ehrt die Toten der Revolution

★

Tarifpolitik — Streikstrategie

Allgemeine Bemerkungen zur Generalversammlung des DMV., Ortsgruppe Halle

I.

—e. Halle, den 20. März.

Wenn am kommenden Mittwoch die hallischen Metallarbeiter sich eine neue Ortsverwaltung wählen, werden sie vorher gründlich über die Lehren des mitteldeutschen Metallarbeiterstreikes sprechen müssen. Da diese Diskussion eine Angelegenheit der gesamten Arbeiterklasse ist, da die Chemie- und Bergarbeiter, die Eisenbahner, Angestellten usw. ebenfalls und in ihrem Interesse die Lehren aus dem mitteldeutschen Metallarbeiterkampf ziehen müssen, nehmen wir hierzu Stellung.

Wenn man einen Feind erfolgreich bekämpfen will, dann muß man die größtmöglichste Klarheit über seine Kräfte und deren Entwicklungsfähigkeit, aber auch über die eigenen Kräfte und ihre Entwicklungsfähigkeit besitzen. Die Metallarbeiter-Armee von Halle, die es in den Kampf zu führen galt, setzte sich zu einem großen Teil aus gewerkschaftlich unorganisierten Kollegen zusammen. Der politische Reifeprozeß dieser Metallarbeiter hat sie im allgemeinen wohl schon zur Verneinung der reformistischen Gewerkschaftspraxis, der Praxis des Arbeiterverrats, geführt, aber noch nicht zur Bejahung der von uns Kommunisten propagierten revolutionären Klassenpolitik in den Gewerkschaften. Indem wir das feststellen, stellen wir gleichzeitig die Frage: Haben wir alles getan, um den Entwicklungsprozeß dieser vom Reformismus tatsächlich schon losgelösten Masse zu uns durch systematische Agitation und Propaganda zu fördern?

Jedenfalls wirkte die Tatsache, daß im Gegensatz zu Magdeburg und Dessau in Halle ein sehr großer Prozentsatz Unorganisierter am Kampf teilnahm, hemmend auf die Bewegung in Halle.

Die Unorganisierten können nicht so kämpfen wie die Organisierten, erklärten viele, wobei sie, nebenbei bemerkt, denselben Gedanken aussprachen, auf dem die Kößler & Co. ihre Hoffnungen setzten. Die Unorganisierten sollten in Halle abbröckeln und den Reformisten das politische Argument gegen die KPD. geben: Wir haben den Streik abwürgen müssen, weil das kommunistische Halle nicht standgehalten hat. Daß das nicht geschah, ist nicht nur ein Beweis für die glänzend durchgeführte Solidaritätsaktion der mitteldeutschen Arbeiterschaft, sondern auch eine glatte Widerlegung der reformistischen These, daß man dann erst kämpfen könne, wenn möglichst alle Arbeiter gewerkschaftlich organisiert sind. Viele Hunderte (zirka 800) von Metallarbeitern haben sich während des Kampfes der freien Gewerkschaft angeschlossen. So hat auch der Verlauf dieses Kampfes bewiesen, daß der Kampf der Mutterboden für die gewerkschaftliche Organisation ist, daß sich hauptsächlich nur in Kampfzeiten die Massen organisieren, während sie in Zeiten des „Wirtschaftsfriedens" und des Kuhhandelns die Gewerkschaften in großen Scharen verlassen.

Unsere Stellung zu den Tarifverträgen ist keine Frage des Prinzipes, sondern der Taktik. Den Reformisten geht der Tarif über alles. Sie wollen den „Wirtschaftsfrieden" und helfen ihn mit möglichst langen Tarifverträgen sichern. Für uns ist er höchstens ein zeitweiliger Waffenstillstand, für den wir uns aber nur dann erklären, wenn im Zeitpunkt seines Abschlusses keine Möglichkeit mehr besteht, den Kampf erfolgreich fortzusetzen. Der mitteldeutsche Metallarbeiterkampf konnte und mußte fortgesetzt werden. Der Schiedsspruch diktierte den Arbeitern einen Lohn und eine Tarifzeit, die in keiner Weise der für die Arbeiter günstigen Kampfsituation entsprach. Darum mußten wir diesen Schiedsspruch nicht nur ablehnen, sondern seine Verbindlichkeitserklärung bekämpfen.

Die Verbindlichkeitserklärung bedeutet einen direkten Raub des Streikrechts. Was hier unter dem Schein des Rechtes und der Gesetzlichkeit gemacht wird, ist nichts anderes als die Durchführung des Klasseninteresses der Bourgeoisie. Das Interesse, was für uns maßgebend ist, ist aber das Klasseninteresse des Proletariats. Durch die Praxis beweist das von den sozialdemokratischen Führern als Erfolg gerühmte Schlichtungswesen immer mehr, daß es die erste Barrikade der Bourgeoisie ist, die, von von der Arbeiterklasse prinzipiell und aufs schärfste bekämpft, gestürmt werden muß.

Da die Reformisten aber Tarifpolitik und Schlichtungswesen gewissermaßen als Krönung ihrer Gewerkschaftsarbeit hinstellen und höchstens davon sprechen, daß es darauf ankomme, bei den Wahlen „neuen Geist" in sie zu füllen, wäre es leichtfertig, wenn ein kommunistischer Gewerkschaftler auch nur eine Minute den radikalen Worten, die die Gewerkschaftsführer in Kampfzeiten schwingen und besonders während des mitteldeutschen Metallarbeiterstreiks gegen **das Schlichtungswesen schwangen, glauben würde. Vertrauen zu**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280320-13/fragment/page=0001

den reformistischen Phrasen entwindet unseren Händen die Initiative und zwingt uns zu einer Politik im Schatten der Reformisten. Wir müssen die Initiative in den Händen haben! Die Opposition ist der Träger der revolutionären Klassenkampfpolitik, sie muß das durch ihre einzelnen Funktionäre in der Tat beweisen.

Revolutionäre Politik ist aber auch in den Gewerkschaften nur möglich, wenn sie sich auf die breitesten Massen der betreffenden Arbeiterschichten stützt. Von der Führung der Opposition muß darum eine Fraktionsarbeit betrieben werden, die nicht nur einige Spitzenfunktionäre umfaßt, sondern die große Masse der revolutionären Gewerkschaftsmitglieder in der Fraktion erfaßt und sie als Hefe in der größeren Masse der Betriebsarbeiter wirken läßt. Dort erringt sich der Kommunist das zur Führung notwendige Vertrauen dann am besten, wenn er bei der Diskussion besonders über Streikstrategie und -taktik beweist, daß er ein guter und erfahrener Praktiker ist, daß die Wege, die er vorzuschlagen hat, bessere sind, als jene, die die Reformisten einschlagen wollen. Für uns kommt es natürlich nicht in erster Linie darauf an, einen neuen Waffenstillstand, einen neuen Tarifvertrag zu erringen, sondern im Kampf die Massen so zu organisieren, daß sich ihr Klassen- und Kampfbewußtsein in Verbindung mit der Organisation zu einer Waffe steigert, mit der wir nicht nur Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen durchzusetzen vermögen, sondern auch den Kapitalismus entscheidend zu schlagen. Selbstverständlich werden in diesem Kampf auch größere Teilerfolge oder, wie Lenin sagt: „Nebenprodukte des revolutionären Klassenkampfes" errungen werden können. Man darf sogar ruhig aussprechen: die durch eine revolutionäre Klassenkampfpolitik erreichten Teilerfolge werden im allgemeinen größer sein als jene, die die Reformisten mit ihrer Politik des Zitterns und Zagens, des Paktierens und Kuhhandelns erreichen können. Wie gesagt: diese Teilerfolge sollen nicht das Ziel, sondern nur die Nebenprodukte des revolutionären Klassenkampfes sein. Das Ziel ist die Beseitigung des Kapitalismus, die Errichtung des Sozialismus. Um den Kampf um dieses Ziel gilt es während solcher Kämpfe die Massen zu sammeln. Wie das geschieht, welche Strategie und Taktik angewandt werden muß, werden wir morgen an dieser Stelle ausführen.

Schwarzweißrote Offensive für die Pfaffenschule

(Eig. Meld.) **Berlin**, 19. März.

Gestern veranstaltete die Deutschnationale Volkspartei im Zirkus Busch eine Massenkundgebung für Elternrecht und christliche Schule. Von der Kuppel herab wehten schwarzweißrote Fahnen und das Rednerpult schmückte die alte Marineflagge. Als Ehrengäste waren anwesend Justizminister Hergt, Graf Westarp, die Reichstagsabgeordneten Dr. Spahn, Dr. Mumm, Frau Scheidel, Lehrer Schulze, Dr. Kendell war nur wegen Krankheit behindert. Frau Reichstagsabgeordnete Scheidel sieht in dem Schulkampf der Gegenwart eine neue Form des großen Ringens des Volkes um Wiedergewinnung seiner geistigen Einheit. Es müsse ein Geschlecht herangezogen werden, das in geistiger Beziehung zu einem einheitlichen Volksganzen zusammengefügt werden könne.

Dr. Spahn forderte, daß Protestanten und Katholiken sich zu einer großen Front zusammenschließen.

Dr. Mumm erklärte, daß der Kampf um das Reichsschulgesetz bis zu Ende durchgeführt werden müsse, und daß die Deutschnationale Partei die Frage der christlichen Schule zum Gegenstand eines Volksbegehrens machen werde.

Graf Westarp erklärte zum Schluß, daß die Elternschaft in eine mächtige Bewegung eingetreten sei, die auf das ganze Reich ausgedehnt werden müsse. Die Deutschnationale Partei wolle sich dieser Bewegung dienstbar machen.

„Wenn auch diese Kundgebung schon Wahlmache ist, so ist doch klar ersichtlich, daß die Mucker alles aufbieten werden, um die Schule restlos unter die Herrschaft der Kirche zu bekommen. Wie man sieht, gibt es in dieser Frage keinen Streit zwischen den Konfessionen. Um so mehr müssen alle Eltern und Erzieher auf dem Posten sein, um die Anschläge der geistigen Dunkelmänner zu bekämpfen.

Ein Opfer des katholischen Cölibats

(Eig. Meld.) **Berlin**, 19. März.

Der sozialdemokratische „Abend" berichtet aus Graz:

„Die Obduktion des vor einigen Tagen tot aufgefundenen Pfarrers Janz ergab, daß es sich um keinen Mord und auch um keinen Selbstmord, sondern um eine Verunglückung bei einer perversen Selbstbetätigung handelt. In der Ekstase dürfte der Mann etwas zu weit gegangen sein, das Bewußtsein verloren haben, niedergesunken sein und sich dabei erdrosselt haben. Die Haussuchung förderte interessante Dinge zutage. Er war im Besitz einer geradezu grotesken Garderobe. So wurden neben Meßgewändern sieben Garnituren moderner Mädchenkleider gefunden, neben der Stola hingen Damenhöschen und Kombinationen, seidene Strümpfe, feine Damenschuhe, Busenhalter und ein Reithofer Gummihusen. Außerdem wurden Photographien gefunden, die den Pfarrer in verschiedenen Damenkleidern darstellen."

Barmat-Prozesse bis 1935

Der Barmat-Prozeß, der das Gericht seit dem 11. Januar 1927 beschäftigt, nähert sich nunmehr seinem Ende. Die letzten drei Wochen waren ausschließlich den Plädoyers der Verteidiger der elf Angeklagten gewidmet. Nach den Dispositionen des Gerichts soll das Urteil noch vor Ostern verkündet werden, so daß der Barmat-Prozeß dann nach beinahe fünfzehnmonatiger Verhandlung zunächst sein Ende erreicht haben dürfte. Für das Gericht ergibt sich dann allerdings die noch sehr langwierige Arbeit der Fertigstellung der schriftlichen Urteilsbegründung, die voraussichtlich ein Jahr in Anspruch nimmt.

Falls das Urteil gemäß den Strafanträgen der Staatsanwaltschaft ausfällt, ist damit zu rechnen, daß ein großer Teil der Angeklagten Berufung einlegt, so daß sich das Gericht auch in zweiter Instanz mit der umfangreichen Barmat-Materie sodann beschäftigen muß. Von eingewebter Seite wird hierzu erklärt, daß im Fall daß alle Instanzen angerufen werden, das Ende aller Barmat-Prozesse kaum vor 1935 zu erwarten ist.

Die Deutsche Demokratische Partei im Wahlkreis Halle-Merseburg hat als Spitzenkandidaten für den Reichstag und den Preußischen Landtag den Minister Dr. Schreiber aufgestellt.

Beim Münchener Wikingbund fand am Sonnabend eine Haussuchung statt, die auf Grund des vorgefundenen Materials auf die Wohnungen einer Reihe von Ortsgruppenführern ausgedehnt wurde.

Genosse Margies zeichnet für den Wahlfonds!

Einige Genossen der kommunistischen Studentenfraktion in Frankfurt am Mai sammelten 17,80 Mark als Geburtstagsgeschenk für unseren im Zuchthaus schmachtenden Genossen Margies. Genosse Margies hat diesen Betrag dem Wahlfonds der Partei überwiesen. Arbeiter! Zeigt die gleiche Opferfreudigkeit wie Euer hinter Kerkermauern schmachtender Klassengenosse!

Stärkt den Wahlfonds der KPD.!

Zeichnet auf die Sammellisten! Kauft Wahlfondsmarken! Zahlt ein auf das Postscheckkonto Berlin Nr. 102 254, W. Pieck!

Abrüstungsphantasien

Das sozialdemokratische „Volksblatt" im Lager der schwerindustriellen Kriegshetzer

Unter der Ueberschrift **„Abrüstungsphantasien"** bringt das gestrige „Volksblatt" eine Londoner WTB.-Meldung über einen Leitartikel der „Times", in dem die **Zwecklosigkeit der vorbereitenden Abrüstungskonferenz und aller ihrer Arbeiten festgestellt wird.** Im Kommentar zu dieser Meldung hat das sozialdemokratische „Volksblatt" am Schluß dann nichts weiter zur Frage der Abrüstung zu sagen, als was an demselben Tage die „Deutsche Bergwerkszeitung" zu vertreten hat.

Wir stellen die Aeußerungen der beiden Zeitungen nebeneinander, damit sie um so besser verglichen werden können.

Das „Volksblatt" schreibt:	Die „Bergwerkszeitung" schreibt:
„Die Frage der Abrüstung kann wirksam nur unter der Führung eines deutsch-französisch-englischen Triumphirats der Demokratie zu einem sichtbaren Ergebnis geführt werden."	**„Aber eines ist möglich: Eine wirtschaftliche u. politische Verständigung unter den dreien! (Deutschland, Frankreich, England.) Wenn sie zustande käme, wäre in der Tat der Friede Europas und der Friede der Welt gesichert."**

Was wir schon immer gesagt haben, wird damit erneut bestätigt: Die SPD. spielt im Schlepptau der Großbourgeoisie, sie macht eine Politik, die absolut den Interessen des deutschen Trustkapitals entspricht. Gegen wen sich das „deutsch-französisch-englische Triumphirat" richten wird und muß, spricht im Gegensatz zum „Volksblatt" die „Bergwerkszeitung" ziemlich unverblümt aus. Es heißt da:

„Sie — **die Verständigung — brauchte und dürfte nicht etwa zustande kommen mit der Front gegen Rußland. Keineswegs! Aber sie würde ohne weiteres das, was gefährlich ist in der bolschewistisch-kommunistischen Politik Moskaus, unschädlich machen.**"

Zunächst wird hier eine feine Differenzierung zwischen Rußland und dem bolschewistisch-kommunistischen Moskau durchgeführt, was nichts anderes bedeutet als den Versuch, sich „Rußland", d. h. dem bürgerlichen Rußland, als Retter anzubieten. Dann ist es ganz klar, daß „das Gefährliche an Moskau", am Bolschewismus all das ist, was den Klasseninteressen der Bourgeoisie widerspricht, aber den Interessen der Arbeiterklasse entspricht. Das würde sogar „ohne weiteres" von diesem Dreibund unschädlich gemacht werden. Mehr Deutlichkeit ist nicht nötig!

Wenn nach dieser logischen Fortsetzung der Ausführungen, die gemeinsam im „Volksblatt" und der „Bergwerkszeitung" gemacht worden sind, der Arbeiter nicht erkennt, daß es sich bei dem Versuch, ein deutsch-französisch-englisches Bündnis herzustellen, um nichts anderes handelt, als das **Kriegsbündnis gegen den ersten Arbeiter- und Bauernstaat** der Welt, dann ist er mit Blindheit geschlagen. Mit Genugtuung können wir jedoch feststellen, daß die Arbeiterklasse immer mehr diese Tatsache erkennt, daß auf der anderen Seite aber immer mehr die sozialdemokratische Führerschaft zum Wortführer der imperialistischen Außenpolitik geworden ist.

Nicht ein Bündnis der deutsch-englisch-französischen Bourgeoisie sichert den Frieden, sondern nur das Kampfbündnis des internationalen Proletariats ist durch den Sturz des Kapitalismus der Lage, jede Kriegsgefahr für immer zu beseitigen.

Sie hetzen weiter gegen die Sowjetunion

Das „Berliner Tageblatt" gibt Mitteilungen des Diplom-Ingenieurs Hille wieder, der gestern aus Sowjet-Rußland zurückkehrte. Die Verhaftungen seien ohne Brutalität erfolgt und man dürfe annehmen, daß die verhafteten Ingenieure und Monteure nicht ausgesprochen Not leiden. Die übrigen deutschen Ingenieure und Monteure hätten angesichts der obwaltenden Verhältnisse nach den Verhaftungen ihrer Kollegen die Arbeit niedergelegt.

Das „Berliner Tageblatt" läßt sich aus London melden, daß in konservativen Kreisen allgemeine Schadenfreude empfunden werde. Die „Times" meint, es werde wohl einige Zeit dauern, bis die grob gestörten deutsch-russischen Rapallo-Beziehungen wieder eingeronkt werden. Das Blatt stellt mit Genugtuung fest, daß die deutsche Regierung die Erklärungen Tschitscherins nicht als befriedigend erachte und, daß die gesamte deutsche Presse Garantien gegen eine Wiederholung solcher Behandlung deutscher Staatsangehöriger fordert und den praktischen Wert der Verträge mit Sowjet-Rußland in Frage stellt. Die „DAZ." vernimmt aus London, daß durch das Vorgehen der Sowjetbehörden im Donez-Gebiet gegen deutsche Ingenieure und Angestellte der endgültige Beweis erbracht sei, daß es eben unmöglich sei, mit dem Sowjetstaat normale Geschäfte zu machen. Deutschlands Anlehnung an Rußland habe sich als vollkommen verfehlt erwiesen.

Ein Wechsel in der deutschen Außenpolitik stehe bevor.

Das „Berliner Tageblatt" berichtet weiter aus Paris:

„Das „Echo de Paris" findet es amüsant, daß gerade Deutschland von Rußland so respektlos behandelt wird. Deutschland wolle die Westmächte fühlen lassen, daß es noch kräftigere Mittel zur Revision des Versailler Vertrages gebe, als Locarno und Genf. Sauerwein schreibt im „Matin": Die vorübergehenden Schwierigkeiten werden unzweifelhaft geregelt werden, aber der Zwischenfall kann nicht ohne Nachwirkung für die deutsch-russischen Beziehungen bleiben."

Die „DAZ." zitiert aus der „Gazett de Lausanne", dem schweizerischen Blatt Poincarés.

Das Blatt fordert die Kündigung des Vertrages von Rapallo als Opfer auf dem Altar der deutsch-französischen Annäherung und des Völkerbundes.

Die „DAZ." schreibt weiter:

„Ausgerechnet die ausländischen Spezialisten sollen nun zu Sündenböcken gemacht werden, die doch unter schwierigster kommunistischer Kontrolle arbeiten .... Es ist zu begrüßen, daß die großen deutschen Wirtschaftsverbände sich zu nachdrücklichem Protest zusammengefunden haben, und im ganzen deutschen Volke wird die Aussetzung der Wirtschaftsverhandlungen mit Rußland gebilligt."

Goldstein **Otto**

Zwei der deutschen Ingenieure, die der Sabotage des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion verdächtig sind.

Die „DAZ." erinnert an eine Reihe Zwischenfälle ähnlicher Art in den letzten Jahren: an die Haussuchungen in der Sowjetgesandtschaft, in der sich flüchtige deutsche Verbrecher verborgen hätten, den Zwischenfall Smirnow, anläßlich des Sowjetjubiläums in Berlin, an die Verleihung eines Ordens „an den Zuchthäusler Max Hoelz durch den Kriegsminister Woroschilow",

„an die unglaubliche Tatsache, daß die streikenden mitteldeutschen Metallarbeiter vom Kominiern Streikgelder erhielten."

„Eines Tages mußte diese einseitige Belastung, die Deutschland größter Selbstbeherrschung in Kauf genommen hat, zu einer Entzweiung führen." „Sowohl der Vertrag von Rapallo wie der Berliner Vertrag von 1926 wurden im Reichstag von einer erdrückenden Mehrheit des Hauses angenommen . . . Anläßlich der Zwischenfalles im Donez-Becken nimmt die deutsche öffentliche Meinung ebenso geschlossen gegen das sowjetrussische Vorgehen Stellung wie

Die „DAZ." spricht von dem „klatanten Gegensatz zwischen der nationalen russischen Politik und der Machtvollkommenheit der kommunistischen Organe in Rußland, die die politische Linie des Außenministers stören". „Die Propagandatätigkeit der 3. Internationale hat sich in den letzten Monaten erheblich verstärkt und es war zu erwarten, daß früher oder später wieder ein Kurzschluß eintreten müsse."

Neue Freilassungen

Moskau, 19. März.

Von den 60 im Schachtynbezirk des Donez-Gebiets Verhafteten, unter denen sich sechs deutsche Staatsbürger befinden, wurden auf Verfügung der Staatsanwaltschaft, außer den Deutschen Goldstein und Wagner, über deren Entlassung bereits berichtet wurde, weitere hin die Russen Kasakow, Rotkin, Korotkow und Lwow in Freiheit gesetzt.

Die Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion in

(WTB.) Genf, 20. März.

Im vorbereitenden Abrüstungsausschuß wurden gestern bemerkenswerte Reden gehalten, von denen die interessantesten der Genossen Litwinow war. Vor ihm sprach der türkische Minister des Aeußeren Tewfik Ruschdy Bey, der erklärte, daß durch die Errichtung eines Bundes aller Kulturstaaten, die einen eventuellen Angreifer gemeinsam vorgehen würden, eine absolute Sicherheitsmöglichkeit geschaffen würde.

Der Genosse Litwinow betonte noch einmal nachdrücklich, daß einzig und allein die Verwirklichung der allgemeinen gleichzeitigen und vollständigen Abrüstung, wie von der sowjetrussischen Regierung vorgeschlagen wurde, die befriedigende Lösung des Problems der allgemeinen Sicherheit, der Aufrechterhaltung des Friedens sicher gewährleisten könne. Er verlangte vom Ausschuß eine Antwort auf die Vorschläge der Sowjetunion, die nicht theoretisch sein dürfe, sondern konkret und klar ausfallen müsse. Zum Schluß betonte der Genosse Litwinow erneut, daß die Sowjetunion über schwächere Streitkräfte zu Wasser und zu Lande verfüge als jeder andere Staat. Mit der Tatsache der absoluten Aufrichtigkeit des sowjetrussischen Vorschlages wolle er seine mit der größten Aufmerksamkeit entgegengenommene Rede beenden.

Als dritter und letzter Redner der Sitzung ergriff der deutsche Vertreter Graf Bernstorff das Wort zu einer Rede, in der er auf das wärmste die russischen Vorschläge begrüßte. Er erklärte mit dem russischen Vorschlag vollkommen einverstanden zu sein und darauf abziele, schon mit der ersten Etappe die militärischen Konstitutionen auszuschalten, die zu einem Angriff dienen können. Er erklärte sich weiter mit der Einzelberatung der russischen Vorschläge nach Abschluß der Generaldebatte einverstanden.

Nach einer Erklärung des türkischen Delegierten Ruschdy Bey, der die russische Delegation als Vertreterin der benachbarten und befreundeten Landes zu den Vorschlägen beglückwünschte, wurde die Aussprache vertagt.

Kurze politische Meldungen aus aller W

Bei einer Kundgebung der KPD. in Hamburg, anläßlich des Jahrestages der Pariser Kommune, kam es zwischen diesen und Nationalsozialisten zu schweren Zusammenstößen. Die provozierten den Hakenkreuzler hatten einige Verletzte.

Der westdeutsche Kanalschifferstreik ist durch die Verbindlichkeitserklärung des im Februar gefällten Schiedsspruches beendet worden. Die Reformisten haben sich selbstverständlich gefügt.

In der Solinger Metallindustrie ist eine Einigung erzielt worden, die eine Erhöhung der Löhne um 6 Prozent und der Akkordzuschläge um 25 Prozent vorschlägt.

Ein polnischer Polizeigent, einer der Hauptbelastungszeugen beim großen Prozeß gegen die weißrussische Hromada ist vorgestern abend in Wilna erschossen worden. Der Mord soll aus politischen Motiven erfolgt sein.

In einer großen Kundgebung der rumänischen nationalen Bauernpartei kam es in Bukarest. Sämtliche Redner forderten den Rücktritt der Regierung und sofortige Neuwahlen

Der Kongreß des italienischen katholischen Zentrums brachte den Ausdruck, daß er dem Faschismus freiwillig zustimme. Er, so heißt es, mit einer begeisterten Kundgebung für den Duce und den Faschismus abgeschlossen.

Eine neue große Ausbebung der Faschisten ist in Italien vorgeleitet worden. Es wurden hunderttausend Mann, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, in die faschistischen Jugendorganisationen und die Miliz eingereiht.

Das mit acht Mann gesunkene amerikanische U-Boot „S 4" ist jetzt geborgen worden und wird nach Boston geschleppt, um in den dortigen Marineanlagen geöffnet zu werden.

Die Riesenrüstungen der USA. nehmen ihren Fortgang. Der Kongreß wird die Bewilligung von Mitteln für den Bau von zwei neuen Riesenkriegsschiffen verlangt, die die Größe der Angelos um das Doppelte übertreffen.

Ein neuer Bombenanschlag ist in Kansas City verübt worden. Der Täter soll aus terroristischen Motiven gehandelt haben. Er sei geblieben, um die Arbeitgeber zu zwingen, nur organisierte Arbeiter zu beschäftigen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280320-13/fragment/page=0002

Bauern, Ihr seid betrogen!

Von Heinrich Rau

...ern, es steht nun einwandfrei fest: Ihr seid abermals be-
... und mißbraucht!

...hat verlangt, daß die **Zinsen der Euch ohne Gegenleistung ...ungenen Rentenbankgrundschuld beseitigt werden.** Die ...chsregierung lehnt das im Einverständnis mit den Land-
...ern Schiele und Keudell rundweg ab. Der Land-
...bund die Forderung ebenfalls fallen lassen. Das Reich will
...die Summe an Rentenbankzinsen aus seiner Tasche zahlen,
...aber von den Junkern und Großbauern aufgebracht werden
...sollte schon im letzten Jahre gestundet wurde und nunmehr
...geschlagen werden soll. Die Euch, den kleinen und mittle-
...ren Bauern, aufgebürdeten 70 Millionen (trotz Eurer geringeren
...Leistungsfähigkeit als Großbauern und Junker zusam-
...men) sollen nach wie vor weiß bezahlt werden. Bauern,
...hat Euch zu Demonstrationen mißbraucht, um die Liebesgaben
...der Großen zu rechtfertigen. Man hat Euch betrogen, denn
...Ihr wart gedeutet.

...hat verlangt, daß die **Steuerungerechtigkeit beseitigt wird.**
...Bürgerblock-Finanzminister gab Anfang Februar einen Erlaß
...heraus, der Euch nur verhöhnt. Die Steuerfrage sei nicht so
...Schon in den vorhergehenden Jahren wäret Ihr weit-
...gehend berücksichtigt worden. Wenn die Finanzämter es
...wendet erachten würden, könnte ja im Einzelfall noch eine
...Erleichterung gewährt werden. Hört Ihr den Hohn? Bet-
...Ihr bei den Finanzämtern um Steuernachlaß. Strikte
...Ablehnung der Beseitigung der Steuerungerechtigkeit abgelehnt. Weiter
...die großen Steuern bezahlen, während die großen, kapitalkräftigen Herren nur geringe Steuern leisten müssen und denen
...die Finanzämter jetzt noch weitgehender ihre „Notlage" ...
...Dazu haben die großen Herren vom Landbund und
...dem Bauernverein Euch zu Demonstrationen gerufen. Euch
...Ihr aber selb wieder die Geprellten.

...hat verlangt, daß die **hochverzinslichen Schulden in niedrige** umgewandelt werden. Die Bürgerblockregierung hat
...dazu in der Presse eine Erklärung veröffentlicht. Ihr
...nicht auf Staatshilfe verlassen, sondern sollt selbst
...Ihr billiges Geld herbekommen könnt. Zwar wurden
...Millionen Mark vom Reich bewilligt, die bekommen aber
...die großen Herren. Für Euch bleibt nichts übrig. Die deutsch-
...nationale „Deutsche Zeitung" vom 7. März 1928 hält es
...verwendbar, Eure Hoffnungen etwas abzudämpfen, weil sie
...Sanierungsplänen gefährlich zu werden drohen. Diese Zeitung
...„Die Sanierungspläne (der Bürgerblockregierung. D. V.)
...werden auch danach aus, daß besonders die Landwirtschaft
...von ihrer Sanierung merken wird."

...**daß die Bauern werden keine Hilfe davon merken, wer-
...die Steuern zahlen müssen, damit die großen Grundbesitzer
die Millionen einsacken können.**

...hat verlangt, daß **dem unerhörten Betrug mit den Roggen-
...Landbriefen ein Ende gemacht** wird und diese Schulden
...Tilgungskurs abgedeckt werden können. Herr Schiele
...hat dazu im Auftrage des Bürgerblocks, daß an die Erfüllung
...der Forderung gar nicht gedacht werden könne, da sonst der
...Kurs beunruhigt werde. Das Interesse der Bankwucherer,
...die neben Demokraten, Zentrümlern, Volksparteilern eine
...deutschnationaler Führer gehören, geht vor die Hilfe für
...die verdrängten werktätigen Bauern.

...**hat Land für Eure nachgeborenen Söhne verlangt.**

...einigen Monaten schrien alle bürgerlichen Parteien samt
...SPD. nach großzügiger Siedlung. Ihr habt geglaubt, nun
...werde Eurer Forderung entsprochen. Aber vergessen sind
...diese Worte, Ihr seid wieder geprellt.

...Ihr habt geglaubt, die Zölle würden Euch helfen, so wie es
...versprochen vom Landbund und Bauernverein versprochen haben.
...Aber geschah? Die Preise für alle industriellen Bedarfs-
...artikel, für Futtermittel und Saatgut wurden durch die
...Zölle in die Höhe geschraubt, sind unerschwinglich teuer. Die
...Zölle nützten das noch besonders zu Wachtzinssteigerungen
...Bereits seid Ihr wiederum, Eure Ausgaben wuchsen durch
...Zölle viel rascher als Eure Einnahmen.

...Und was ist die Bilanz? Einige hundert Millionen Mark
...sind aus der Staatskasse den Großagrariern geschenkt. Es sind
...dieselben Kreise, die anläßlich der Grünen Woche in Berlin ihre „Not" damit demonstrierten, daß sie — wie die Pressekorrespondenz des Zentrums meldet — Sekt und Kaviar konsumierten, wie es in Berlin noch nie zu verzeichnen war, daß sie eine große Ballnacht im teuersten Hotel Berlins veranstalteten, was selber die deutschnationale „Deutsche Tageszeitung" berichtete. Diesen Herrschaften werden die Millionen gegeben. Ihr aber, denen das Gespenst der Pfändung den Schlaf raubt, denen die Sorge um Erhaltung der bäuerlichen Scholle das Leben zur Qual macht, Ihr geht leer aus. Euch verlacht man jedwede Hilfe, Euch überschüttet man noch mit Hohn und Spott.

Die Kommunisten haben im Reichstag und Landtag Eure Forderungen erhoben. Kaltlächelnd haben alle anderen Parteien abgelehnt. Der Bauer kann zugrunde gehen, er soll Zinsknecht, Sklave der großen Herren sein, so wie der Arbeiter ihr Ausbeutungsobjekt ist. **Bauer, steh auf! Recke Dich empor! Tritt an die Seite Deines Bruders und Leidensgenossen, des Arbeiters!** Wenn Ihr beide im Bund kämpft, dann seid Ihr unbezwingbar, dann fliegt die Bürgerblockherrlichkeit auf den Mistehaufen der Weltgeschichte, dann ebnet Ihr den Weg zum Aufstieg aller Werktätigen, dann gehören die Früchte Eurer Arbeit Euch selbst und nicht mehr den kapitalistischen Blutsaugern, dann wird die Wirtschaft nach Euren Interessen eingerichtet unter der Regierung der Arbeiter und Bauern.

Der Tod des James Mortons

Brief des Genossen Morton an den Sekretär der KP. Englands

Am 12. März verschied in Leningrad nach langem, qualvollen Leiden der englische Gießer James Morton, der auf Herausforderung der bekannten englischen, sowjetfeindlich eingestellten Sozialistin Lady Astor nach der USSR. gekommen war. Morton arbeitete in den Putilow-Werken. Er hinterließ folgenden, an den Sekretär der KP. Englands gerichteten Brief:

„Liebe Genossen! Ich bat meinen Freund, meine letzten Worte an alle Genossen und Freunde in England aufzuzeichnen. Ich empfinde es als großes Glück, daß es mir vergönnt war, in Sowjet-Rußland zu arbeiten und einen, wenn leider auch geringen, Anteil am Aufbau des sozialistischen Staates zu nehmen. Leider habe ich von England ein schweres Leiden (Krebs) mitgebracht, welchem ich unterliege. Wäre ich in England geblieben, so würde ich wahrscheinlich im Armenhaus enden. Hier aber wurde ich von den besten Professoren behandelt, und wäre überhaupt eine Heilung möglich, so hätten die Genossen weder Zeit noch Geld geschont, um dies zu erreichen. Ich bin glücklich, daß meine Frau und meine Kinder in Rußland leben und weiter an dem Werke arbeiten, zu dem ich unglücklicherweise nur wenig habe beitragen können — am Aufbau der ersten Arbeiter-Republik. Den englischen Arbeitern rufe ich zu: **Verteidigt die Sowjetunion, das Vaterland des Weltproletariats.**

Und nun einen letzten Gruß an alle Genossen und Freunde.

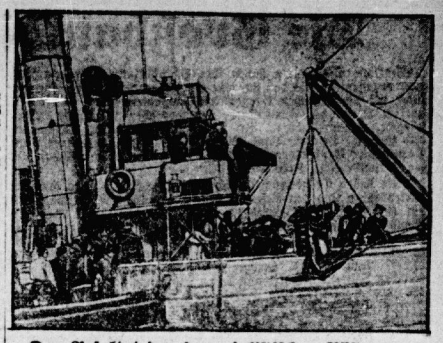
Euer James Morton."

Die Ueberwachung der Wahlen in Nikaragua durch amerikanische Truppen war von der gesetzgebenden Versammlung in Nikaragua abgelehnt worden. Der Strohmann der USA., Präsident Diaz, hat durch ein Dekret diese Ueberwachung jetzt angeordnet.

Eröffnung des vierten Kongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale

(WTB.) **Moskau, 18. März.**

Hier wurde der vierte Internationale Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale, an dem Vertreter von Gewerkschaftsorganisationen aus 40 Ländern teilnehmen, eröffnet. Auf der Tagesordnung stehen u. a. Fragen der internationalen Gewerkschaftsbewegung, der Stand der Gewerkschaftsbewegung in den Kolonialländern und die soziale Gesetzgebung.



Das Resultat des imperialistischen Rüstungs-Wahnsinns

Hebung des Flugzeugmotors des verunglückten englischen Fliegerleutnants Kinkead aus den Wellen.

Hingerichtet!

Schanghai, 19. März.

Der Außenminister der Nanking-Regierung gibt bekannt, daß 51 Offiziere und Soldaten wegen Teilnahme an den Zwischenfällen in Nanking hingerichtet worden sind. Der Befehlshaber Lintschuhan soll verhaftet werden.

Politische Randbemerkungen

Ein ostpreußischer Posaunenchor beim Reichspräsidenten

Hindenburg, der „treusorgende" Landesvater republikanischer Untertanen kommt wegen „dringenden Regierungsgeschäften" kaum noch zum Schlafen. So brachten ihm am Montagmorgen 50 Posaunenbläser des ostpreußischen Evangelischen Jungmänner-Bundes unter der Leitung eines schwarzen Hochwürdigen ein Ständchen. Wegen dauernder nächtlicher Ruhestörung wird Hindenburg nichts mehr weiter übrig bleiben, als eine Nachmittags-Siesta im Gewand eines afghanistanischen Herzogs, bewaffnet mit Dolch und Nietenflinten im Leibriemen und den Turban auf dem Kopfe, zu halten. Die evangelischen Jünglinge aus den elbjunkerlichen Gefilden werden dann gewiß Ausreiß vor solch einer widromantischen Gestalt nehmen. Hoffentlich folgen dann noch mehr!

Der geknickte Pelzer

Der Stolz des bürgerlichen Sportes, Dr. Pelzer, ist gestern auf dem Dampfer „Columbus" von Amerika zurückgekommen. Seine Rekordsucht ist in Amerika bedenklich ins Wanken geraten. Geradezu geknickt soll er sich über seine Niederlagen geäußert haben. Wer wird die nächste Größe sein, die stürzt?

Auch ein Jubiläum

Die Londoner „Times" spricht in einem „Abrüstungsphantasie" überschriebenen Leitartikel von der Zwecklosigkeit der vorbereitenden Abrüstungskommission und aller ihrer Arbeiten anläßlich der 500. Tagung der vorbereitenden Abrüstungskommission. Die „Times" bemerkt weiter dazu, daß diese 500. Tagung die Kommission ihrem Ziele nicht näher rücken werde als die erste. In diesem Falle sind wir ausnahmsweise derselben Meinung wie die „Times". Allerdings von dem Gesichtspunkte ausgehend, daß erst die Beseitigung des kapitalistischen Systems eine wirksame Abrüstung möglich machen wird. Die „Times" spottet ihrer selbst und weiß nicht wie.

...acht über Rußland

...enserinnerungen von Wera Figner

Copyright by Malik-Verlag / Berlin 1926

...war für uns unsagbar schwer, Zeuge dieser langsamen geistiger ...ung zu sein. Mitte September 1895 war es für uns ...klar, daß Pochitonow verloren sei. Um diese Zeit hörten ...die regelmäßigen Besuchungen zu den Gefangenen auf. Er verließ ...seine Zelle nicht mehr, legte sich zu Bett und erklärte, er sei ...krank.

...Gendarmen machten keinen Unterschied zwischen ihm und ...den anderen; alle sollten gleich leiden. Die Werkstätten besuchte ...überhaupt nicht mehr, es schien, als hätte er überhaupt ihre ...Existenz vergessen; es kann aber auch sein, daß die Gendarmen ihn ...daran hinführten.

...Die übrigen Gefangenen litten furchtbar unter den Krankheitserscheinungen Pochitonows, und die allgemeine Nervenerregung ...erreichte ihren Höhepunkt. Alle erwarteten, daß etwas Furchtbares geschehen werde. Die Lage schien ausweglos, denn außer ...Pochitonow schmachteten im Gefängnis schon seit zwei Jahren die ...Brüder Sidschdrin und Konachewitsch . . .

...Es kam es zu einem Zwischenfall, der leicht ein blutiges ...Ende nehmen konnte. Fast alle waren in allen Gefängnis-...Werkstätten, wobei die Werkstätten der Männer offen, und ...diejenigen von Ludmila und mir abgesperrt waren. Plötzlich ...kam Martynow und erzählte in höchster Erregung, die Gen-...darmen schlügen Pochitonow. Im Nu versammelten sich alle er-...regt im Korridor; man schrie, man stieß Drohungen ...gegen die Gendarmen aus. Die Gendarmen bezeuteten, es habe ...sich derartiges ereignet. Martynow aber versicherte, ein ...Mord ereignete sich, wäre ausgeschlossen. Als der Gendarm heftig ...den Kranken geschlagen zu haben, rief ihm Janowitsch in ...Erregung zu: „Sie sind ein Lump!" Sofort riß der be-...leidigte Gendarm aus allen Kräften an der Alarmglocke, die zur ...Wache führte, und schloß das Gitter, das den Korridor vom ...Gang trennte. Wir hatten kaum Zeit, um zu besinnen, als ...schon rasche Schritte hörten und vor dem Gitter Soldaten mit ...aufgesetzten Bajonetten erschienen. Es fehlte nicht viel, und ...sie hätten zu pfeifen begonnen. Poliwanow, dem in der ...Erregung gar nicht bewußt wurde, was er tat, lief in die ...Zelle und packte eine Axt, um sich zu verteidigen. Glücklicherweise entriß ihm Wassili Iwanow rechtzeitig das gefährliche ...Werkzeug. Gleichzeitig besann sich auch der Gendarm, der die ...Wache herbeigerufen hatte, und schickte sie wieder zurück.

...Die ganze Repressalie für diesen Zwischenfall wurde Martynow ...drei Tage das Recht auf den Spaziergang entzogen „wegen ...Verbreitung falscher Gerüchte"; andererseits hatte der Kommandant ...erfahren, die eigentliche Ursache der Erregung aus der ...Gefangenen und Schritte zu unternehmen, um Pochitonow in ...das Krankenhaus zu überführen. Einstweilen schlug uns der Gefängnisarzt vor, den Kranken im alten Gefängnis unterzubringen, ...wo seine Kameraden in voller Isolierung in einem abgeschlossenen ...Gebäude der Gnade und Ungnade der Wächter auszuliefern, ...Gefahre wie vor Jahren kennengelernt hatten, und die seit ...Jahrlich nicht besser geworden waren — dieser Gedanke schien ...unerträglich. Nach einer Beratung beschlossen wir, daß einer von uns zusammen mit Pochitonow nach dem alten Gefängnis gehen solle, um darüber zu wachen, daß der Kranke nicht den Gewalttätigkeiten der Wächter hilflos ausgeliefert sei. Das war um so notwendiger, als die Krankheit rasche Fortschritte machte. Größenwahnsinn, religiöser Wahn, Tobsuchtsanfälle und Selbstmordversuche vereinigten sich zu einer äußerst krassen und schwierigen Form des Wahnsinns, und es war unmöglich, bei den Wutanfällen nicht physische Kraft anzuwenden. Wir wählten Lukaschewitsch, der immer mit Pochitonow befreundet gewesen war. Er vereinigte in sich starke physische Kraft mit großer Herzensgüte. Die Gefängnisverwaltung billigte unseren Vorschlag. Lukaschewitsch hatte die Möglichkeit, uns während des Spaziergangs über den Zustand des Kranken und seine Behandlung zu informieren.

Die Krankheit Pochitonows machte sehr rasche Fortschritte. Endlich ging das Polizeidepartement auf die Forderung des Gefängnisses ein, ihn nach Petersburg in eine Anstalt zu überführen. Am 5. Februar 1896 bemerkten wir in der Nähe der Wohnung des Arztes einen schwarzen Wagen. Man brachte Pochitonow fort. Es begleitete ihn der Gefängnisarzt, der sich immer als echter Freund der Gefangenen erwiesen hatte. Ein Gendarm in Zivilkleidung saß auf dem Bock.

Vor zwölf Jahren hatte man Pochitonow nach Schlüsselburg gebracht als jungen, lebensprühenden Mann mit lebhaftem Temperament. Man brachte ihn fort als lebendigen Leichnam mit erloschenem Verstand, geschwundener Logik; weder menschliche Gedanken noch Gefühle regten sich in ihm.

In Petersburg wurde Pochitonow in einem Militärkrankenhaus untergebracht. Er starb im selben Jahre. Wohl ihm, daß sich über seine letzten Lebenstage der Vorhang gesenkt hatte für diejenigen, die ihn geliebt, für seine Kampfgenossen, die wie er im Kampf um die Freiheit fielen, wie er für sie litten.

Man geht weg

„Von hier wird man nur hinausgetragen, aber nie geht jemand hinaus", sagte einmal ein hoher Beamter bei seinem Besuch der Festung. Und tatsächlich sind viele hinausgetragen worden. Doch waren nicht alle Gefangenen zu ewiger Gefangenschaft verurteilt. Es waren auch welche dabei, die nach Ablauf ihrer Strafzeit uns verließen.

Der erste von ihnen war der Flottenoffizier Juwaschew, der gleichzeitig mit mir verurteilt worden war. Er war durch Aschenbrenner in unsere Militärorganisation eingeführt worden. Trotzdem er bei Gericht jede Teilnahme an der revolutionären Bewegung der Partei leugnete, wurde er gleich den anderen Offizieren zum Tode verurteilt. Nach Einreichung eines Gnadengesuches wurde das Todesurteil zu 15 Jahren Zwangsarbeit gemildert.

Bald nach seiner Ueberführung nach Schlüsselburg begann er Anzeichen religiöser Exaltation zu offenbaren. Die Gendarmen waren über diese Anzeichen „moralischer Besserung" eines politischen Gefangenen sehr erfreut und 1886 — also zwei Jahre nach seiner Verurteilung — führten sie den Neubekehrten aus Schlüsselburg fort.

Er wurde auf die Insel Sachalin verbannt. Die lokale Verwaltung nutzte Juwatschews technische Kenntnisse als Seeoffizier aus, und seine Arbeit ermöglichte ihm, an verschiedenen Stellen der Insel das Leben der verbannten Ansiedler und die Beziehungen der Behörden zu diesen jeder menschlichen und juridischen Rechte beraubten Menschen zu beobachten und zu beschreiben.

Der nächste, der uns verließ, war Wassili Andrejewitsch Karaulow, der 1884 in Kiew im Prozeß der Zwölf zu vier Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden war. Er war Mitglied des Komitees gewesen, das im Jahre 1883 in Paris von den Emigranten Tichomirow und Oschanina gegründet worden war. Außer ihm gehörten dem Komitee noch an: Lopatin, Sotowa, Sergej Iwanow und Suchomlin, die gleich ihm sich alle im Ausland befanden. Nach ihrer Rückkehr nach Rußland schloß sich ihnen noch Jakubowitsch-Melschin an. Noch war kein Jahr vergangen, als schon alle verhaftet waren. Das war einer jener hoffnungslosen Versuche, die Organisation „Volk-Wille" wiederherzustellen, die sich seit 1883 vergeblich wiederholten: im Herzen der Partei wirkte der Verräter-Provokateur Sergej Degajew.

Im November 1884 verurteilt, wurde Karaulow einen Monat später, gleichzeitig mit seinen Schicksalsgenossen Schebalin, Martynow und Pankratow, nach Schlüsselburg überführt. Karaulow, ein Mann von riesenhaftem Wuchs, breitschultrig, lebensfreudig, mit einem Gesicht wie Milch und Blut, war die ganzen vier Jahre in der Festung ununterbrochen krank. Er hatte beständig Lungenbluten, und mehr als einmal war er am Rande des Grabes. Wohl infolge seiner Krankheit nahm Karaulow an unseren Protesten nicht teil. Er hatte infolgedessen keine Reibereien mit der Gefängnisverwaltung. In der Gefangenschaft hielten die politischen Ueberzeugungen Karaulows nicht stand. Bei den Wahlen zur ersten Reichsduma trat er als Kandidat der Kadetten auf. Er forderte nicht mehr das allgemeine Wahlrecht, da seiner neuen Anschauung nach das Volk dazu noch nicht reif war. Sein Standpunkt in der Agrarfrage, die einst der Hauptpunkt unseres gemeinsamen Glaubensbekenntnisses war, wurde nunmehr von den Forderungen der bürgerlich-liberalen Partei, der er sich angeschlossen hatte, bestimmt. In der Duma war Karaulow eine bedeutende Figur und erzwang sich allgemein Achtung durch seine gläubende und talentvolle Verteidigung der Glaubensfreiheit. Mutig und geschickt parierte er die Bezeichnung „Zuchthäusler", die ihm die „Schwarzhundert-Leute" zuriefen. Er erwiderte sofort: „Daß Ihr überhaupt in diesem Saale sitzt, dazu habe ich auch mit einem Tropfen meines Blutes beigetragen." Und das war wahr. Nicht nur einen, sondern viele, viele Blutstropfen hatte er für die Volksvertretung, für die der „Volks-Wille" gekämpft hatte, gespeist.

Dieser in der Freiheit vor Gesundheit strotzende Athlet verließ Schlüsselburg mit dem Gesicht eines Toten.

In Sibirien erholte er sich allmählich. Nach seinem Tode im Jahre 1907 haben die Altgläubigen aus Dankbarkeit für die treue Verteidigung ihrer religiösen Rechte durch ihn auf sein Grab einen Gedenkstein gesetzt. Aber die absolutistische Regierung duldete einen solchen „Rebellionsakt" nicht und befahl, die Platte zu entfernen.

Nach 1888 folgte eine lange Pause, während der man uns weder jemand brachte noch jemand fortführte. Im Jahre 1890 sollte Lagowski fortkommen.

Das Schicksal dieses Menschen ist wahrhaft tragisch. Wir alle waren nach dem Gesetz gerichtet und verurteilt worden, die Form war gewahrt worden. Er aber geriet nach Schlüsselburg ohne irgendeine vorhergehende Gerichtsverhandlung und wurde auf administrativem Wege auf Befehl des Ministers des Inneren in Schlüsselburg für fünf Jahre eingeschlossen.

Im Jahre 1883 wurde er als Offizier auf administrativem Wege in das Tomsker Gouvernement verbannt; er flüchtete, schloß sich unserer Partei an und wurde im März 1884 in Petersburg auf der Straße verhaftet. Man fand bei ihm das Rezept eines neuen Sprengstoffes; das genügte, um ohne jedes Gericht im Oktober 1885 nach Schlüsselburg zu kommen.

(Fortsetzung folgt)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280320-13/fragment/page=0003

Die Großbankbilanzen für 1927

Sämtliche Großbanken haben ihre Schlußbilanzen für das Jahr 1927 veröffentlicht, so daß sich jetzt ein Ueberblick über die Entwicklung, die die deutschen Großbanken genommen haben und die in starkem Maße die Entwicklung der deutschen Wirtschaft widerspiegelt, gewinnen läßt. In Frage kommen sieben Großbanken, und zwar die Deutsche Bank, Diskonto-Gesellschaft, Dresdener Bank, Darmstädter Bank, Commerz-Bank, Berliner Handelsgesellschaft und die Mitteldeutsche Kreditbank.

Diese sieben Großbanken konnten ihr Eigenkapital, das aus dem Aktienkapital und den Reserven besteht, von 762,1 Mill. Mark 1926 um 49,2 Mill. Mark auf 811,3 Mill. Mark erhöhen. Diese Erhöhung des Eigenkapitals läßt zwar die Schlußfolgerung zu, daß das Jahr 1927 die Position der Großbanken gestärkt hat, aber im allgemeinen besagt sie nicht viel. Denn für eine Großbank und jedes andere kapitalistische Großunternehmen, das hauptsächlich mit fremden Mitteln arbeitet und dessen Eigenkapital nur einen Bruchteil des Gesamtkapitals bildet, das für das Großunternehmen profitabel arbeitet, ist entscheidend die Bewegung der fremden Mittel.

Diese fremden Mittel, das heißt die Kredite, die die Großbanken zu einem niedrigen Zinsfuß von anderen erhalten und die sie zu einem höheren Zinsfuß an ihre Kunden weitergeben, sind im vergangenen Jahre machtvoll angewachsen. Ueber solche fremden Mittel verfügten die sieben Großbanken Ende 1926 in Höhe von 6878 Millionen Mark, Ende 1927 in Höhe von 8563 Mill. Mark, also um 1685 Mill. Mark mehr. Diese fremden Mittel werden nun in den verschiedensten Formen und in den verschiedensten Geschäftsarten angelegt. Die Form der zufälligen Anlage, ob im Börsengeschäft mit mehr spekulativem Charakter oder direkt im Industrie- und Handelsgeschäft, ist für die Einkalkulierung des endgültigen Gewinnes der Banken nicht entscheidend. Wesentlich ist die absolute Größe dieser fremden Mittel (zu denen als profittragendes Kapital noch das Eigenkapital zuzuschlagen ist) und die Entwicklung der Spanne zwischen den Zinsen, die die Banken nehmen, und den Zinsen, die sie geben, ferner die Größe solcher „Unkosten", wie Gehälter, Steuern usw. Der tatsächlich ausgewiesene Gewinn, Roh- und Reingewinn, sagt gar nichts, er ist in der Regel nur ein Bruchteil des wirklichen Gewinnes, der in den „Stillen", d. h. nicht ausgewiesenen Reserven zum Großteil verschwindet.

Hier ist zu sagen: die fremden Mittel sind sehr stark angeschwollen, um 1685 Millionen Mark für sämtliche sieben Großbanken. D. h. Kapital, das profitabel beschäftigt werden konnte, stand den Großbanken in einem viel höheren Maße 1927 zur Verfügung als 1926.

Im ersten Vierteljahre, bis zum schwarzen Freitag, zogen die Banken besonders fette Gewinne aus dem Börsengeschäft,

und der schwarze Freitag selbst, an dem die kleinen Spekulanten, Rentner, Angestellte usw. „geschlachtet" wurden, war für die Großbanken, die ihn inszeniert hatten, ein besonders reicher Fischzug. Daneben gewannen sie „dick" an den Zinsen, die ihnen Industrie, Handel und Landwirtschaft für vorgestrecktes Leihkapital zu zahlen hatten, und ebenso profitabel waren ihre direkten Beteiligungsgeschäfte in diesen Zweigen, nur mit dem Unterschied, daß sie hier nicht nur einen Teil des Gesamtprofites, den Zins, sondern den Gesamtprofit sich aneignen. Nach dem schwarzen Freitag spielte das Börsengeschäft eine geringe Rolle, und die Banken wandten sich in einem stärkeren Maße der direkten Finanzierung (Börsengeschäfte stellen eine indirekte Finanzierung dar) von Industrie, Handel und Landwirtschaft zu. Hatten sie in der Periode der Spekulation aus der indirekten Finanzierung von Industrie, Handel und Landwirtschaft besonders hohe Gewinne gezogen (in Form der hohen Reportzinssätze, Aktienkurssteigerungen und Aktienkursausfall), so entschädigten sie sich seit Beginn der Börsendepression für den gewissen Gewinnengang durch die Erhöhung der Gewinne aus der direkten Finanzierung: Waren-, Geld-, Betriebskredite der verschiedensten Art (Summe der liquiden und illiquiden Mittel) nahmen absolut zu, und bei dieser absoluten Zunahme dieser Kredite erhöhte sich für jede Krediteinheit der Gewinn, der die Bank zog. Die Zinsspanne von gegebenen und genommenen Bankkrediten wurde zugunsten der Banken erhöht. Die ausgewiesene Unkostensteigerung (Gehälter, Steuern) fällt dabei, selbst wenn sie mit den Tatsachen übereinstimmen würde, kaum ins Gewicht.

Die Gewinne der Großbanken im vergangenen Jahre mußten demnach sehr riesige gewesen sein. Anders natürlich ist der Kommentar, den die Banken selbst geben. Auch sie reden wie ihre anderen Partner des Finanzkapitals davon, daß das Jahr 1927 zwar eine „Mengenkonjunktur", aber keine „Gewinnkonjunktur" gebracht habe. Sie wollen damit die Tatsache, daß Mengenkonjunktur für die Kapitalisten in der Regel dasselbe wie Gewinnkonjunktur ist, unterschlagen, sie wollen damit nur zum Ausdruck bringen, daß für sie auch die Riesengewinne des Jahres 1927 zu gering sind, und daß sie entschlossen sind, aus der Arbeit der Arbeiterklasse in Zukunft noch größere Gewinne herauszuschlagen.

Auf dem Wege zum Gasmonopol der Ruhrkonzerne

Die Gemeinschaftsgesellschaft der Ruhrkonzerne, die A.-G. für Kohleverwertung, welche bekanntlich ganz West- und Süddeutschland monopolistisch durch Fernleitungen mit Gas beliefern will, hat einen neuen Schritt vorwärts zur Erlangung eines Gasmonopols getan.

Die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke haben die in ihrem Besitz befindlichen etwa 280 Kilometer langen Gasfernleitungen der A.-G. für Kohleverwertung ausgeliefert. Der Kaufpreis soll etwa 7 bis 9 Millionen Mark, ein relativ geringfügiger Betrag, ausmachen. Auch soll ein Aktienaustausch in Höhe von etwa 1 Million Mark stattfinden, was bei dem 25 Millionen Mark Aktienkapital der A.-G. für Kohleverwertung für diese ohne Bedeutung ist.

Bekanntlich sind die westdeutschen Kommunen an den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken „maßgebend" neben den Ruhrkonzernen, insbesondere dem Stahlverein, beteiligt. Da aber zahlreiche Kommunalvertreter mehr oder minder offene Interessenvertreter der Schwerindustriellen sind, beherrschen diese die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke und haben somit selber den Verkauf der Gasfernleitung an ihre A.-G. für Kohleverwertung entscheidend bestimmen können. Die Versuche einiger Kommunen, die weniger unter dem Einfluß der Schwerindustriellen stehen (z. B. Frankfurt a. Main), sich dem Gasmonopoldiktat der Ruhrkonzerne zu entziehen, werden durch das neue Vordringen der A.-G. für Kohleverwertung einen bedeutenden Rückschlag erhalten.

Auch der „Vorwärts" und die SPD. hatten gegen das Gasmonopol der Ruhrkonzerne und die Ferngasbelieferung durch die A.-G. für Kohleverwertung, an der maßgeblich der Stahlverein beteiligt ist, Stellung genommen. Es wird aber nunmehr bekannt, daß die Vertreter der preußischen Regierung in den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken — bekanntlich ist auch der preußische Staat an den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken beteiligt — ihre Zustimmung zu dem Verkauf der Ferngasleitung an die A.-G. für Kohleverwertung gegeben haben. Die sozialdemokratischen Koalitionsminister in der Preußenregierung unterstützen also direkt die Gasmonopolpläne der Ruhrindustriellen. Ihr Vertrauensorgan, die „Deutsche Bergwerkszeitung", kann deswegen mit Zufriedenheit feststellen: „Der Abschluß des Vertrages ist mithin der zweite große Erfolg der A.-G. für Kohleverwertung."

Neue Arbeiter-Literatur

Die Taktik der Aussperrungsoffensive

Diese brennendste Frage der Gewerkschaftsbewegung wird ausführlich behandelt in verschiedenen Aufsätzen der soeben erscheinenden März-Nummer des

„Kampf".

Organ für Gewerkschaftsbewegung und soziale Fragen. Neben der Behandlung der wichtigen Gewerkschaftsfragen findet besonders großen Raum die Darstellung der Lohnkämpfe unter Benutzung reichhaltigen Materials.

„Der Arbeiterrat" Nr. 3 liegt bei.

„Der Arbeiterrat" geht in seinem Spitzenartikel auf die juristische Frage des Kampfes gegen verbindlich erklärte Schiedssprüche ein. Des weiteren werden neueste Urteile der Arbeitsgerichte, die sich insbesondere gegen die Angestellten richten, eingehend erläutert. Große Beachtung erfordern die Entscheidungen, die diesmal speziell der Betriebsräte-Praxis gewidmet sind.

Die ständige Beilage des „Kampf", „Die kapitalistische Wirtschaft" bringt diesmal neben wichtigen aktuellen Wirtschaftsberichten einen interessanten Aufsatz: „Hinter den Kulissen des Films."

Lest und verbreitet den „Kampf"!

Er ist das Monatsorgan des klassenbewußten Gewerkschaftlers. Der „Kampf" ist in Arbeiter-Buchhandlungen, bei den Literatur-Obleuten zum Preise von 20 Pf. zu haben. Der Vierteljahres-Abonnementspreis bei der Post beträgt 50 Pf.

Bestellt sofort!

Die Ueberlegenheit der sozialistischen Wirtsch

Man weiß, daß die sozialdemokratischen Führer in Deutsch sowohl in ihrer Partei wie in den Gewerkschaften, nicht lan erdaut sind von der Diktatur des Proletariats, so wie sie in Sowjetunion gehandhabt wird. Noch kürzlich, am 18. Februar konnte man in der „Gewerkschaftszeitung" des ADGB. Herabsetz Bemerkungen über die „Utopie der unmittelbaren Vollsozialisi in einem zu 80 Prozent agrarischen Lande" lesen. Natürlich auch wir, daß die gegenwärtig in Rußland bestehende Wirtsch organisation das Ideal einer sozialistischen Wirtschaft noch lange erfüllt; nur daß wir die Idee der deutschen Sozialdemokraten könne vermitteln der „Wirtschaftsdemokratie" so nach uns nach von selbst in den Sozialismus „hineinwachsen" als eine noch schlimmere und überdies höchst gefährliche Utopie erkannt h Die russischen Bolschewisten tun etwas, um zum Sozialism gelangen, die deutschen Sozialdemokraten warten ab, ob er selbst kommt.

Unter solchen Umständen ist es höchst bedeutsam, daß bü formistischen Organe sich allmählich gezwungen sehen, anzuerke wie sehr die sozialistische Organisation selbst in der unvollkomm Gestalt, die sie in der Sowjetunion erreicht hat, doch schon kapitalistischen System überlegen ist.

Das „Gewerkschafts-Archiv", herausgegeben von Karl J Jena, ist eines jener Blätter, die auf dem äußersten rechten F einzig dastehenden Vorkämpfer der Wirtschaftsdemokratie ist. Das Jan dieses Blattes veröffentlicht einen Aufsatz von Dora Fa über den Kampf um das Erdöl. Darin wird erzählt, wie englische Shell-Konzern des Herrn Deterding gegenwärtig das dringen des russischen Petroleums in den Weltmarkt zu verhi sucht. Er wandte dazu das beliebte Mittel an, womit die K trusts aller Länder, namentlich die großen Trusts, eine unbe Konkurrenz zu vernichten pflegen: Schmutzkonkurrenz Schleuderpreise. Das ist ihm aber daneben gelungen, und warum, darüber schreibt Dora Fabian wörtlich:

„Der russische Gegner ist diesem Spiel, das kein and Konkurrent hätte aushalten können, nicht erl Hinter dem russischen Oelkonzern nämlich steht der Reich und hinter diesem wieder die Sowjetmacht selbst. Der trust hat keine Dividende zu zahlen. Seine werden nicht an der Börse gehandelt und die Regierung die Verluste dieses einen Industriezweiges gut durch an florierende Zweige ausgleichen. Hier stehen also zwei ihrer ganzen wirtschaftlichen Struktur nach ver verschiedenartige Konkurrenten gegenüber, deren Kampf vornherein entschieden sein muß. Der wenn außerordentlich mächtige Privatunternehmer kann nie dem fest auf eine Staatsmacht gestützten T der in der Lage ist, die Gesetze des Weltmarktpreises zu schüttern, Stand halten ... Wie haben hier ein ordentlich interessantes Beispiel für die Wirkungen des Ein sozialisierter Staatsbetriebe in den kapitalistischen Raum."

Es ist aller Anerkennung wert, daß Dora Fabian sich zu Erkenntnis der Ueberlegenheit der Sowjetwirtschaft durchgerü hat und sie so ungeschminkt in einem rechtsreformistischen Z ausspricht. Aber drängt sich nicht von selbst der Gedanke auf: die Russen 1918 die Lehren der Kautsky und Hilferding gl wären, wenn sie — wie es die Deutschen 1918 taten — die G macht mit einer höflichen Verbeugung an die Bourgeoisie zu gegeben und sich darauf verlegt hätten, abzuwarten, bis auf Wege der Wirtschaftsdemokratie der Sozialismus von selbst k dann würden die russischen Oelfelder wieder von den Deterding Konzernen ausgebeutet, die Ausbeutung zugunsten dieser K listen würde sich nicht zu knapp auf die russischen Petroleumq erstrecken, und die Welt würde das Schauspiel „des Ein sozialisierter Staatsbetriebe in den kapitalistischen Raum" bie entbehren.

Die Textilindustrie vor einem neuen Aufschwung

Die Textilindustrie steht an der Schwelle einer neuen Aufschw periode. In den letzten zwei Jahren hat die Zahl der Spinde 684 000 zugenommen, davon entfallen über die Hälfte auf Betriebe. Nach dem 1. Oktober d. J. werden weitere neue Sp reien mit insgesamt 576 000 im Bau sein.

Im laufenden Jahre werden in den Webereien 2 100 autom „Rotor"-Webstühle inländischer Herstellung aufgestellt werd

Es sind große Elektrifizierungsarbeiten in der Textilindust Gang.

Stadt-Theater
Heute 918
Dienstag 20-23¼ Uhr
Der Rosenkavalier
Mittwoch 20-22¾ Uhr
Verliebte Leute

Walhalla
Anfang 20 Uhr
Der große Erfolg!
Marga Peter
Gustav Bertram
917 in
Grigri
Operette in 3 Akten
Musik Paul Linke
Preise ab 50 Pfennig

Edison-Theater
Goethestraße 26
Nur Mittwoch, d. 21. März, 2 Extravorstellg. 7 u. 9 Uhr
Untersetzmöbel Nr. 17
(Kostenmeinbetreuel)
Zeitigen Kommen sichert Plätze 919

Lumpen
sowie alle
Rohprodukte
kauft 1196
Ph. Schwabach
Kaufmannstr. 44

F. G. Ruhland
Tuch- und Seidenhaus
Preußenring 3 (Poststraße) 918
Größte Auswahl
Herrenstoffe
Crêpe de Chine .. 4,75 ℳ
Crêpe-Georgette .. 5,60 ℳ
Crêpe-Satin ..... 6,40 ℳ

Tüchtige Maurer
(Putzer) werden sofort eingestellt. Zu melden bei Polier Weiske, Baustelle Allgem. Konsumverein, Landsberger Straße 13
922 Fr. Walter, Baugeschäft

Zuverlässiger
Zeitungsträger
für Merseburg gesucht
Meldungen sind an unsere Filiale Merseburg, Markt 7, zu richten

Achtung, Radfahrer!
in Marken-Fahrrädern:
Dürkopp und Grizner
Kaufen Sie ständige Auswahl zu vorteilhaften Preisen
Besichtigung ohne Kaufzwang. Auch Teilzahl.
Oswald Werner, Muschwitz

Ammendorf
Neu eröffnet! Neu eröffnet!
Fahrräder — Nähmaschinen
erstklassige Fabrikate
Anzahlung von 10 Mark an
Wochenrate 3 Mark
711
W. Riediger, Friedenstraße 25

Schillers Garten
Heide, Tel. 288 51
Jeden Mittwoch von 3½ Uhr an:
Kaffee-Konzert
Gutgepflegte Biere
la. Kaffeeklatsch

Miet-Auto
Tunden- und tagesweise
Ruf Dölau Nr. 18
Goldmann

Sonder-Angebot!
Bettstellen
Eiche od. Nußbaum im. von 25 Mk. an
Waschtische
Eiche od. Nußbaum im. von 49 Mk. an
Kleiderschränke
Eiche od. Nußbaum im. von 53 ℳ an
Max Jungblut
Adrechstr. 37

Fertige Ihnen
für 29 Mk.
inkl. halbharter Futterzutaten modern. Anzug oder Mantel nach Maß.
:Maß:
aus mitgebrachten Stoffen 103
Tadellose Sitz
M. Ehrlich,
Leipziger Straße 69

Gut möbl. Zimmer, e. Licht, Bad, Schreibt., a. Ges. p. s., Schnellbr. Bentzendorfer Str. 77

Schuhwaren-Total-Ausverkauf
wegen Geschäftsaufgabe
Schuhhaus Lissel
vormals Albert Wetterling
Schmeerstraße 26 (Marktnähe) 921

Gewissenhafter
Zeitungsträger
für Bitterfeld gesucht. Meldungen sind an unsere Filiale, Burgstraße 40, zu richten

Gewissenhafter
Zeitungsträger
für Zöberitz bei Tannepöls gesucht. Meldungen im Verlag Klausenkampf, Halle a. S., Lerchenfeldstraße 14

Magnus Hirschfeld / Richard Linsert
Empfängnis-Verhütung
Mittel und Methoden
Aus dem Inhaltsverzeichnis:
Vorwort / Warum Empfängnisverhütung? / Die physiologischen Methoden / Die operativen Methoden / Die Bestrahlungsmethoden / Die Immunisierung / Die chemischen Methoden / Die chemisch-mechan. Methoden / Die mechanischen Methoden / Schlußwort / Literaturverzeichnis / Fragebogen über die Empfängnisverhütung
Dieses neueste, wissenschaftliche Werk ist jedem erschienen. Wir sind in der Lage, mit einem Sonderpreis unsern Lesern dienen zu können Preis nur 1 Mark
Zu beziehen durch die
Bezirks-Zentralbuchhandlung
Halle: Lerchenfeldstr. 14 u. der Filial. Halle: Harzl. Ammendorf: Hallische Str. 9; Bitterfeld: Burgstr. 40; Eisleben: Rathausstr. 7; Merseburg: Markt 7; Zeitz: Wendische Straße 21; Weißenfels: Marienstr. 46; Wittenberg: Jüdenstr. 10; Torgau: Schulzenstr. 14

Einladung an alle Mitglieder der Produk genossenschaft f. d. Bezirk Halle-Merseb

zur

ordentlichen Generalversamml

Sonntag, den 25. März 1928, vormittags 10 Uhr, im der Produktiv-Genossenschaft Halle, Lerchenfeldstraße

Tagesordnung:

1. Bericht a) des Vorstandes b) des Aufsichtsrates
2. Genehmigung der Jahresrechnung
3. Ergänzungswahlen des Vorstandes und des Aufsichts

Zutritt haben nur Mitglieder gegen Vorzeigung des Mitgl buches. Die Jahresrechnung für 1927 liegt in der Geschäfts Lerchenfeldstr. 14, zur Einsicht aus

Der Aufsichtsrat. J. A.: Karl Li

Nach Schluß der Versammlung findet eine Besichtigung des Gesamtbetrieb

Bekanntmachungen

Die zur Vorbereitung der Wahlen für die ausscheidenden Mitglieder und mitglieder der Handwerkskammer aufgestellten Verzeichnisse der Handwerker Gewerbetreibenden und Gesellenausschüsse der Handwerkerinnungen, die in Sitz haben, werden zur Einsicht der Beteiligten vom 21. bis einschließlich 31. im Bureau für Innungssachen, Rathausstraße 19, Zimmer 47, ausgelegt. Aufforderung, etwaige Beschwerden binnen 14 Tagen nach Ablauf der Auslegfrist bei mir anzubringen.

Halle, den 19. März 1928.

Der Oberbürgermeister. J. V.: [illegible]

Am Schwarzen Brett: Auslegung der Wahlliste für die Handwerkskammer. Magistrat [illegible]

Am Schwarzen Brett: Anmeldung von Unfällen bei der Landwirtschaftl. Berufsgenossenschaft. Magistrat [illegible]

Oeffentliche Sitzung der Gemeindevertretung in dem Sitzungssaale des Rathau Mittwoch, den 28. März d. J., abends 8 Uhr.

Tagesordnung: 1. Bericht über die Prüfung der Gemeinderechnung des Rechnungsjahr 1926 sowie evtl. Entlastungserteilung für den Rechnungsleger. 2. Erlaß eines Ortsstatutes betr. die Wasserversorgung der Gemeinde [illegible] 3. Erlaß einer Gebührenordnung betr. die Wasserleitung. 4. Stellungnahme zu Entwurf einer Polizeiverordnung über die Wasserversorgung. 5. Angleichung der Beamten und Angestellten nach der neuen Besoldungsordnung. 6. Bereitstellung der Mittel für Schulentlassungsbesichten. 7. Anstellung eines Lehrers an der Mädchenschule. 8. Antrag des Lehrers Eichhardt auf Gewährung einer Beihilfe zu den Kosten der Teilnahme am pädagogischen Kongreß in Berlin. 9. Einführung obligatorischen Schwimmunterrichts an den Volksschulen. 10. Uebernahme der Bürgschaft für einen eine höhere Lehranstalt besuchenden Schüler. 11. Gewährung einer Beihilfe zu Mobilar für das Volksheim usw. 12. Antrag auf Bauskellen. 13. Antrag des Hermann Schröder auf Gewährung einer Umzugsbeihilfe für Herzogin Straße 1 Wohnung. 14. Antrag des Siedlervereins auf Ergänzung der Siedlungsordnung in Sachsenland. 15. Friedhofs-Angelegenheiten. 16. Kenntnisgaben und Verschiedenes.

Zöberitz, den 17. März 1928.

Der Gemeindevorsteher: [illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280320-13/fragment/page=0004

Der proletarische Reporter

Mit Feder und Kamera quer durch die Welt

„Wo kann ich mein totes Kind sehen?"

„Weltbühne" entnehmen wir:

...ssor Lubarsch leitet, wie bekannt, das Berliner Patho-...Institut. Sein Name indessen ist weniger mit wissen-...Leistungen verknüpft als vielmehr mit grobknöchiger ...tischer Agitation. Es ist noch in Erinnerung, wie er die ...ion des toten Kutisker benutzte, um seinen teuschen ...und die Schleusen zu öffnen.

...dem von diesem Hüter edelster Menschlichkeit betreuten In-...tut sich vor kurzer Zeit etwas zu, das selbst unsere abge-...ten Zeitgenossen für Minuten fühlend machen könnte und ...Institut, das doch gewiß im Geiste seines Leiters funktioniert, ...schender Beleuchtung zeigt.

...ist der Fall der Frau Maria Scherka aus der Stral-...Straße 8 in Berlin. Wohnung dieser Frau: eine Küche ...eine Schlafkammer. Zwei Kinder, die sie kümmerlich von ge-...lichen Arbeiten ernährt. Im Januar erkrankte das jüngste, ...Vierteljahr alte Kind dieser Frau an einer Ernährungs-...und sie bringt es in die Charité. Der Zustand des Kindes ...nicht besser, und die Mutter erhält am 20. Januar eine schrift-...Mitteilung, daß sich das Befinden sehr verschlechtert habe, ...bittet um ihren Besuch. Diesen Brief erhielt die Frau mor-...gen 8 Uhr und traf infolgedessen um 9 Uhr in der Charité ...sich an das Krankenlager zu begeben. Die zuständige ...Schwester teilte ihr aber bei ihrem Erscheinen mit, daß das ...in der Nacht gestorben sei, und bald stand die Mutter allein ...im Korridor und hielt in den Händen ein Paket, in dem sich ...Kinderhemdchen und ein Kleidchen befanden. Ein Wärter ...wies sie über den Weg:

„Wo kann ich mein totes Kind sehen?"

...der Leichenhalle."

...unter dem Pathologischen Institut liegt diese Halle, wo die Frau ...erscheint. Immer mit dem Kleidchen und dem Hemdchen, sie ...ihre toten Kindchen noch einkleiden.

...geschlossen, das Kind können sie jetzt nicht sehen, Hausord-...nung. Kommen Sie morgen wieder."

...nächsten Morgen steht die Frau Maria Scherka natürlich ...vor der Leichenhalle, sie hat außer den Kleidern von ihren ...letzten Groschen noch ein paar Blumen gekauft, die sie dem ...Kinde in die kalten Hände drücken will. Als die Frau er-...neut vergebens Durcheinanderlaufen der Beamten.

„Um das Kind können Sie heute auch nicht sehen, man wird es Ihnen kurz vor der Beerdigung zeigen."

...Anhalung steht die Frau mit den verwelkten Blumen in der ...vor der Leichenhalle, schließlich geht sie nach Hause und dort ...ihr eine Karte des Wohlfahrtsamtes der Stadt Berlin vor, ...in ihr mitgeteilt wird, daß die Beerdigung auf dem Armen-...wege am 24. Januar, vormittags 9.30 Uhr, auf dem Friedhof er-...folgen wird. Die Mutter borgt sich nun die paar Mark für einen ...Kranz, nimmt ihr anderes Kind auf den Arm und fährt hinaus auf ...den Friedhof. Zur festgesetzten Stunde weiß von den Friedhofs-...beamten niemand etwas von einer Beerdigung. Die Frau ver-...zweifelt an sich und der Welt und wartet.

Nach dreiviertel Stunden rollt vor der Leichenhalle des Friedhofs ein Lastauto an, darauf vier Särge, unter ihnen der des toten Kindes.

Diese Särge werden in die Leichenhalle des Friedhofs gebracht und nun bittet die Mutter, man möge ihr endlich ihr totes Kind zeigen.

„Gern", sagte der Beamte, aber als er auf dem Sarge drei mit Kreide aufgezeichnete Kreuze sieht, weigerte er sich mit Worten des Mitleids für die Frau, aber ohne Angabe des Grundes, den Sarg zu öffnen.

Jetzt ist die Mutter völlig fassungslos. Schließlich erscheint ein Friedhofswärter, nimmt den kleinen Sarg unter den Arm und fordert die Mutter auf, mitzugehen. In ihrem Beisein wird eine Grube gegraben, der Sarg hineingetan, die Erdschollen poltern wieder hinein, und wieder ist ein Armenbegräbnis vorbei.

Die Frau jedoch, die das unbestimmte Gefühl hat, irgend etwas müsse sich nun doch ereignen, jemand müsse sie trösten und irgend etwas, an das sie sich später an den Akt einer Feierlichkeit erinnern möchte, zutragen, fängt an, haltlos zu weinen und schreit: „Wo ist denn der Pfarrer?" Ein bedrückter Totengräber murmelt: „Ich glaube, der kommt morgen vorbei." Aus.

Ein paar Tage vergehen und plötzlich hat sich in dem Kopf der Frau eine fixe Idee gebildet.

Ist ihr Kind überhaupt begraben worden? Was bedeuten die Kreuze auf dem Sarge?

Warum hat sie ihr totes Kind nicht gesehen? Ergebnis dieser Ueberlegungen: Das Kind lebt, das Kind ist von reichen Leuten adoptiert worden, herausgerissen aus dem Elend, das Kind lebt und es geht ihm gut.

Das Kind lebt nicht.

Die kleine Leiche ist ohne Einwilligung der Mutter und ohne die primitivste Rücksicht auf die Empfindungen dieser armen Frau seziert worden.

Man hat noch nicht einmal wenige Stunden damit gewartet. Der Wissenschaft hätte unendliches verlorengehen können.

Das Proletarierkind mußte so schnell wie möglich unter das Seziermesser. Vielleicht stand die Mutter zur selben Zeit unter vor der Leichenhalle mit dem Kinderkleidchen und den welken Blumen.

Was soll dazu noch viel gesagt werden? Ein Fall wird bekannt und ungezählige mögen sich ereignet haben.

Neues aus aller Welt

Muttermord eines 18jährigen

...ordnet wurde in Niederzeuzheim im Westerwald eine 45 Jahre ...alte Frau, die sich zum Melken in den Kuhstall begeben hatte, mit ...schweren Schädelverletzungen aufgefunden. In der letzten Nacht ...der 18jährige Sohn unter dem dringenden Verdacht, seine Mutter ...ermordet zu haben, verhaftet worden.

...englisches Fischerfahrzeug untergangen

...englisches Fischerfahrzeug erlitt auf der Höhe der Orkney-...Inseln Schiffbruch. Acht Personen kamen ums Leben.

...Unter dem Verdacht der Ermordung des Arbeiters Belte, dessen ...am Sonntagvormittag von Kirchgängern in einer in das ...Oberlander Kanals geschlagenen Wuhne mit eingeschlagener ...Schädeldecke aufgefunden wurde, wurden ein Schweizer und ...seine Mutter vom Gut Sonnenhof verhaftet, die mit Belte Streit ...gehabt haben und ihn erschlagen haben.

...Unfall

...Am Sonntagabend überschlug sich auf der Stettin—Danziger ...Chaussee in der Nähe des Ortes Reselkow, das Auto des Molkerei-...besitzers Kreusfeld aus Plathe. Bei dem Unfall fand die sechzehn-...jährige Tochter den Tod.

...Flugzeugunglück in Ostgalizien

...Bei Jaltiew in Ostgalizien ist am Sonntagabend ein Militär-...flugzeug infolge Explosion des Benzintanks brennend abgestürzt ...und zertrümmert. Der Flugzeugführer und der Beobachter ...sind auf der Stelle tot.

...Tote bei einem Automobilunfall

...Bei Bonnes-sur-Allier ist Sonntag nacht ein mit sechs Personen ...besetztes Auto in voller Fahrt umgestürzt. Vier Personen wurden ...getötet, eine fünfte schwer verletzt.

...Brand in Denver

...Das Hotel Colorado House wurde in den ersten Morgenstunden ...durch einen Brand vollständig zerstört. Etwa 100 Gäste konnten ...sich dadurch retten, daß sie aus den Fenstern der unteren Stock-...werke sprangen. Vier Personen wurden mit lebensgefährlichen ...Brandwunden, neun mit leichteren Verletzungen ins Krankenhaus ...gebracht.

...Panik infolge eines Filmbrandes

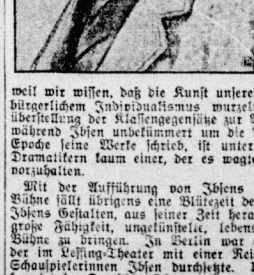
...In der Gemeinde Salt (Pester Komitat) geriet während eines ...Lichtbilder illustrierten Vortrages, den der Ortspfarrer im ...Rahmen der Gewerbekorporation hielt, plötzlich ein Film in ...Brand. Unter den anwesenden 150 Personen entstand eine Panik. ...Mehrere Personen, die die Ausgänge nicht rechtzeitig erreichten, ...erlitten Brandwunden; 12 von ihnen wurden schwer verletzt.

Der Kreislauf des Stickstoffs

...Der Stickstoff der Erde befindet sich durch das Zusammenwirken ...verschiedenster Einflüsse in einem ständigen Doppelkreislauf. ...Der Boden werden die stickstoffhaltigen Ammoniak- und Sal-...peter, weil sie wasserlöslich sind, durch Quellen und Flüsse in ...das Meer geschwemmt. In diesen leben Bakterien, die die Stick-...stoffe spalten, so daß der Stickstoff als freies Gas in die Atmo-...sphäre aufsteigt. Von hier tragen ihn die Luftströmungen wieder ...zur Festland. Im Boden der Festländer leben Bakterien, die ...die Fähigkeit von allen Lebewesen besitzen, freien Luft-...stickstoff zu binden und daraus Ammoniak- und Salpetersalze auf-...zubauen. Durch diesen Stickstoff-Fresser wird der Luftstickstoff ...wieder dem Boden zugeführt. Von hier wandert ein Teil des ...Stickstoffs wieder durch Vermittlung von Bakterien in die Pflan-...zenwurzeln und von hier in Blätter und Früchte, wo er sich am ...Aufbau der Eiweißstoffe beteiligt. Mit der Weidekost wandert er ...in den Leib des Tieres und durch die pflanzliche und tierische ...Nahrung in den Körper des Menschen. Aus Tier und Mensch ...wandert er mit Harn, Kot, Schweiß und zuletzt mit der Leiche ...wieder in den Boden.

100 Jahre Henrik Ibsen

Henrik Ibsen, der am 20. März 1828 geboren wurde, ist der Dramatiker des sich konsolidierenden Bürgertums. Er wurde in Skien in Norwegen geboren, lernte Apotheker in Grimstadt und kam dann nach Christiania, wo er literarische Studien trieb und schließlich Dramaturg und Regisseur wurde. Vom Jahre 1864 ab hielt er sich meist in Deutschland, aber auch in Italien auf und kehrte erst 1891 nach Norwegen zurück, wo er am 23. Mai 1906 starb.



Heute wird übereinstimmend die Meinung geteilt, daß seine Probleme keine solchen mehr sind. Seine Art Individualismus der Wohnstube ist durch die Entwicklung längst überholt, und jeder lächelt über den „Fall" Nora und über all die andern Dinge, die Ibsen wert und für notwendig hielt, zu dramatisieren. Damals war es übrigens notwendig. Und man mag sich unter der heutigen Dichtergeneration vergeblich nach seinen Fähigkeiten des dramatischen Aufbaus und der der Charakterzeichnung umsehen. Damals gipfelten sie allerdings in geruhsamem Realismus, und heute drauchts andere Gegenüberstellungen. Schon weil wir wissen, daß die Kunst unserer Gegenwart nicht in kleinbürgerlichem Individualismus wurzelt, sondern sich die Gegenüberstellung der Klassengegensätze zur Aufgabe machen muß. Aber während Ibsen unbekümmert um die Prüderie seiner bürgerlichen Epoche seine Werke schrieb, ist unter den heutigen bürgerlichen Dramatikern kaum einer, der es wagte, seiner Klasse den Spiegel vorzuhalten.

Mit der Aufführung von Ibsens Dramen auf der deutschen Bühne fällt übrigens eine Blütezeit der Schauspielkunst zusammen. Ibsens Gestalten, aus seiner Zeit heraus gesehen, erforderten eine große Fähigkeit, ungeklünstelte, lebenswahre Menschen auf die Bühne zu bringen. In Berlin war es der Regisseur Brahm, der im Lessing-Theater mit einer Reihe großer Schauspieler und Schauspielerinnen Ibsen durchsetzte. Und noch ihm hat Reinhardt im Deutschen Theater hervorragende Ibsen-Aufführungen herausgebracht. Reinhardt ist da freilich stehen geblieben, und nicht nur das, er ist auf eine Linie jener Aeußerlichkeit gekommen, die nur allzu oft dem Sensationsniveau des heutigen Bürgertums entspricht. Heute stehen auf der Tagesordnung andere Menschen und andere Fragen. Und damit auch eine andere Bühnenkunst.

Der 41. / Von Boris Lawrenjew

16] Copyright by Verlag der Jugendinternationale, Berlin, 1928.

Alle Rechte, besonders die des Nachdrucks, auch einzelner Kapitel, der Radioverbreitung und Uebersetzung, vorbehalten.

— Ja, was sollen wir tun? Wir werden warten!

— Worauf?

— Auf den Frühling. Er ist schon nicht mehr fern. Jetzt haben wir Mitte März. Noch zwei Wochen — dann werden wohl schon die Fischer kommen, um die aufgespeicherten Fische abzuholen. Die werden uns dann sicher mitnehmen.

— Ja, das wäre gut. Denn sonst werden wir es mit Salzfischen und stockigem Mehl nicht lange aushalten. Zwei Wochen werden wir noch durchhalten können, dann aber ist Schluß, Fischcholera!

— Woher hast Du diesen Ausdruck Fischcholera?

— Aus Astrachan. Die Fischer reden so, um kein Schimpfwort zu gebrauchen. Ich schimpfe nicht gerne, manchmal aber packt mich die Wut. Dann mache ich mir so Luft.

Sie stocherte mit dem Ladestock in den brennenden Fischen herum und fragte:

— Du hast damals von einem Märchen geredet. Von der Insel . . . mit Freitag. Statt hier unnütz herumzusitzen, erzähl es mal lieber. Ich höre Märchen leidenschaftlich gern. Bei uns im Dorfe kamen manchmal bei meiner Tante die Weiber zusammen und brachten die Greisin Sugnicha mit. Die war hundert Jahre alt, vielleicht sogar noch mehr. Sie erinnerte sich sogar an Napoleon. Wenn sie Märchen erzählte, habe ich immer mit offenem Munde starr in der Ecke gesessen. Ich habe dann vor Schrecken gezittert und Angst gehabt, auch nur ein Wort zu versäumen.

— Von Robinson soll ich Dir erzählen? Ich habe schon die Hälfte vergessen. Es ist schon lange her, seit ich es gelesen habe.

— Erinnere Dich nur daran. Erzähl alles, worauf Du Dich besinnen kannst!

— Gut. Ich werde mich bemühen.

Der Leutnant schloß halb seine Augen, während er sich besann.

Marjutka breitete die Lederjacke auf der Pritsche aus und setzte sich in die Ecke an den Ofen.

— Komm, setz Dich hierher! Hier in der Ecke ist es wärmer.

Der Leutnant kroch in die Ecke. Der Ofen wurde glühend und umhüllte sie mit fröhlicher Hitze.

— Nun, worauf wartest Du? Fang an. Ich halte es schon vor Neugier nicht mehr aus. Ich liebe die Märchen so sehr.

Der Leutnant stützte sich auf die Ellbogen und begann:

— In der Stadt Liverpool lebte ein reicher Mann. Der hieß Robinson Crusoe

— Wo liegt diese Stadt?

— In England . . . lebte ein reicher Mann namens Robinson Crusoe.

— Halt! . . . Ein reicher, sagst Du? Warum ist eigentlich in allen Märchen immer von Reichen und Zaren die Rede? Märchen von armen Leuten gibt es wohl nicht?

— Ich weiß nicht, — antwortete der Leutnant unentschlossen: — das ist mir nie in den Kopf gekommen.

— Die Reichen werden die Märchen wohl selber geschrieben haben. Das ist genau so wie bei mir. Ich möchte ein Gedicht schreiben, habe aber keine Bildung. Aber über einen armen Menschen würde ich tüchtig schreiben können. Na, macht nichts. Ich werde lernen, dann werde ich schon zeigen, was ich kann.

— Ja . . . Also dieser Robinson Crusoe hatte beschlossen, eine Reise zu machen und um den ganzen Erdball herumzufahren. Er wollte sehen, wie die Leute leben. So verließ er seine Heimatstadt auf einem großen Segelschiff . . .

Der Ofen knotterte. Langsam und regelmäßig wie Tropfen flossen die Worte des Leutnants.

Allmählich begann er sich zu erinnern und seine Erzählung mit allen möglichen Einzelheiten auszuschmücken.

Marjutka war hingerissen. Bei den ergreifenden Stellen der Erzählung machte sie ihren Empfindungen durch laute Rufe Luft.

Als der Leutnant jedoch Robinsons Schiffbruch beschrieb, zuckte sie verächtlich ihre Schultern und fragte:

— Alle, also, außer ihm ertranken?

— Ja, alle.

— Muß das ein bläder Kapitän gewesen sein! Oder hatte er sich vor dem Schiffbruch sternhagel vollgetrunken? Das glaube ich im Leben nicht, daß ein guter Kapitän so mir nichts Dir nichts seine ganze Mannschaft umkommen lassen kann. Wieviel Schiffbrüche haben wir auf dem Kaspischen Meer schon gehabt, niemals aber sind mehr als zwei bis drei Menschen dabei umgekommen, stets haben sich die übrigen retten können.

— Warum? Sjemjannoi und Wjachirj sind doch auch ertrunken. Also bist Du ein schlechter Kapitän oder Du hast Dich vor unserem Schiffbruch betrunken?

Marjutka geriet aus der Fassung.

— Da hast Du mich aber gepackt, Fischcholera! Nun, erzähl weiter!

Kaum erschien Freitag auf der Bildfläche, als Marjutka ihn wieder unterbrach.

— Darum also hast Du mich Freitag genannt? Danach wärst Du selber dieser Robinson? Freitag, aber — sagst Du — war ein Schwarzer? Ein Neger? Ich habe einen Neger gesehen. Er war in Astrachan im Zirkus. Mit wolligen Haaren und wulstigen Lippen! — So eine ganz schauerliche Visage! Wir sind hinter ihm hergelaufen, haben ihm einen Rockzipfel hingehalten und gerufen: hier, ist ein bißchen Schweinsohr. Dann ist er mächtig wütend geworden und hat mit Steinen nach uns geworfen!

Als der Leutnant in seiner Erzählung an die Stelle kam, wo Robinson von Seeräubern überfallen wird, blitzten Marjutkas Augen:

— Zehn gegen einen? Gesindel, Fischcholera!

Der Leutnant hatte seine Erzählung beendet. Marjutka saß zusammengekauert da und lehnte sich an seine Schulter. Schläfrig schnurrte sie vor sich hin:

— Ach, wie gut das ist. Du kennst wahrscheinlich noch eine Menge Märchen? Von jetzt ab wirst Du mir jeden Tag ein Märchen erzählen.

— So? Gefallen sie Dir?

— Riesig. Ich kriege direkt eine Gänsehaut dabei. So werden wir die Abende verbringen, und die Zeit wird schneller vorbeigehen.

Der Leutnant gähnte.

— Willst Du schlafen?

— Nein . . . Ich bin schwach geworden nach der Krankheit.

— Ach Du Armer, Schwacher!

Marjutka hob wieder ihre Hand und streichelte zärtlich die Haare des Leutnants. Verwundert richteten sich seine Augen auf sie.

Sie ließen in Marjutkas Herz eine Flamme auflodern. Hingegeben beugte sie sich über sein Gesicht, fand seine erzitternden Lippen und preßte fest und einsach ihre eigenen rauhen, trockenen Lippen darauf.

(Fortsetzung folgt)

Diese Novelle ist in Buchform erschienen und kostet gebunden 3 Mk., kart. 1,80 Mk. Erhältlich in der Buchhandlung und deren Filialen. Bestellungen nehmen alle Ortsgruppen entgegen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280320-13/fragment/page=0005

Die Aufstellung des hallischen Haushaltplanes 1928

II.

Wie schon mitgeteilt, ist der Haushaltplan für 1928 den Stadtverordneten und damit der Oeffentlichkeit zugegangen. Die Schwäche der Gemeinden im kapitalistischen Staat, der unter der Fuchtel der Schwerindustrie die Aufsicht über die Gemeindefinanzen führt, ist für die Arbeiterschaft offenbar. Sie tritt aber um so mehr hervor, als die Staatsgewalt im letzten Zeitraum von etwa einem Jahre schamlos genug ist, ihr Aufsichtsrecht nach den Gesichtspunkten der Dawes-Last zu handhaben, wobei sie ohne Umschweife kundgibt, daß ihr dieses demütigende Verhältnis sogar angenehm ist. Das hat die Beamenschaft zu ihrem Leidwesen bei der Beamtenbesoldung erfahren müssen, wo der Reparationsagent mittels eines vom Zentrumsminister Köhler bestellten Schriftwechsels sich über die Finanzen der Städte aufregte. Es handelte sich dabei um eine ebenso üble wie plumpe Wahlmache der Regierung des Bürgerblocks, die aus Furcht vor den abwandernden Beamtenstimmen das Gespenst des Reparationsagenten am politischen Horizont auftauchen ließ. Wie schon festgestellt, ist dem Haushaltplan eine Anlage beigefügt — gezeichnet Rive, May —, die eine selbstgefällige Begründung darstellt. Der darin aufkommende Amtsstil bewegt sich zwar stets im Negativen und vermeidet ängstlich das Positive. Zum Schluß wird ein Vergleich mit anderen Städten gezogen und die Behauptung aufgestellt,

daß die hallischen Steuern unter dem Durchschnitt der preußischen Städte bleiben.

Mit einem Seitenhieb auf Magdeburg wird dann aber eingeräumt, daß von einer Elastizität des Etats leider nicht gesprochen werden könne und daß deshalb dieser Mangel beim Vorbringen von Wünschen respektiert werden müsse. Das sind glänzende Aussichten für die Etatberatungen. Herr Rive verwahrt sich gegen den Vorwurf unzeitgemäßer Verschwendungssucht. Soweit diese von dem sozialen Aufwand behauptet wird, wollen wir ihm ausnahmsweise Recht geben, denn daß gerade auf diesem Gebiete rücksichtslos gespart wird, beweisen

die Debatten über die Anstellung eines Fürsorgedirektors,

der die erhebende Aufgabe hat, die Fürsorgepraxis von der Anklage zu reinigen, daß sie die Fürsorgegesetzgebung mißachte und sabotiere. Eine einigermaßen den Zeitverhältnissen entsprechende

Erhöhung der Richtsätze für die Rentner lehnt der Magistrat brüsk ab.

Dafür wird in gereiztem Tone der Enttäuschung Raum gegeben, daß bei der geringeren Arbeitslosigkeit auch nächte **ein Sinken der Ausgaben für die Wohlfahrt erwartet werden können.** Der kluge Magistrat kann eben nicht begreifen, daß nicht nur Arbeitslosigkeit, sondern auch Rationalisierung und andere Folgen der gesteigerten Ausbeutermirtschaft das Elendsniveau der Arbeiterklasse immer mehr verstärken und aus dem akuten krisenhaften Elend ein grauenhafter Dauerzustand werden mußte. Im übrigen sind wir aber der Meinung, wenn Herr Rive schon über Verschwendungssucht redet, daß er hätte

den philiströsen Wettbewerb um die sagenhafte Akropolis vermeiden sollen.

120 000 Mark sind immerhin kein Pappenstiel und gerade derartige Ausgaben sind die Ursachen des von ihm beklagten Kesseltreibens gegen die Städte, das im Endziel die Abdrosselung der Städte von jeder kommunalen und gesellschaftlich notwendigen Betätigung verfolgt.

„Die städtefeindliche Aktion" des Generalagenten, die übrigens ebenfalls eine bestellte Arbeit des Bürgerblockes ist, hat „unerhörte Perspektiven" eröffnet. Der Finanzausgleich hat mehr denn je ungünstigere Aussichten, trotz der „bescheidenen Anträge des Städtetages an die Regierung". Das sind die Folgen demütiger Resolutionen um eine Erhöhung der Steuerrücküberweisungen. Darum handelt es sich ja eben:

Vollkommenes Ausschalten der Gemeinden aus der Politik, dafür das mißtönende Konzert der Trusts um die gewinnbringende kommunale Wirtschaft.

Das wird mühelos erreicht durch Anleihesperre und Verschlechterung des Finanzausgleiches. Liegen erst die Gemeinden erschöpft am Boden, dann hat „das freie Spiel der Kräfte" endlich Sinn und Zweck erfüllt. Das Privatkapital kann ungehindert nach Beseitigung der kommunalen Wirtschaftsbetätigung die Ausbeutung des Gesamtbedarfes der Bevölkerung vornehmen.

Der Etat schließt mit 30,5 Millionen ab, das bedeutet eine **Steigerung gegen 1927 um 3,6 Millionen, die mit 2,6 Millionen auf Erhöhungen der persönlichen Ausgaben zurückzuführen sind.** Von dieser Summe entfallen

nur 300 000 Mark auf die städtischen Arbeiterlöhne,

während den Löwenanteil die Lehrer (rund 1,1 Millionen) und die Beamten (rund 1,2 Millionen) einstecken. Diese Gegenüberstellung beleuchtet treffend das System des kapitalistischen Staates. Das Hungerelend des Arbeiters wird verewigt, die Ausbeutung aber wird durch ein Antreibesystem verschärft. Haufen von Aufsehern und aufsichtführenden Beamten holen aus den Knochen der Arbeiter und unteren Beamten das letzte heraus. Dafür hat ihnen die Besoldungsreform einen größeren Anteil gesichert. Zahlen beweisen das. Nach den jüngsten Angaben Rives hat die Stadt Halle rund 1000 Beamte und Angestellte, die an persönlichen Verwaltungskosten fast 5,4 Millionen verursachen,

an Arbeiterlöhnen werden aber nur 2 Millionen veranschlagt!

Es wird tatsächlich Zeit, daß die Gewerkschaften sich endlich einmal ihrer Aufgabe entledigen und dem famosen Kommunalen Arbeitgeberverband gehörig den Marsch blasen. Herr Schaumburg könnte dann einstweilen seine Kommunistenhetze vertagen. Aber lieber bringt er sich um, als daß er so etwas täte.

Der Rest der Ausgabenerhöhung entfällt auf das Kapitel „Kapital- und Schuldenverwaltung" mit reichlich 1 Million. Hier regt sich anscheinend das böse Gewissen des Herrn Rive.

Steckt doch darin auch die famose Sanierungsanleihe für die teilweise Abwicklung der Stadtbankverluste.

Es heißt deshalb in der Anlage: „Der Mehrzuschuß von 246 000 RM. wird nur zu einem geringen Teil für **neue** Anleihen verursacht."

Die Deckung des Finanzbedarfes bewegt sich in dem gewohnten Gleise der **Massenheranziehung und Schonung der Besitzenden.** Auf der Suche nach einträglichen Einkünften ist der Magistrat auf den Gedanken gekommen, 0,5 Millionen Straßenreinigungsbeiträge von den Grundbesitzern, die auf die Mieter abwälzbar gemacht werden, in den Etat als Einnahme vorzusehen. Wie das kommende Ortsstatut auch aussehen möge, wir werden diesen neuesten Streich der Mieterbelastung gebührend parieren. Handelt es sich doch darum, die Grundsteuer möglichst zu drücken, um die Haus- und Grundbesitzer nicht so sehr aufzuregen. Finanzpolitisch will der Magistrat nach oben bei der Regierung den Eindruck hervorrufen, als treibe er eine gesunde Finanzpolitik,

in Wirklichkeit soll der Etat nach seiner gewaltsamen Durchpeitschung des Wohlgefallen der Regierung erregen,

und das ist bei derartigen Abwälzungssteuern immer zu erwarten.

Bei der Allgemeinen Verwaltung bemerkt man die erstmalige Einstellung von 15 000 Mark für eine unter Mitwirkung der Universität zu errichtende Verwaltungsakademie. Diese Ausgabe ist zumindest mit Vorsicht zu genießen. Sie stellt offenbar eine bei Herrn Rive jetzt zur Manie gewordene

Subventionierung der Universität Halle durch städtische Steuergelder

dar. Andererseits soll ein dem kapitalistischen Ausbeuterstaate ergebenes Beamtenheer langsam aber sicher herangedrillt werden. Unsere Genossen haben darauf zu sehen, daß das Dozentenpersonal keine Zweiseiten-Medailleure vom Schlage eines Geheimrates Finger enthält und sonstiges Paragraphenhändlertum sich nicht ausbreiten kann. Die Beamten haben auch zu verlangen,

daß der Unterricht in die Dienstzeit verlegt wird und nicht in die Abendstunden nach der Tretmühle des Tages.

Im Hoch- und Tiefbau-Etat ist eine Verminderung der Ausgaben eingetreten, was unsere Aufmerksamkeit bei den Beratungen in Anspruch nehmen wird. Daß gerade der so überaus wichtige Bauetat beschnitten wird, beweist, wie wenig der Magistrat soziale Erwägungen gelten läßt.

Der Schlacht- und Viehhof soll 50 000 Mark als Beitrag an die Kämmerei abführen. „Dieser sächsisch wohlbegründete Brauch ist nach der Inflation in Vergessenheit geraten", schreibt der Bericht. Nein, der Ordnungsblock ist unverschämt genug, zur Schonung seiner politischen Freunde

die Fleischpreise besonders zu belasten,

denn daß es sich um eine verschleierte Schlachtsteuer handelt, wird wohl niemand bezweifeln.

Die Gartenverwaltung hat trotz der im letzten Jahre geschaffenen Grünflächen keine stärkere Dotierung erfahren. Es ist an der Zeit, die Wichtigkeit dieses Dezernates, das heute noch dem Hochbaugewaltigen Stadtbaurat Jost untersteht, in das richtige Licht zu rücken und demgemäß die Schaffung eines Gartendezernates zu fordern.

Die Kirchen sind nicht satt zu kriegen. Sie verlangen **Patronatsbaulasten** nicht weniger als 83 000 Mark. Wo bleibt der famose Vergleich, den der Magistrat im vorigen Jahre dem Parochialverbande abgeschlossen hat, wonach die Kirchenlasten immer höher werden?

Die Volksschule, das Stiefkind unserer Unterrichtsverwaltung, hat zum Prinzip die Bildungsvernachlässigung. Sie arbeitet mit dem fast lächerlich zu nennenden Zuschuß von 235 000 Mark. Die Mittelschule, die Klassenschule des Bürgers, bekommt immerhin 652 000 Mark als Zuschuß und die höheren Knaben- und Mädchenschulen, die Brutstätten der Fronvögte des Kapitalismus, erhalten sogar 1 186 000 Mark.

Das ist mehr als das Fünffache der Volksschulen und das Doppelte der Mittelschulen.

Wer bringt diese Mittel auf? Die Arbeiter und Angestellten, ihre Kinder aus Mangel an Geld nicht dorthin schicken können. Es zeigt sich deutlich, daß der vom Großunternehmertum diktierte Staat kein Interesse an einer Massenaufzucht intelligenterer Arbeiter mehr hat. Billige „Bildung", niedrige Löhne.

Im Stadtgesundheitsamt taucht zum ersten Mal die städtische Milchküche als selbständiger Regiebetrieb auf. Der Erlös aus verkaufter Milch niedriger ist als die Kosten der Unterhaltung, hat sich wahrscheinlich kein Privatunternehmer gefunden. Hier zeigt sich ganz schlagend der große Umfang des Schleuderns der städtischen Güter.

Das sind, abgesehen von den wichtigen Steuerkapiteln, die in einem besonderen Etatbericht folgen werden, die bemerkenswertesten Einzelheiten zum Haushaltplan. Unter den gegebenen Machtverhältnissen dient der kommunale Haushalt selbstverständlich dem Klassenstaate. Die Organisationen der Gemeinden — Städtetag — haben versagt oder führen einen lendenlahmen Schein-

Ausschlaggebend ist der politische Kampf der Massen unter bewußter politischer Führung der Kommunistischen Partei, die Bestreben der Trusts und Konzerne, sich ihren Profit durch die Ausgaben der Gemeinden nicht schmälern zu lassen, zunichte machen muß.

Wofür der Magistrat Geld hat

Der Magistrat gibt bekannt: Heute wurde die Flughafen-Halle-Leipzig-GmbH. mit einem Stammkapital von 3 Millionen Mark gegründet. An der Gesellschaft sind beteiligt: Das Reich mit 400 000 Mark, der preußische Staat mit 610 000 Mark, die Provinzialverwaltung der Provinz mit 150 000 Mark,

die Stadt Halle mit 1 740 000 Mark,

die Stadt Schkeuditz mit 100 000 Mark.

Bei dieser Luftfahrt mit hallischen Steuergeldern bleibt einem wirklich die Luft weg.

ADK. oder Modenschau?

Das Tätigkeitsfeld des Herrn Zwanzig

Die „Allgemeine Zeitung" kommt endlich mit den groß angekündigten Enthüllungen über die Vorstandswahl bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse heraus. Und was man da liest, läßt einem die Haut schaudern. Es ist wirklich ein gespensterhaft zusammengebrautes Märchen. Und wird gezeichnet von „Karl Krüger, Arbeitersekretär". Diewell dieser nämlich als Werksgemeinschafter und Unternehmersoldling bekannt ist und sich vor der Wahl seinem geringen Grüppchen „vaterländischer" Arbeiter zeigen muß. Durch die Zeilen dieser „Enthüllungen" klingt übrigens immerzu ein Name: Zwanzig. Da werden eidesstattliche Versicherungen abgegeben, daß nur Zwanzig und sonst keiner von den treudeutschen und christlichen Männern gewählt worden ist, da wird wieder der Spitzenkandidat Zwanzig, Paul, in den Vordergrund geschoben, und dem Aerger über die für die Reaktion durch ihre eigene Dummheit so traurig ausgegangene Vorstandswahl ist freier Lauf gelassen.

Herr Zwanzig hat es auch wirklich nicht leicht. Nicht einmal Krankenkassenvorsitzender konnte er werden, und doch mußte er so schwer für die Bourgeoisie schuften. Zum Beispiel hilft ihm alles nichts:

er mußte sogar an einer großen Modenschau im Stadtschützenhaus" teilnehmen. Natürlich nicht als Mannequin, denn das Thema hieß: „Die Dame im Frühjahr und Sommer", aber als sachlich geprüfter Zuschauer. Er muß doch wissen, was die Dame im Frühjahr und Sommer anziehen muß. Ihm geht ja, besonders seit seiner bei Freund Finger durchgesetzten Sekretärnierung, so glänzend, daß Modenschau gerade der richtige Anschauungsunterricht für Herrn Zwanzig ist. Und wenn einer eintreten und behaupten wollte, Herr Zwanzig verstände von Modenschau nichts: nun, von Allgemeiner Ortskrankenkasse versteht er noch weniger.

Donnerstag in die Wahlkundgebung der KPD.!

Protest gegen den Abbruch der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen! — Für die Amnestie!

Die ehemaligen Münchener Räterepublikaner Lerner, Kick, Lindner, Huber, Gesell, Greiner und Steidl folgen der Einladung der Sowjetunion, einen mehrwöchigen Erholungsurlaub in Rußland wahrzunehmen. Acht Jahre sind diese Genossen im Zuchthaus Straubing gequält worden. Endlich mußten sie doch freigelassen werden.

Auf ihrer Durchreise durch Halle werden sie am Donnerstag, dem 22. März, abends 8 Uhr, im großen „Volkspark"-Saal eine große Kundgebung abhalten.

Es sprechen die Genossen Lindner, Kick und Steidl. Zur Frage des Abbruches der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen spricht Genosse Johannes Schröter.

Um 7½ Uhr Empfang der Münchener Genossen auf dem hallischen Hauptbahnhof.

Aufmarschplan:

Abteilung 1, Osten, und Stadtteil Osten:
Antreten 7 Uhr, Roßplatz, Abmarsch 7.15 Uhr.

Abteilung 2, Süden, und Stadtteil Süden:
Antreten 7 Uhr, Johannisplatz, Abmarsch 7.15 Uhr.

Abteilung 3, Westen, und Stadtteil Westen:
Antreten 6.45 Uhr, Weingärtenplatz, Abmarsch 7 Uhr.

Abteilung 4, Norden, und Stadtteil Norden:
Antreten 6.45 Uhr, Wettiner Platz, Abmarsch 7 Uhr.

Abteilung 5, Zentrum, und Stadtteil Zentrum:
Antreten 6.45 Uhr, Paradeplatz, Abmarsch 7 Uhr.

„Jungfront", KJVD. und KJVBB. treten mit den Abteilungen an, ab Thielenplatz geschlossen.

„Spielleute" treten bei den Abteilungen an.

Geschlossener Abmarsch vom Thielenplatz, 7.30 Uhr, nach dem „Volkspark".

Arbeiter und Arbeiterfrauen von Halle! Beteiligt Euch geschlossen an dem Empfang und an der Kundgebung der Münchener Räterepublikaner. Zeigt durch Euren geschlossenen Aufmarsch, daß Ihr den Kampf gegen Klassenjustiz und bürgerliche Gesellschaftsordnung weiter vorwärtstreiben wollt.

KPD., AS., AFB., AJVB., KJVD.

Wer hat die schönsten Beine?

Darüber weiß der „Volksblatt"-Redakteur Habicht [illegible] zu geben. Dieser Herr, von dem man nicht weiß, ob er noch [illegible] portgewandt als schreibgewandt ist, ließ sich, wie sich das [illegible] sicht der SPD. für den Redakteur einer „Arbeiterzeitung" [illegible] in ein Komitee hineinwählen, das bei dem Schönheitswettbewerb eines Kinos die Preisverteilung vornehmen soll. Diese „politische" Tätigkeit übt Herr Habicht in trauter Gemeinschaft mit einem Redakteur von der „Saale"-Zeitung aus. Und wenn er das auch nicht? Sie passen ja zusammen. Ob der unternehmungslustige Herr Habicht nun aber noch in das Arbeiterkartell paßt, das werden die hallischen Arbeiterparteien entscheiden müssen.

Und drinnen waltet die züchtige Hausfrau

Die Wahlkäderei der Bürgerlichen ist nun schon in vollen Gängen. Besonders der Ordnungsblock und die um ihn gruppierten nationalen Vereine und Vereinchen blasen schon mit vollen Backen in den parlamentarischen Staub hinein, den sie vier Jahre lang gekehrt haben. Sie können nicht früh genug anfangen, man weiß ja, daß sie diesmal doch zu spät kommen werden. Jedenfalls ist die Versammlungstätigkeit dieser Herrschaften besonders lebhaft. Und das Thema lautet in vielen Fällen: Kommunalpolitik. Die Deutschnationalen haben zum Beispiel jetzt ihre Stadtverordnete Frau Mampel herangeholt, und die wird den Leuten weißroten Schäfchen schon was über ihre Kommunalpolitik erzählen. Was sie aber bestimmt verschweigen wird, wollen wir vorauschicken: Sie wird kein Wort davon sagen, daß sie prinzipiell alle Anträge, die sich mit Verbesserungen in der Jugendpflege, mit Unterstützung von Proletariermüttern befassen, niederstimmt. Sie, die deutsche Hausfrau und Mutter, die sonst kaum einmal einer Sitzung das Wort ergreift, demonstriert durch ihr Verhalten ohne Ausnahme den vollkommen unsozialen Standpunkt bürgerlicher Weiblichkeit, die immer das schöne Wort von christlicher Nächstenliebe und andern schönen Dingen im Munde führen, aber danach handeln. Und nun, viel Glück zum Wahlvorttrab.

Der falsche Lebensversicherungs-Kandidat

Die 60jährige Frau eines Eisenbahnschaffners wollte hinter Rücken ihres Ehemannes 200 Mark Darlehen aufnehmen. Sie meldete sie auf eine Anzeige „Darlehen gegen Lebensversicherungsabschluß". Sie stellt den Antrag auf Versicherung des Mannes. Der Antrag auf das Darlehen und den Versicherungsvertrag über ihre Möbel unterschreibt sie selbst mit dem Namen ihres Mannes. Elf Wechsel über eine Gesamtsumme von [illegible] läßt sie von einem Unbekannten unterschreiben; dafür erhält sie dann ganze 192 Mark. Nun soll aber die vertrauensärztliche Untersuchung des Mannes kommen, und da ist ein pensionierter Lehrer des Mannes so liebenswürdig, die Rolle des Lebensversicherungskandidaten beim Arzt zu spielen. Dort trägt er sich in den Untersuchungsprotokolls unter dem Namen des Ehemannes ein. Es kommt natürlich doch an den Tag. Der Ehemann hat schon vier Wechsel mit [illegible] 120 Mark bezahlt; als er hört, er soll noch 362 Mark zahlen, [illegible] 192 Mark Darlehen und noch 20 Jahre lang eine Jahresprämie von 141 Mark, da streikt er, denn er ist schließlich auch bald 60 Jahre alt. Die Frau hatte sich aber man zusammen mit dem Lebensversicherungsstellvertreter ihres Mannes wegen Urkundenfälschung und Betrugs Schöffengericht Halle zu verantworten. Ihr wurde ein Monat Gefängnis ausgesetzt mit Bewährungsfrist; er kam wegen der Urkundenfälschung mit zehn Mark Geldstrafe davon.

Einen empfindlichen Verlust erlitt die Angestellte einer Firma, als sie auf der Bank eine Summe von 4000 Mark abheben wollte. Sie packte die Scheine auf der Bank aus, legte sie hin und wartete auf Abfertigung. Als der Bankbeamte bei der Nachzählung, fehlten 500 Mark. Die Angestellte gibt an, das Geld in einem unbewachten Augenblick von einem Herrn stehenden gestohlen sein muß.

(Fortsetzung des lokalen Teiles im Hauptblatt Seite [illegible])

Achtung, hallische Metallarbeiter! Mittwoch, den 21. März 1928, abends 7 Uhr, im „Volkspark" Generalversammlung

Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht! — Mitgliedsbuch nicht vergessen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280320-13/fragment/page=0006

Gewerkschaftliches

Berufung des 18. DMV.-Verbandstages

Der Beschluß des Bremer Verbandstages hat der Vorstand des Verbandes zu Montag, den 13. August, vormittags 9 Uhr, bis Sonnabend, den 18. August 1928, nach Karlsruhe in den Städtischen Festsälen den 18. ordentlichen Verbandstag des Deutschen Metallarbeiterverbandes einberufen. Die Tagesordnung lautet:

Eröffnung des Verbandstages, Wahl der Leitung und der Kommissionen.

1) Bericht des Vorstandes:
2) Allgemeiner Geschäftsbericht;
3) Bericht der Hauptkasse;
4) Bericht des Ausschusses;
5) Bericht der „Metallarbeiter-Zeitung".

6) Verlegung des Verbandssitzes nach Berlin.

7) Die Einführung der Invalidenunterstützung.

8) Bericht über den internationalen Gewerkschafts- und den Metallarbeiter-Kongreß in Paris und Stellungnahme zum Gewerkschaftskongreß in Hamburg.

9) Beratung des Statuts.

10) Erledigung sonstiger Verbandsangelegenheiten.

Die Wahl der Delegierten erfolgt durch geheime Abstimmung mit der Mehrheit. Wählbar sind nur Mitglieder, die mindestens sechs Wochenbeiträge (drei Jahre) entrichtet haben. Auf 3000 Mitglieder entfällt ein Delegierter. Auf Restzahlen von 1500 und mehr kommt ein weiterer Delegierter.

Der Tag der Wahl, die Wahlordnung und die Wahlkreiseinteilung werden noch bekanntgegeben. Alle Anträge zum Verbandstag müssen spätestens 5. Mai 1928 mit der Aufschrift „Antrag an den Verbandstag" an den Vorstand eingesandt werden. Jeder Antrag muß den Eingangsstempel der Verwaltungsstelle tragen. Begründungen zu den Anträgen sind nicht erforderlich.

Metallarbeiter! Noch fünf Monate trennen uns von dem Tag, an dem die Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes durch ihre Delegierten bestimmen sollen, welche Politik der Verband in Zukunft führen soll. Sie müssen entscheiden, ob weiter die Niederlagenstrategie der jetzigen Verbandsleitung, die bei der Hüttenarbeiterbewegung, in Mitteldeutschland und in Berlin zu schmählichen Niederlagen führte, angewendet werden soll? Der Verbandstag entscheiden, ob die Metallarbeiter sich weiter den Hungerpfeifchen des staatlichen Schlichtungsapparates unterwerfen oder ob der Kurs des Verbandes mit einem kräftigen Ruck auf die Linie des Klassenkampfes gerichtet werden soll. Die Mitglieder haben bei der Wahl der Delegierten darüber zu entscheiden, ob die Politik der Niederlagen — die Politik der SPD. — die Politik des rücksichtslosen Kampfes gegen die Unternehmer oder Staat vom Verband geführt werden soll. Die Mitglieder zur Stellung nehmen zur Verwirklichung der proletarischen Demokratie im Verband gegen die den Verband zerstörenden Ausnahmebeschlüsse des Vorstandes. In allen Ortsverwaltungen und Betrieben müssen die Kollegen dafür sorgen, daß nicht die Ansicht der Ortsverwaltung, sondern revolutionäre Arbeiter ausgewählt werden als Delegierte entsandt werden. Die Parole für jeden Metallarbeiter muß lauten: **Gegen die reformistische Niederlagenpolitik! Für den revolutionären Klassenkampf!**

Reformist Gröbel vom DMV. Halle erhält eine gehörige Abfuhr

Die Belegschaft der **Halleschen Maschinenfabrik** nahm in einer Betriebsversammlung am letzten Sonnabend Stellung zur Lage des Betriebsrates und anderer Betriebsangelegenheiten. Unter „Verschiedenes" machte ein Kollege den Vorschlag, die Betriebsrat solle sich der IAH. korporativ anschließen. Wie von einer Tarantel gebissen, sprang der anwesende Verbandsangestellte Gröbel auf und erklärte, daß ein solcher Beschluß nicht gefaßt werden dürfe. Dazu sei eine besondere Versammlung notwendig, der der Betriebsrat nicht befugen dürfe. Dann riß er die Fahne der IAH. in der gemeinsten Weise herunter und behauptete, das Ganze sei eine große Bettelei bei Geschäftsleuten gewesen.

Mehrere Kollegen wiesen durch Zwischenrufe auf die Neuerungen des DMV. hin, die zu einem großen Teil auf die Arbeit der IAH. zurückzuführen seien. Hierauf behauptete Gröbel, nicht ein neues Mitglied sei gewonnen, sie möchten ihm das Gegenteil beweisen. Darauf meldeten sich mehrere Kollegen und riefen: „Du hast durch die **Unterstützung der IAH. zur Ueberzeugung gekommen, daß wir uns gewerkschaftlich organisieren müssen.**" Gröbel antwortete, auf solche Mitglieder, die durch IAH. zu uns kommen, verzichten wir. Als man Gröbel fragte, woher denn **die Mittel gekommen wären, die die SPD. an Mitglieder während des Streiks verteilte,** antwortete Gröbel:

„Die hat ein einzelner Herr gestiftet."

Darauf der Zwischenruf „Barmat" erfolgte. Nun geriet der kleine Gröbel ganz aus der Fasson und schrie den betreffenden Kollegen „Du bist reif für Nietleben". Die Mehrzahl der Anwesenden waren der Meinung, daß Pauchen eine solche Veränderung noch notwendiger hätte. Jedenfalls wird dieser kleine Klätscher verhindern können, daß das Organ der internationalen proletarischen Solidarität immer neue Freunde gewinnt, **auch unter der Belegschaft der Halleschen Maschinenfabrik.**

Ausschlußverfahren wegen Verbreitung einer Parteizeitung

DMV.-Hauptvorstand als Anwalt der SPD.

Der Hauptvorstand des DMV., gez. Handke, hat jetzt einige kommunistische Metallarbeiter von Bernburg zur Rechtfertigung aufgefordert, d. h. Ausschlußverfahren eingeleitet. In dem Schreiben heißt es:

„Wie die Ortsverwaltung unseres Verbandes in Bernburg festgestellt wurde, haben Sie die Zeitung „Tribüne" genannt (Nr. 30 vom 1. Februar 1928), vor verschiedenen Fabriken verteilt. In dieser Zeitung wurde u. a. darauf hingewiesen, daß sich eine revolutionär-sozialdemokratische Einheitsfront gegen kommunale Zwangsunterstützung gebildet hatte."

Die Arbeiter haben darauf in ihrem Rechtfertigungsschreiben geantwortet:

„Als Mitglied der Kommunistischen Partei habe ich die Beschlüsse meiner Organisation durchzuführen und dazu gehört auch die Verbreitung unserer Zeitung. Die in dem Schreiben des Vorstandes gemachten Feststellungen über den Inhalt der genannten Nummer und die daran geknüpfte Schlußfolgerung, daß die Tätigkeit des Verbreitens der Zeitung infolge des Inhalts verbandsschädigend gewirkt habe, ist in dem Schreiben des Vorstandes an mich nicht unter Beweis gestellt worden. Ebenfalls ist in dem Schreiben nicht bewiesen worden, daß eine Verdächtigung der Verleumdung der Ortsverwaltung unseres Verbandes erfolgt ist, weil in bezug auf die Ortsverwaltung lediglich Tatsachen festgestellt werden. Aus dem Inhalt der genannten Nummer meiner Zeitung ist höchstens eine scharfe Kritik des Verhaltens der Ortsverwaltung zu ersehen, die versucht hat, kommunistische Stadtverordnete, also Volksvertreter, in der Ausübung ihrer ihnen verfassungsmäßig zustehenden Rechte zu behindern. Der Vorstand hat nach dem Statut kein Recht, den Mitgliedern die Ausübung ihrer politischen Rechte zu verbieten. Die Verbreitung meiner Parteipresse ist meine Parteipflicht. Bisher hat nur der Klassenrichter Niedner in Leipzig die Verleger, Buchdrucker und Verbreiter von revolutionären Schriften für den Inhalt verantwortlich gemacht. Aus dem Schreiben des Vorstandes geht hervor, daß solche Methoden anscheinend auch im DMV. Platz greifen sollen."

Dieser Antwort haben wir nicht viel beizufügen. Es ist eine Tatsache, daß Bürgerliche und SPD. im Magdeburger Stadtparlament gegen kommunale Unterstützung streikender Metallarbeiter stimmten, es ist eine Tatsache, daß die Magdeburger Ortsverwaltung des DMV. dem kommunistischen Stadtverordneten Rödel verboten hat, einen Antrag auf Unterstützung der Streikenden und Ausgesperrten zu stellen. Diese Taten der DMV.-Ortsverwaltung und der SPD. haben verbandsschädigend gewirkt und nicht die Bekanntgabe dieser Tatsachen durch die „Tribüne".

Der DMV.-Hauptvorstand fühlt sich berufen, die SPD. zu verteidigen, weil in der kommunistischen „Tribüne" von einer „bürgerlich-demokratischen Einheitsfront" gesprochen wurde. Dies zeigt am besten, daß die reformistischen Gewerkschaftsführer nur Sachwalter der SPD.-Politik sind und der Koalitionspolitik der Weis und Hilferding die Lebensinteressen der Arbeiter opfern.

Die Opposition kämpft gegen diesen Kurs. Trotz aller Ausschlußverfahren und Gemaßregelungen wird kein oppositioneller Gewerkschaftler seinen Kampfposten in der Organisation verlassen. Im Gegenteil! Die Niederlagenstrategie der Reformisten öffnet immer mehr Arbeitern die Augen und sie werden die Reihen der Opposition verstärken, um endlich den Einfluß der bankrotten SPD.-Führung auf die freien Gewerkschaften zu brechen.

Zu den Verbandstagswahlen der Lederarbeiter

In den nächsten Wochen finden die Delegiertenwahlen zum 19. Verbandstag des Deutschen Lederarbeiterverbandes statt. Der Zentralvorstand hat bei der Wahlkreiseinteilung alles getan, um für sich eine Mehrheit zu erlangen und die Opposition möglichst auszuschalten.

Aber nicht nur die Wahlkreisgeometrie, sondern auch die zum Statut vorliegenden Anträge vom Zentralvorstand zeigen, daß der Zentralvorstand nicht gesonnen ist, aus dem DLV. ein Klassenkampfinstrument für die unterdrückten Lederarbeiter zu schaffen. Die Begründung bringt das wiederholt wörtlich zum Ausdruck, und zwar wird gesagt, auch der Lederarbeiterverband müsse sich in den Unterstützungsfragen den Richtlinien des ADGB. anpassen. Ganz schüchtern wird einleitend zum Ausdruck gebracht:

„Die Interessen der Mitglieder müssen natürlich auch gewahrt werden. Sie decken sich aber mit den Interessen des Gesamtverbandes, denn ohne einen leistungsfähigen Verband können auch die Interessen des einzelnen nicht wirklich gewahrt werden. Die Wahrung der Interessen aller Mitglieder und jedes einzelnen geschieht nach § 1 des Statuts in erster Linie durch Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen. Dies vorangestellt, müssen natürlich alle Anträge des Zentralvorstandes bezüglich der Beiträge und des Unterstützungswesens deshalb darauf Rücksicht nehmen, daß die Bewegungsfreiheit des Verbandes bei der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht eingeengt wird."

Aber selbst bei der genauesten Betrachtung können wir in den Anträgen des Zentralvorstandes keinen finden, der dazu angetan wäre, dieser leisen Andeutung auch nur einen Schritt näher zu kommen. Die gesamten Anträge befassen sich in der Hauptsache mit Unterstützungsfragen.

Im Vordergrund steht die Invalidenunterstützung, die schon vor drei Jahren gegen die Stimmen der Opposition eingeführt wurde. Damals wurde den Mitgliedern Sand in die Augen gestreut, indem diese Unterstützung mit einer Beitragserhöhung von 10 Pf. pro Woche durchgeführt wurde. Um diese Unterstützung weiter durchführen zu können, wird jetzt eine Beitragserhöhung von 30 Pf. verlangt. Es kann nicht Aufgabe der Gewerkschaften sein, den in der Arbeit ergrauten Kollegen Unterstützung zu gewähren, sondern der ADGB. hat seine ganze Macht einzusetzen, damit der Staat und die herrschende Klasse für die Sozial- und Arbeitsinvaliden ausreichend sorgt. Der ADGB. fordert mit seinen Richtlinien die Bestrebungen der Bourgeoisie, daß die Ausgebeuteten sich selbst Unterstützungseinrichtungen zu schaffen haben, um im Alter überhaupt noch leben zu können. Wir verlangen vom ADGB., daß er neben der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen dafür zu kämpfen hat, daß der kapitalistische Staat den Ausgebeuteten soviel soziale Unterstützung zu gewähren hat, damit sie, wenn sie arbeitsunfähig sind, nicht zum Strick greifen müssen.

Die Streikunterstützung soll trotz Beitragserhöhung nicht erhöht werden, sondern sogar eine Verschlechterung soll eintreten, indem der Verbandsbeitrag in Zukunft nach den Richtlinien des ADGB. von der Unterstützung in Abzug gebracht werden soll.

Noch wichtiger aber ist, daß keine Aenderung in bezug auf die seitherige Taktik vorgesehen ist. Nicht die Mitglieder, sondern der Zentralvorstand hat die letzte Entscheidung bei Angriffs- und Abwehrstreiks.

Wir müssen verlangen, daß die Mitglieder durch Urabstimmung die Entscheidung haben.

Kein Wort ist gesagt gegen den Schlichtungsschwindel, kein Wort zu den heutigen schweren Wirtschaftskämpfen, wie diese geführt werden sollen.

Um den Anschein einer inneren Demokratisierung des Verbandes zu erwecken, wird ein Verbandsbeirat als Rosine vorgeschlagen und dabei noch besonders betont, daß zehn Kollegen aus dem Betriebe gewählt werden sollen, denen aber zwölf vom Zentralvorstand bestimmte Angestellte gegenüberstehen. Aber auch die zehn Kollegen aus dem Betriebe sollen nicht durch Urabstimmung von den Kollegen in den einzelnen Gauen gewählt, sondern auf dem vom Zentralvorstand durch die Kniffe der Wahlkreisgeometrie zusammengeschobenen Verbandstag gewählt werden.

Nach dem Statut werden Ortsbeamte und Gauleiter vom Zentralvorstand eingesetzt und diese sollen auch in ihrer Mehrheit den Verbandsbeirat bilden. Die Opposition verlangte, daß alle Angestellte des Verbandes durch Urabstimmung zu wählen sind. Daß, wenn ein Verbandsbeirat geschaffen wird, dieser nicht nur ein Dekorationsstück ist, sondern ein aus den Mitgliedern gewählte Körperschaft. Ueber internationale Fragen soll ebenfalls kein weiteres Wort gesprochen werden. Es wird aber verlangt, daß den Kollegen, die der KGI. angeschlossenen Gewerkschaften angehörten, bei Uebertritt diese Mitgliedschaft nicht angerechnet werden soll, sondern neu aufgenommen werden sollen.

Diese wenigen Andeutungen zeigen, wohin die Reformisten im Lederarbeiterverband steuern. Deshalb ist es Aufgabe der Opposition in den kommenden Mitgliederversammlungen, all diese Fragen aufzurollen und Kollegen der Opposition als Kandidaten aufzustellen und bei der Wahl den letzten Kollegen für die Opposition zu mobilisieren.

Sitzung des Ortsausschusses des ADGB. in Merseburg

Daß Merseburg, genannt Krähwinkel, getreu der Tradition dieses Beinamens, einen ebensolchen dazu passenden Ortsausschuß besitzt, dafür bürgt schon sein durch zahlreiche Don-Quichotterien und Kommunistenhetze bekannter Vorsitzender Fritz Wenscheck, auch „Wahrheits"-Apostel genannt. Schon oft sind an dieser Stelle die Schändlichkeiten desselben und seiner mit ihm durch „dick und dünn" gehenden Sippe angeprangert worden. Es wäre Raum- und Zeitvergeudung, wollte man sich mit all den Streichen dieses abgebrühten . . . . beschäftigen, der nach seinem oft zitierten Ausspruch keinen anderen Vogel kennt als „den Schwein".

Genau wie in den Vorjahren mit allen Mitteln bemüht, sich ja wieder eine Mehrheit zusammenzuschieben, vergewaltigte Wenscheck wieder das vom Bundesausschuß des ADGB. herausgegebene Statut, welches vor zwei Jahren von ihm vorgeschlagen und einstimmig angenommen war, indem er „diktatorisch" mehrere oppositionelle Delegierte einfach strich. Als einige Delegierte dagegen protestierten, verweigerte er dem Genossen H. sogar das Wort zur Geschäftsordnung, so daß sich unser Genosse gezwungen sah, gegen Wenscheck's Willen zu sprechen und sich auch durchsetzte. In kurzen Worten zeigte er an Hand des Statuts die Schiebungen auf und legte Protest dagegen ein. Aber die Wenscheckianer pfeifen auf das Statut, wenn es nicht in ihren Kram paßt.

Der Punkt „Gewerkschaftliches" brachte noch eine Sensation insofern, daß Wenscheck erklärte, das Kartell habe den Auftrag, die Liste zur Betriebsratswahl in Leuna aufzustellen. Alle Warnungen der Opposition, daß dies einen Eingriff in die Rechte der Leuna-Belegschaft bedeutet, die noch immer gezeigt hat, daß sie bei der Wahl ihrer Vertretung weiß, was sie zu tun hat, fruchteten nichts. Die SPDisten zeigten auch hier wieder, daß sie über „Leichen" gehen, wenn es gilt, ihr Parteisüppchen zu kochen, was ihnen aber diesmal von den Leuna-Proleten versalzen werden dürfte. Die Reformisten pfeifen eben auf die Einheit, denn sonst würden sie nicht, wie hier, mit dem Feuer spielen. Ihr seid gewarnt!

Hiernach wird noch ein Antrag angenommen, daß das Kartell die Instandhaltungskosten der Gräber der Märzgefallenen in Merseburg in Zukunft übernimmt, welche bis jetzt nur vom Kommunistischen Totenfürsorgebund zurechtgemacht wurden. Nach diesem einzigen praktischen und löblichen Beschluß des Abends Schluß der Sitzung.

Das „Volksblatt" bringt über diese Sitzung einen vollständig verdrehten Bericht, der voller gehässiger Angriffe gegen die Genossen Babucke und Richter strotzt. Wer insbesondere die Tätigkeit des Genossen Babucke kennt, weiß, was das Geschmiere der „Volksblatt"-Stribenten wert ist. Niedriger hängen!

Wie die Reformisten den Baugewerksbund in Naumburg „eroberten"

Zu dem Lügenbericht im „Volksboten" über die „Eroberung" des Baugewerksbundes, Zahlstelle Naumburg, durch die SPD.-Clique wollen wir einige Richtigstellungen bringen. Bekanntlich wurde in der am 15. Januar d. J. stattgefundenen Generalversammlung ein oppositioneller Vorstand gewählt. In der Versammlung waren zirka 100 Kollegen anwesend. Davon stimmten über 70 Kollegen für die oppositionelle Liste. Mit diesem Wahlergebnis war die Gefahr verbunden, daß die Position Rublaks im Gewerkschaftskartell ins Wanken geriet. Die Führer aller Gewerkschaften standen ihm bei und besonders der Gauleiter Weyer tat sein möglichstes, beim Hauptvorstand um die Nichtbestätigung des mit Mehrheit gewählten oppositionellen Vorstandes durchzudrücken. Eine neue Versammlung wurde anberaumt. Der alte Vorstand, über dessen „besondere Eigenschaften" wir nächstens berichten werden, brachte hierbei eine Gaunerei fertig, die der Oeffentlichkeit nicht verschwiegen werden darf.

Erstens verlegte man die Versammlung von dem bisherigen Gewerkschaftslokal „Goldener Hahn" in das „Hotel zur Post", der Stammkneipe aller Spießbürger, Bibelforscher und anderer Quacksalber. Zweitens stellte sich der SPD.-Panse zwei Tage vor der Versammlung an die Stempelstelle des Arbeitsamtes und lud alle SPD.-Bauarbeiter ein. Mit „besonderen Geldern" wurden die SPD.-Kollegen von Freyburg, Laucha und anderen Orten herangeholt. Reuchbach war wieder der Schieber im Reichsbanner für die neue Gemeinschaft.

Ausgerechnet am Sonntagnachmittag 3 Uhr, wo die Arbeitersportler auswärts spielten (Kraftsport, Fußball usw.) wurde die Versammlung angesetzt. Leider verfielen viele Kollegen auf den falschen Gedanken, durch ihr Nichterscheinen die Neuwahl ignorieren zu wollen. Diese Passivität ist falsch und hat den Reformisten den „grandiosen Sieg" gebracht. Wenn der „Volksbote" schreibt, daß die Opposition im Baugewerksbund ausgespielt habe, dann ist er auf dem Holzwege. Ganze 29 SPD.-Stimmen ergatterten diese Helden und Wahlschieber. Warum kämpft man mit diesen hinterhältigen Mitteln? Man braucht die Groschen der Bauarbeiter, um den politischen Quertreiber und Renegaten Rublak von der Hobelbank zu retten. Diese in der Krankenkasse abgehalfterte „Größe" muß im Verein mit dem sattsam bekannten Wallbaum die Bolzen gegen die KPD. schießen. Das nennt der „Volksbote" „entschlossenes Handeln", wenn man mit Hilfe von Wahlschiebungen und Nichtbestätigung des oppositionell gewählten Vorstandes vom Hauptvorstand, Bezirksleiter usw. den Willen der Mitglieder ignoriert.

Die oppositionellen Bauarbeiter werden jedenfalls den jetzigen ernannten Vorstand zur rechten Zeit festnageln und durch entsprechende Maßnahmen die Gewerkschaftskollegen aller Verbände aufklären, wie die „praktische Tätigkeit" und „Aufbauarbeit" der Reformisten in den Gewerkschaften wirklich aussieht.

Achtung, Betriebsräte und Baudelegierte von Bitterfeld!

Am Mittwoch, dem 21. März, nachmittags 5 Uhr im „Bürgergarten": Sitzung. Erscheinen aller ist Pflicht! **Der Obmann.**

Verhindert die Gewerkschaftsspaltung!

Die Ortsgruppe Königsberg des Einheitsverbandes der Eisenbahner ist von der reformistischen Bureaukratie zerschlagen worden. Den Mitgliedern wurden von der Bezirksleitung des Verbandes alle Rechte geraubt. Die Lorenz, Preuß und Kompagnie pfeifen auf die Bestimmungen des Statutes und treten das Bestimmungsrecht der Mitglieder mit Füßen. Jetzt legt die Verbandsleitung den Mitgliedern einen Revers vor, durch dessen Unterzeichnung das betreffende Mitglied

auf bestimmte statutarische Rechte verzichten soll.

Durch Unterschrift soll jedes Mitglied dem Verbandsvorstand das Recht zugestehen, es „ohne weiteres Verfahren aus der Organisation zu entfernen". Das bedeutet die Beseitigung der Mitgliederrechte. Das ist die

Vollendung der Diktatur der reformistischen Führer.

Das Beispiel von Königsberg zeigt, mit welchen Mitteln die reformistischen Führer im Interesse der Arbeitsgemeinschafts- und Schlichtungspolitik die oppositionellen Elemente völlig mundtot machen wollen.

Arbeiter, Eisenbahner! Nehmt in Betrieben und Gewerkschaftsversammlungen Stellung!

Gegen die Spaltungspolitik der reformistischen Führer!

Für die proletarische Demokratie in den Gewerkschaften!

Gegen Arbeitsgemeinschaftspolitik und Schlichtungssystem!

Für die Einheit der freien Gewerkschaften!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280320-13/fragment/page=0007

Brief aus Festung Gollnow:

Die proletarischen politischen Gefangenen in Gollnow haben den Aufruf der KPD., für den Wahlfonds zu sammeln, zur Kenntnis genommen und als erste Rate die Summe von 22.— Mark gesammelt. Wir überweisen diese Summe dem ZK. der KPD. und versprechen, für den Monat April eine zweite Rate zu sammeln. Mögen die Arbeiter unserem Beispiel folgen, um der Kommunistischen Partei als einzige Arbeiterpartei den Kampf gegen die Bourgeoisie bis zum Sieg zu ermöglichen.

Die proletarischen politischen Gefangenen in Gollnow
I. A.: Die Vertrauensleute

Stärkt den Wahlfonds der KPD.!

Zeichnet auf den Wahlfonds-Sammellisten! Kauft Wahlfondsmarken!

Hallische Tageschronik

Freigabe des rechten Saaleufers

Der Magistrat gibt bekannt:

Die Bauarbeiten am Brückenbau Cröllwitz sind nunmehr so weit vorgeschritten, daß wir einem dringenden Bedürfnis um Freigabe des rechten Saale-Ufers für den Spaziergängerverkehr nachkommen können.

Bereits am Palmsonntag werden wir den Durchgang auf dem rechten Saale-Ufer freigeben. Die Sicherheit der Fußgänger macht es jedoch erforderlich, bei einbrechender Dunkelheit den Durchgang wieder zu sperren.

Auch die Bauarbeiten an der Bedürfnisanstalt in der Siebenbogenbrücke sind nunmehr so weit fortgeschritten, daß wir zum Palmsonntag diese Bedürfnisanstalt unter der Haupttreppe für die öffentliche Benutzung freigeben können.

Verkehrsunfälle. Am 19. März gegen 16.45 Uhr wurde in der Leipziger Straße ein Mann von einem Personenkraftwagen angefahren und zu Boden geworfen, wobei er sich einen Fuß verrenkte. Der Angefahrene wurde mit dem Kraftwagen nach dem Elisabethkrankenhaus gebracht. Der Unfall entstand dadurch, daß der Kraftwagen plötzlich einem über den Fahrdamm laufenden Kinde ausweichen mußte und dabei dicht an den Bürgersteig heranfuhr, während der Verunglückte den Fahrdamm eben betreten wollte. — Am 19. März gegen 19.30 Uhr wurde in der Magdeburger Straße ein leicht angetrunkener Mann beim Ueberschreiten des Fahrdammes von einem Motorradfahrer angefahren. Der Angefahrene und der Motorradfahrer trugen leichte Verletzungen im Gesicht davon.

Die Ausstellung der gewerblichen Berufsschule wird, wie man uns mitteilt, bis Mittwoch und Donnerstag verlängert.

Die „Klassenkampf"-Rechtsauskunftsstelle
ist an den Wochentagen von 3 bis 7 Uhr Sonnabends von 3–9 bis 2 Uhr geöffnet. Schriftlichen Anfragen ist eine Gebühr von 10 Pf sowie Rückporto von 10 Pf beizulegen. Für Anfertigung von Anträgen Klagen usw. ist eine Gebühr von 50 Pf zu zahlen. Anfragen die Gebühr und Rückporto nicht enthalten werden nicht beantwortet.

„Klassenkampf"-Rechtsauskunftsstelle Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Theater, Konzerte und Vorträge

Stadttheater. In der heute, Dienstag, stattfindenden Erstaufführung von Richard Strauß' „Rosenkavalier" singt Frau Kammersängerin Erna Seremy vom Friedrich-Theater Dessau die Partie der Marschallin a. G. i. V.

Volkshochschule: Pädagogische Reihe. Als zweiter Redner spricht am Mittwoch, dem 21. März, 20 Uhr, in der Aula des Reform-Realgymnasiums, Friesenstr. 34, Universitätsprofessor Dr. Menger. Sein Thema heißt: Autorität und Freiheit. — Schon hier sei bemerkt, daß Oberregierungs- und Schulrat Saupe nicht am Freitag, dem 30. März, sondern schon am Montag, dem 26. März, seinen Vortrag hält.

Marktleinhandelspreise in Halle am 20. März

Obst und Gemüse:

Ebbirnen	1 Pfd.	0,15—0,30	Mk.
Kochbirnen	1 Pfd.	0,08—0,15	„
Kochäpfel	1 Pfd.	0,10—0,20	„
Eßäpfel	1 Pfd.	0,15—0,35	„
Apfelsinen	1 Stck.	0,05—0,15	„
Bananen	1 Stck.	0,05—0,10	„
Rhabarber	1 Pfd.	0,50—0,55	„
Tomaten	1 Pfd.	0,50—0,60	„
Weißkohl	1 Pfd.	0,18—0,20	„
Rotkohl	1 Pfd.	0,25—0,35	„
Grünkohl	1 Pfd.	0,25	„
Wirsingkohl	1 Pfd.	0,20—0,25	„
Blumenkohl	1 Kopf	0,70—1,20	„
Salat	1 Kopf	0,20—0,35	„
Spinat	1 Pfd.	0,25	„
Mohrrüben	1 Pfd.	0,12	„
Kohlrüben	1 Pfd.	0,10	„
Rote Rüben	1 Pfd.	0,15—0,20	„
Kohlrabi	1 Stck.	0,05—0,06	„
Zwiebeln	1 Pfd.	0,20—0,25	„
Sellerie	1 Stck.	0,18—0,25	„
Schwarzwurzel	1 Pfd.	0,40	„
Rapunzchen	1 Pfd.	0,50	„
Porree	1 Pfd.	0,30—0,40	„

Fische

Hechte	1 Pfd.	1,30	
Fr. Aal	1 Pfd.	2,00—2,50	„
Fol. ger.	1 Pfd.	3,50—4,00	„
Schellfisch, ger.	1 Pfd.	0,60	„
Weißfisch	1 Pfd.	0,40—0,90	„

Schleie	1 Pfd.	2,00	Mk.
Kabeljau	1 Pfd.	0,23	„
Seelachs, ger.	1 Pfd.	0,60	„
Heringe, Norw.	1 Stck.	0,05—0,06	„
Heringe, Schotten	1 Stck.	0,08—0,10	„
Bücklinge	1 Pfd.	0,60	„
Karpfen	1 Pfd.	1,40	„

Wild und Geflügel:

Enten	1 Pfd.	1,00—1,30	„
Gänse	1 Pfd.	1,20—1,40	„
Hühner	1 Pfd.	1,00—1,30	„
Tauben	1 Stck.	0,60—1,00	„
Fasanen	1 Stck.	2,00—4,00	„
Rehkeulen	1 Pfd.	3,60—2,25	„
Hirschkeulen	1 Pfd.	0,50—1,80	„
Kaninchen, Fell	1 Pfd.	1,00	„
Wilde Kaninchen	1 Pfd.	0,90	„
Hasen, ausgestopft	1 Pfd.	1,30—1,60	„

Sonstiges:

Butter, Molk.	1 Stck.	1,05—1,15	
Butter, Bauern	1 Stck.	0,90—1,00	„
Quark	1 Pfd.	0,30—0,35	„
Käse	1 Stck.	0,10—0,25	„
Blumenmenge	1 Pfd.	0,50	„
Kartoffeln, mehl.	10 Pfd.	0,50—0,60	„
Kartoffeln „Nieren	10 Pfd.	1,00	„
Eier	1 Stck.	0,10—0,12	„
Zitronen	1 Stck.	0,08—0,10	„
Meerrettich	1 Stck.	0,30—0,40	„
Preßfische, fremde	1 Pfd.	2,00—2,50	„
Schnittlauch	1 Bd.	0,10—0,20	„

Fleisch- und Wurstwaren
Je Pfund

Rindfleisch:

Kochfleisch	0,80—0,90	Mk.
Braterfleisch	1,00—1,20	„
Gefrierfleisch	0,70—1,00	„

Kalbfleisch:

Kochfleisch	1,00	„
Braterfleisch	1,10—1,30	„

Hammelfleisch

Kochfleisch	0,90—1,00	„
Braterfleisch	1,00—1,20	„

Schweinefleisch

Kamm und Koteletten	1,00—1,10	„
Bauch und fettes Fleisch	0,75—0,85	„

Ziegenfleisch	0,50—0,70	Mk.
Rohfleisch	0,60	„

Wurstwaren:

Schlachtwurst	2,00—2,30	„
Knackwurst	1,40—1,50	„
Mettwurst	1,40—1,50	„
Zervelatwurst	2,00—2,50	„
Thüringerwurst	0,90	„
Rotwurst, frisch	1,00	„
Rotwurst, geräuch.	1,10—1,20	„
Leberwurst, frisch	1,00	„
Leberwurst, geräuch.	1,10—1,20	„
Schinken, roh	1,80—2,00	„
Schinken, gekocht	2,00—2,40	„
Speck, fett, geräuch.	0,90—1,00	„
Speck, mager, geräuch.	1,10—1,20	„

Amtliche hallische Produkten-Notierungen vom 20. März

Für 1000 kg	neue Preise		Für 100 kg	neue Preise	
Weizen	253—258	ruhig	Bittererbsen	43—45	ruhig
Roggen	263—268	fest	Futtererbsen	18—20	ruhig
Braugerste	305—310	ruhig	Raps	—	
Wintergerste	—	—	Weizenkleie, mittel	16,00—16,50	fest
Futtergerste	230—240	fest	Weizenkleie, grob	—	
Hafer	247—262	fest	Roggenkleie	16,00—16,50	fest
Mais	249	fest	Weizenmehl	33,50—36,00	fest
			Trockenschnitzel	14,50—15,00	fest

Während Weizen weiter angeboten bleibt und nur zögernd aufgenommen wird, ist Roggen zu erhöhten Preisen gefragt. Sehr stark ist die Nachfrage nach Futtergetreide und Futtermittel bei zu folgenden Preisen Absatz finden.

Bericht der Fleischpreis-Notierungskommission am städtischen Schlacht- und Viehhofe zu Halle vom 19. M

Gattung		a) für 50 kg Fleischgewicht: i höchster Preis RM	ii mittelpreis RM	iii häufigster Preis RM	b) für 50 kg aus dem Stand eingel. Gewicht: i höchster Preis RM	ii mittelpreis RM
Ochsen		85	45	80	51	57
Bullen		86	75	82		
Kühe		86	48	80		
Jungrinder		88	84	85		
Mastkälber						
Saugkälber	einschl. Lunge und Leber	125	100	120		
Lämmer, Masthämmel		105	100	100		
Schafe		98	60	95		
Schweine	einschl. Mittel- und Geschlinge	74	66	72		
Rumänische Schweine						

Werbt für den „Klassenkamp

Vom „Weißgardisten" zur roten Klassenfront

Ein Fragment der Wirklichkeit aus den Jahren 1919 und 1920

Von Walter Troppenz

XII.

Als die Bereitschaftswache aufgestellt war, kam Rohde mit noch einigen führenden Genossen. Jeder der Rotgardisten wußte, daß Ihnen jetzt eine wichtige Mitteilung gemacht wurde.

„Kameraden!", begann Rohde ohne jede weitere Einleitung seine kurze Rede. „Wir stehen vor schweren und entscheidenden Kämpfen. Weißgardisten des Sozialdemokraten Noske stehen bereits auf Braunschweiger Gebiet und werden vielleicht schon in den nächsten Stunden unsere Räterepublik, deren Schutz uns übertragen ist, angreifen. Ich fordere jeden Rotgardisten auf, unsere Kampftruppe zu verlassen, wenn es ihm an Mut und Willen fehlt, die Errungenschaften der Revolution mit seinem letzten Tropfen Blut zu verteidigen!"

Eine kleine Pause trat ein. Keiner der Rotgardisten trat aus der Reihe, um den bevorstehenden Kämpfen auszuweichen.

„Kameraden!", fuhr Rohde fort. „Ich freue mich, daß Ihr bereit seid, die Räterepublik Braunschweig mit allen Mitteln bis zum Aeußersten gegen die Noskiten zu verteidigen. Wir sind stark, Kameraden, gut bewaffnet und können den drohenden Angriffen ruhig entgegensehen. Und doch, Kameraden, haben sich Verräter in unsere Reihen geschlichen, die drauf und dran sind, unsere Kräfte zu lähmen, die uns in den Rücken fallen wollen, die zu den Weißgardisten gehören. Ich frage: ist einer unter Euch, der zu diesen Subjekten gehört?"

Wieder blieb die Front der 60 Rotgardisten stehen und Rohde fuhr jetzt mit erhobener Stimme fort:

„Im Laufe dieser Nacht sind sämtliche Maschinengewehre in der Waffenkammer durch Herausnahme der Zuführungen vernichtet bzw. unbrauchbar gemacht worden!"

Diese Mitteilung wirkte auf die Versammelten wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Niemand wollte so recht an das eben Gesagte glauben und doch fühlte jeder, daß der Führer in dieser ernsten Stunde keinen so ungeheuerlichen Schetz machen konnte. „Wer sind die Verräter?", riefen verschiedene Stimmen.

„Kameraden! In dieser schweren Stunde sind uns 60 Maschinengewehre zerstört. Ich frage jetzt: Ist der Verräter unter Euch, so soll er vortreten —"

Niemand rührte sich. Rohde rief mit einem drohenden Klang in der Stimme:

„Ist der Täter kein erbärmliches, feiges Subjekt, kann er das verantworten, was er getan hat, so soll er jetzt vortreten und bekennen!"

Wieder rührte sich niemand im Gliede. Da brüllte Rohde plötzlich mit der ganzen Kraft seiner Lunge auf, sein Körper beugte sich weit vor und seine Augen bohrten sich auf einen Mann in der Mitte des Gliedes:

„Bartels, erbärmliche, feige Kreatur! Verfluchter Hund Du, willst Du vortreten! Kanaille! Komm hierher, Verräter!"

Bartels war darauf nicht gefaßt. Er hatte geglaubt, daß Rohde nur bluffen wollte, um so vielleicht den Täter herauszufinden. Jetzt stand er da mit weit geöffnetem Munde, jegliche Farbe war ihm aus dem Gesicht gewichen und der Mund, der sprechen sollte, verweigerte den Dienst, die Zähne schlugen vor Entsetzen aufeinander. Das war das Geständnis seiner Schuld.

Mit einem Satze war Rohde neben ihm, packte ihn an den Brustkasten und schüttelte ihn wie einen Schulbuben hin und her, indem er schrie:

„Erbärmlicher, feiger Hund, wo sind die Zuführungen von den M.-G.? Antworte, Hund! Ich beiße Dir die Kehle durch!"

Bartels war vor lauter Entsetzen nicht mehr in der Lage, zu antworten. Er zitterte am ganzen Leibe und schien einer Ohnmacht nahe. Nur die rechte Hand erhob er mechanisch und deutete damit hinter sich, zur Oker. Wohin er auch die Zuführungen geschleppt hatte. Im gleichen Augenblick kamen auch einige Rotgardisten mit dem Genossen, der den Verräter des Nachts beobachtet hatte und legten ihm die beiden Säcke, aus dem noch das Wasser tropfte, vor die Füße.

Bis dahin hatten sich die übrigen Rotgardisten diszipliniert gehalten und waren nur von dem Verräter abgewichen. Jetzt, nachdem er alles, was sie gehört hatten und anfangs nicht glauben konnten, selbst durch seine Handbewegung bestätigte, als ihm die entwendeten und ins Wasser geworfenen Zuführungen vor die Füße gelegt wurden, da durchbrach die Wut der sonst straff disziplinierten Rotgardisten alle Schranken und noch bevor es verhindert werden konnte, war der Führer beiseite gedrängt und ein Knäuel Menschenleiber kämpfte um einen, der bereits am Boden lag und den jeder wie einen ekligen Wurm, wie eine Giftschlange zertreten wollte.

Doch nur einen kurzen Augenblick war die Disziplin durchbrochen. Rohde, der nach kurzem Staunen über diese Spontanität sofort die Situation überblickt hatte, bemühte sich jetzt um den Niedergeschlagenen, indem er die nächsten Kameraden zur Seite schleuderte, daß sie hinstürzten. Dann stellte er sich über den Ohnmächtigen und rief: „Wehe dem, der sich noch an dem Verräter vergreift. So soll nicht seine Strafe sein. Tretet an!" Die aufgeregten Rotgardisten gehorchten trotz ihrer rasenden Wut diesem Befehle ohne jeden Widerspruch. Dann suchte Rohde vier kräftige Burschen aus und befahl ihnen, den Ohnmächtigen in die Arrestzelle zu tragen und ihm das Blut aus dem Gesicht zu waschen. Auch dieser Befehl wurde prompt ausgeführt. Die übrige Mannschaft konnte abtreten, bildete lose Gruppen, die eifrig über das eben Erlebte diskutierten.

Die Drahtzieher werden verhaftet

Es war um dieselbe Stunde, als sich der in der Rennelberg Straße möbliert wohnende Leutnant ? erhob. Er hatte in seiner Eigenschaft als Kurier zwischen dem Oberleutnant Schulz und General Maerder zeitig eine wichtige Meldung zu besorgen. Er stand gerade vor dem Spiegel, der zwischen zwei nach der Straße führenden Fenstern hing und band sich die Krawatte um, als sein Blick zufällig auf die noch ziemlich dunkle Straße fiel.

Was war das? — Zuerst traute der Leutnant kaum seinen Augen. Aber es war keine Täuschung: Dort drüben, auf der anderen Straßenseite, gewahrte er vier Rotgardisten mit umgehängten Karabiner, die ein bestimmtes Haus zu suchen schienen, denn sie mühten sich alle vier, die an den Häusern angebrachten Nummern zu entziffern. Jetzt zeigte einer dieser vier auf das Haus, in dem der Leutnant wohnte. Sofort hatte dieser instinktiv die Situation erkannt. Mit einem Satze war er auf dem Vorsaal und entfernte mit scharfen Fingernägeln seine an die Korridortür mit Heftzwecken angebrachte Visitenkarte. Dann eilte er in die Küche zu der Wirtin, die noch halb im Negligé damit beschäftigt war, Kaffee zu kochen.

„Rotgardisten kommen ins Haus und werden sicher nach mir fragen!" raunte, sich überstürzend, der Leutnant seiner sehr erschrockenen Wirtin zu. „Sagen Sie nichts, sagen Sie, Sie kennen mich nicht, sagen Sie, der Gesuchte wohnt vielleicht ganz oben." Ohne eine Antwort abzuwarten, stürzte er wieder in sein Zimmer und verschloß es von innen. Jetzt erlonte die Hausglocke und er hörte er, wie seine Wirtin hinausging, um das Haus zu öffnen. In wilder Eile beendete er seine Toilette. Vor der Korridortür hörte er dumpfe Männerstimmen, hörte auch deutlich seinen Namen nennen. Rasch nahm er aus dem Schreibtisch ein Bündel Documente, schob diese in seine Aktentasche. Vom Nachttischchen nahm den kleinen Browning und steckte ihn entsichert in die Manteltasche, dann öffnete er leise die Zimmertür. Seine Wirtin stand ängstzitternd hinter der Korridortür und sah durch die mit Stellen durchbrochenen Milchglasscheiben.

„Wo sind sie?" flüsterte er leise.

„Sie sind hinausgegangen!" erwiderte die Wirtin ebenso leise.

„Wieviel Mann gingen hinauf?"

„Vier waren es!" sagte die Wirtin.

Er atmete auf. Demnach hatten sie keinen Posten an der Haustür, wie er es befürchtet hatte, zurückgelassen. Er drückte der Wirtin einen Geldschein in die Hand und öffnete vorsichtig die schweren Stiefel. Deutlich hörte er im dritten oder vierten Stock die schweren Schritte der nach oben steigenden Rotgardisten. Die Luft war alle rein. Nu stand er auf der menschenleeren Straße und gelangte mit einigen Sätzen schnell auf die Celler Straße und erst, als er sich im Innern der Stadt befand, sicherte er seinen Revolver in der Manteltasche. Er war entkommen.

Schon eine halbe Stunde später raste das Privatauto des Leutnants vom Café Markwoth die Hildesheimer Straße entlang und verschwand in der Richtung nach Hannover. Am Steuer saß der Leutnant —?, Kurier des Generals Maerder.

(Fortsetzung folgt)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280320-13/fragment/page=0008

Merseburg-Leuna-Querfurt

Märzehrung der Leuna-Gefallenen

Am Sonntag gegen 10 Uhr vormittags versammelten sich die reaktionären Arbeiter aus Merseburg und den umliegenden Ortschaften, um wie alljährlich die Totenehrung an den Gräbern der Leuna-Vergessenen von 1920 und 1921 zu begehen.

Das hochwohllöbliche Krähwinkler-Polizeiverwaltung hatte wieder das Musikmachen in den Mauern Merseburgs verboten. Nicht etwa wegen der Kirchzeit, sondern für den ganzen Tag. In den heftigen Worten der Beteiligten machte sich die Empörung über den ungekrönten König des Rabennestes, gegen den berühmten Hertzog, Luft. Öffentlich haben die Spitzel, die sich unter das Volk mischten, die Redewendungen dem Stadtoberhaupt wörtlich hinterbracht. Es muß doch endlich einmal die Frage aufgeworfen werden: wie kommt Hertzog, der zweifellos an einer unbeschreiblichen Ueberhebung leidet, dazu, der revolutionären Arbeiterschaft zu verbieten? Erst in der vergangenen Woche zogen die Faschisten unter „Deutschland, Deutschland über alles . . ." mit Tambourkorps durch die Stadt.

Der Hertzog, an dieem Tage war kein Freitag, warum haben die Jungens das Musikmachen erlaubt? Da waren wohl ihre Gesinge dabei? Das war wohl ihr reaktionärer Nachwuchs? Es kennt, daß der Geduldsfaden der Merseburger Arbeiter-Ihnen gegenüber noch nicht gerissen ist. Wenn die Sozialisten etwas mehr Rückgrat zeigen würden, dann hätte man den längst zum Teufel gejagt. Jedenfalls wert sind Sie es auch daß damals Matrosen im Jahre 1919 für ihren persönlichen Schutz einsetzten, als Sie die Fäuste des Volkes spürten!

Genauf ging es nach Leuna. Kurz vor dem großen Zuchthaus Emilienkönige wurde schon die Sklavenhalter des Chemiekonzerns in Gestalt eines Rollkommandos der Landgendarmerie zu sehen. Ein Lastkraftwagen mit der Aufschrift: „Ammoniakwerk Leuna", der den Beamten zur Beförderung diente, zeigte ganz deutlich, daß es den Giftkönigen gar nicht mehr darauf ankommt, eine Verbindung der Privatindustrie (lies Kapitalismus), mit Staatsorganen zu verschleiern! Der Lastkraftwagen gab zu verstehen: „Wir, die Leuna-Könige, haben es ja immer noch in der Hand, die Gendarmerie, unsere Sklavenhalter, gegen Euch einzusetzen."

Ein schmetterndem Hörnermarsch ging es durch die Kolonie. Es wurden die Fenster aufgerissen. Man sieht ja in dem „Proletarierhause" die roten Fahnen und die roten Truppen so gern. Auf dem Friedhofe in Neurößen legte der Kameradschaftsverbandes des Merseburger Untergaues des Roten Frontkämpferbundes einen Kranz nieder. Wieder senkten sich die roten Fahnen, und es reckten sich die Fäuste gegen das gewaltige Leuna-Zuchthaus, das jetzt noch eine Zwingburg gegen die Arbeiterschaft darstellt. Auf dem Pfalz-Platz in Rössen machte der Zug Halt. Ehe noch jemand verlah, sprach Hugo Müller nochmals an den Versammelten. Er war auf ein Führerverbot eines Lastkraftwagens hin. In seiner Rede hob er sehr scharf die Ausbeutungsmethoden, die im Leuna-Werke herrschen, hervor. Er schilderte die Bedeutung dieses Betriebes bei kommenden imperialistischen Kriegen. Er wies darauf hin, daß gerade die Leuna-Belegschaft eine historische Aufgabe in der deutschen Revolution zu erfüllen hat. Mit einem kräftigen „Rot Front" auf das zukünftige Sowjetdeutschland schloß er seine Ausführungen.

Ein unheimliche Zug setzte sich unter Absingen revolutionärer Lieder nach dem Stadtfriedhof in Bewegung. Trotzig wehten die roten Fahnen im Winde. Durch den Gesang aus Proletenkehlen, die Spitzel neugierig hinter ihren Fenstervorhängen her. Sie konnten wieder einmal feststellen, daß die rote „Blase" nicht tot ist und daß sie vor allen Dingen ihre Opfer aus den Gräbern nicht verzaßt!

Am Friedhof hatten sich bereits die Sänger vom Merseburger Chor eingefunden und zwei Lieder gesungen. Es paßte gerade der Trauerfeier, die dieser Verein seperat machen wollte, daß die Leute, die sich angerufen um das Grab gruppierten, den nötigen Hintergrunden für seinen Gesang bildeten. Tief senkten sich die roten Fahnen. Die Dürrenberger Schallmeienkapelle intonierte „Ein ehrliches Opfer, Ihr sanket dahin".

Nun der Genosse Hugo Müller das Wort ergriff, konnte man beobachten, daß die Volkschor-Sänger sich zu einem bestimmten Ziele entfernten. Sie machten die Wahrheit nicht hören. Die verstanden begriffen, daß jene Leute, die dahonschlichen, an diesem Tage alles andere als eine Totenehrung vollbracht hatten.

wieder einmal geheuchelt

Hugo Müller betonte klar und ausdrücklich, daß der Aufzug an den Gräbern solcher Toten keine Trauer bedeutet, sondern er stets ein Kampfaufmarsch gegen die herrschende Klasse sei. Er sprach das Gelöbnis der revolutionären Arbeiterklasse allen ihren Herzen. Nachdem erfolgte die Kranzniederlegung. Hervorzuheben ist, daß von Berlin Arbeiter herbeigeeilt waren, um die Gefallenen mit zu ehren. Mit eindrucksvollen Worten gab der Berliner Kollege der kommunistischen Eisenbahner die Parole ab, daß das Berliner Proletariat jederzeit mit dem deutschen Proletariat zusammen kämpfen wird bis zum endgültigen Siege.

Göthlisch war das nächste Grab. Dort hatte Frieda Koenen die Gedächtnisrede übernommen. Sie führte aus, daß über das hinaus die Solidarität der Arbeiterklasse besteht, die Solidarität für den Sieg der Arbeiterklasse eine gewaltige Bedeutung hat. Sie legte im Auftrage der Roten Hilfe, der Organisation für die politischen Gefangenen und der Hinterbliebenen, einen Kranz nieder.

Göthlisch aus übernahmen die Dürrenberger und Lützener Kameraden die Ehrung an den Gefallenengräbern in Daspig, Cröllwitz. Am großen Grabstein auf dem Gänseanger wurde der Berliner Kranz von der Belegschaft der AEG. (Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft) niedergelegt. Dort ist er Zeichen des Beschlusses aller deutschen Großbetriebe am richtigen Platze. Merseburger Genossen suchten auf dem Rückwege noch das Grab auf dem Friedhof im Dorfe Leuna auf. Die Kommunistische Partei und der Jung-Spartakus-Bund legten dort einen Kranz nieder.

Es wurde in diesem Jahre die Ehrung der Leuna-Gefallenen durchgeführt. Es war kein Aufmarsch wie im vorigen März. Es waren nur die Proleten, die in dem Merseburger Gebiet wohnen, zu dieser Tatsache zu denken. Der große Aufmarsch der mitteldeutschen Arbeiterschaft geht dieses Mal nach dem Mansfelder Land. Halle, Merseburg und Mansfeld sind eben untrennbar verbunden miteinander. Beide machen sie in der Geschichte der mitteldeutschen Arbeiterbewegung einen großen Teil aus. Die Demonstrationen, die im Leuna-Gebiet oder im Mansfelder Lande stattfinden, richten sich wieder gegen die Trustbourgeoisie gegen den menschenfressenden Kapitalismus. Sie rüttein die Lauen auf, sie brinoen den Kampfer auf die Beine, sie sind Totenehrungen, wie sie das revolutionäre Proletariat braucht.

Die Wohnungsnot im Landkreise Merseburg

Die Kreisausschuß hat beschlossen, in einer großen Reihe von Ortschaften des Wohnungsmangelgesetzes nebst den dazugehörigen Ausführungsvorschriften wieder in Kraft zu setzen. Es betrifft folgende Gemeinden in Frage: Altranstädt, Baldsitz, Burgliebenau, Collenben, Delitz a. B., Ennewitz, Ermlitz, Goddula, Großgörschen, Hohenlohe, Hohenweiden, Horburg, Keuschberg, Kleinagörschen, Kleinschkorlopp, Kötschau, Maßlau, Meuchen, Meuschau, Michlitz, Mörisch, Muschwitz, Raundorf, Reßschau, Niedermünsch, Oberclobicau, Oberthau, Oebles-Schlechtewitz, Ostrau, Pissen, Pobles, Porbitz-Poppitz, Ragwitz, Rahna, Raschwitz, Rattmannsdorf, Röcken, Schölen, Schkopau, Treben, Venenien, Wehlitz, Wischersdorf, Daspig und Göhlisch.

Paul Rißland geht in den Wahlkampf

Einige Blendlichter aus Kötzschen-Beuna

„Wenn mich Kummer drücket, und das Schicksal tückel, wenn mich Amor stichet und kein Mädchen liebt: in der Säuferhalle bei dem Bierpokale bleibt mein Herz auf ewig ungetrübt . . ."

In Kötzschen ist ein Teich. In diesem befinden sich schöne fette Karpfen. Diese armen Viecher hätten es sich nicht träumen lassen, daß sie einmal als Eröffnungsschmaus für den Wahlkampf 1928 hätten dienen müssen. Wer nennt die Völker, zählt die Namen, die hungrig und durstig hier zusammenkamen. Rißland, Lorenz, — Kumpanei und mein Geist war auch dabei. Alle haben sich gütlich getan bei dem Festessen, wofür noch außerdem 2,50 Mark entrichtet werden mußten. Holder Friede, süße Eintracht beherrschte das Ganze. Götterdämmerung lank hernieder und benebelte die Gehirne und schöne Choräle durchdrauten die geheiligten Gaststräume der Fischfänger von Kötzschen. Unser „Paul der Große" stieg hinauf in den hohen Olymp (oder richtiger gesagt auf einen Stuhl) und dirigierte, als Herrscher aller Reußen, den schallenden Jubelgesang der schwärmenden Brüder mit dem Bierglase: „Ein Glück, daß wir nicht saufen."

Dazu die Kehrseite:

In Kötzschen, in einem stillen Winkel, steht eine alte Baracke. Darin wohnt die Familie Denk. Der Ernährer der Familie ist krank und siech. Er bekommt kein Krankengeld mehr und ist ausgesteuert. Die Kinder sind dem Elend preisgegeben. Warum?

Der Ortsvorsteher Rißland kann wohl Festgelage veranstalten, aber für arme Proleten hat er nichts übrig.

Frau Denk soll ihren kranken Mann und die kleinen Kinder zu Hause lassen und soll arbeiten gehen, meint Paule. Was soll die Familie Denk mit den Bettelpfennigen, die gezahlt werden, anfangen?

Auf diese Art und Weise wird Paule wohl keine Anhänger gewinnen. Er ist erkannt, und der Berichterstatter aus Halle wird ihm immer wieder die scheinheilige Maske vom Gesicht herunterreißen. Eine Portion Frechheit gehört schon dazu, wenn er sogar bei Kommunisten in der Wohnung, für sich selbst und seine korrumpierte Sozialdemokratische Partei Propaganda zu machen versucht. Paule, denke nicht, daß Kommunisten Karpfen sind. Die Genossen wissen ganz gut, daß Du eigentlich „Schwindelpaule" heißen müßtest. Sie wissen auch weiter, daß es Ortschaften mit kommunistischer Regie gibt, und in diesen Ortschaften kommen zuerst die notleidenden Proleten dran. Dort brauchen die Erwerbslosen nicht erst wochenlang auf Unterstützung zu warten. Dort wird auch nicht das ganze Vorschußgeld von der Unterstützung mit einem Male abgezogen, so daß den Betreffenden nur noch zwei Mark für die ganze Woche zum Leben bleiben.

Und nun noch eins, Paule, weißt Du noch von damals, wo ihr zu dreien an Deiner Hausecke standet und Eurer Freude darüber Ausdruck gabt, daß unser Genosse Franz Nowak jetzt Vorarbeiter geworden ist? Aber Eure Freude war nicht echt; denn als echte Sozialdemokraten habt ja immer Hintergedanken. Ihr habt wohl geglaubt, daß Genosse Nowak es ebenso machen wurde wie Ihr? Nein, ein Kommunist lebt und fällt für seine Sache. Und die Einwohner von Kötzschen werden Dir, Paule, bald den Beweis erbringen, daß sie fest hinter der Kommunistischen Partei stehen.

Neumark. In der letzten Gemeindevertretersitzung entstand beim vierten Tagesordnungspunkt eine lebhafte Debatte. Genosse Hennemann begründete in längeren Ausführungen den Antrag der KPD., der vorsah, der „Gemeinnützigen Kinderheim-Genossenschaft Halle" aus Gemeindemitteln 250 Mark zur Erbauung des Kinderheimes in Ruhla zu überweisen. Der Werksgewaltige Krautzig operierte mit Wenn und Aber, um diesen Antrag, der wieder den ärmsten der Armen zugute kommen sollte, zu verschleppen. Ganz abzuwürgen fehlte ihm der Mut aus Furcht vor den kommenden Wahlen. Nach seiner Ansicht bestehen schon genügend Kinderheime. Nun, Du kleiner „Gernegroß", aber was für Heime? Die Arbeiterschaft von Neumark wird bis zur nächsten Wahl aus dem Schlafe erwacht sein und dafür sorgen, daß Eure Bäume nicht in den Himmel wachsen. Anprangern müssen wir noch das „soziale Verständnis", der beiden Arbeiter, die in der Bürgerblock-Gemeinderegierung mit sitzen. Des öfteren haben beide bewiesen, daß sie zu allem nur Ja und Amen sagen. Es wird gemacht, was „Gernegroß" als Werksvertreter will. Arbeiter, auch hieraus müßt ihr Eure Lehren ziehen. Ihr könnt bei der Wahl Eure Stimmen nur den Kommunisten geben, die stets bewiesen, daß sie eine klare Politik im Interesse der Werktätigen treiben.

Bad Lauchstädt. Sie haben's geschafft! Endlich ist es den Spießern hier geglückt, den Jahrmarkt auf dem „alles Volk" zusammenläuft, aus der Nähe der „althistorischen Stätte" — des Goethe-Theaters — zu verbannen. Das Lauchstädter Blättchen jubelt auch darüber und schreibt am Schluß seines Artikels: „Der Mensch gewöhnt sich an alles — auch ans Hungern!! und bald wird der Platz an der Halleschen Straße als Jahrmarktsplatz populär sein!" In anderen Worten heißt es nichts anderes, als daß der Protet mit jedem Platze, der ihm zugewiesen wird, fürlieb nehmen muß. Man hat es nun erreicht, daß der „Pöbel" bei seinem Trubel nicht mehr mit den besseren Herrschaften zusammenkommt, denn es wäre doch auf die Dauer für die besseren Leute, die im Sommer im anliegenden Kurpark ihren nationalen Konzerten lauschen, eine arge Zumutung gewesen, wenn sie den Dreck und den Duft des Jahrmarktslebens einatmen müßten. Immer hübsch — jedem was ihm zukommt.

Groß-Gräfendorf. Keine Pflichtarbeit. In verschiedenen Orten wurden die Arbeitslosen von der Gemeinde immer noch zur Pflichtarbeit herangezogen. Auch scheint und ist das auch in Schafstädt der Fall gewesen, denn in der letzten Stadtverordnetensitzung dieses Ortes wurde ein Schreiben des Arbeitsamts zur Kenntnis gebracht, daß das Heranziehen von Arbeitslosen zur Pflichtarbeit unstatthaft ist. Arbeiter, merkt Euch das und lehnt, wenn solche Ansinnen an Euch gestellt werden, diese ab.

Altranstädt. Besucht die Veranstaltung der Arbeiter-Turner. Wie alljährlich, so veranstaltet auch in diesem Jahre der hiesige Arbeiter-Turnverein ein Bühnenschau- und Werbeturnen. Dasselbe steht im Zeichen der 25jährigen Mitgliedschaft im Arbeiter-Turn- und Sportbund. Im März 1903 wurde der Beschluß gefaßt, aus der Deutschen Turnerschaft auszutreten, und am 20. Mai 1903 wurde der Uebertritt vollzogen mit 37 Mitgliedern. Aus diesen hat sich dann der Verein bis heute auf 160 Mitglieder und 60 Kinder entwickelt. Er ist also zu einem bedeutenden Faktor der Arbeiterbewegung am Orte geworden. Das Bühnenschauturnen soll außerdem Zeugnis ablegen, daß es möglich ist, auch in einem kleinen Verein im Turnen, Spiel und Sport etwas zu erreichen, wenn einer sich dem andern etwas unterordnet im Interesse der Gesamtorganisation. Die Veranstaltung findet am Sonntag, dem 25. März, im Gasthof Bodin, Altranstädt, statt. Anfang ½8 Uhr abends. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Münchener Räterepublikaner

wurden aus einem Zuchthaus der kapitalistischen Hindenburg-Republik kürzlich entlassen. Sie befinden sich auf der Durchreise nach der Sowjetunion, wo sie einen mehrwöchigen Erholungsurlaub verbringen werden. Es sind die Räterepublikaner: Lerner, Kick, Lindner, Huber, Gesell, Greiner und Steidl. Acht Jahre lang wurden sie im Zuchthaus zu Straubing gemartert. Im Lande der Arbeiter und Bauern, in Sowjet-Rußland, werden sie sich nunmehr von den Qualen und Strapazen, die sie ertragen mußten, erholen können. Auf ihrer Fahrt werden sie am Donnerstagabend in Merseburg aussteigen und zu den Merseburger Arbeitern sprechen. Um ½7 Uhr stehen alle Proletarier bereit zum Empfang am Bahnhof. Die Räterepublikaner nehmen an einem Umzug durch Kräwinkel teil. Abends werden sie dann in der „Junkenburg" in einer öffentlichen Versammlung ihre Erlebnisse schildern und Wege aus der Not und der Knechtschaft des Proletariats aufzeigen. Genossen und Kameraden, mobilisiert darum alles

in Merseburg

Mansfeld-Sangerhausen

Gute Wahlversammlung in Heringen

Die KPD.-Ortsgruppe Heringen hatte zu einer öffentlichen Volksversammlung im „Anker" eingeladen. Als Redner war Genosse Hollein erschienen. Er schilderte in fast 2½stündiger Rede die elende Wirtschaftslage der Proletarier. Ganz richtig führte er unter anderem aus, daß nur die zweideutige Politik der SPD. daran die Schuld trage. Vor den Wahlen können die Sozialdemokraten nicht genug versprechen. Sind sie vorüber, lachen sich diese Leute ins Fäustchen, daß es noch so viel Dumme gibt, die auf ihren Leim gehen und es ihnen ermöglichen, den Werktätigen Schlag auf Schlag beizubringen. Die Sozialdemokraten stecken sich, sobald Einlösung ihrer Versprechungen gefordert wird, hinter den Rücken ihrer Herren, die Kapitalisten. Haben die „Herren" ihren Zweck erreicht, dann heißt es für die SPD.-Bütticels: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen."

Arbeiter, Kleinbauern, Handwerker, Gewerbetreibende, Kriegsbeschädigte und -hinterbliebene, fast Euch nicht wieder mit leeren Worten, denen die Tat nie folgt, als Stimmvieh mißbrauchen. Denkt an die erbitterten Wirtschaftskämpfe, die vor und hinter uns liegen. Wer amtierte stets als Henker bei deren Abwürgung?

Die SPD.!

Bei künftigen Kämpfen wollen und müssen wir ihnen ihre Kurpfuscherei gründlich verfalzen. Gebt ihnen bei den kommenden Wahlen den richtigen „Denkzettel" (nicht etwa den Wahlzettel) mit auf den Weg. Keine Stimme diesen Arbeiterverrätern! Sie werden auch in Zukunft stets willige Bütteldienste leisten und sich den Teufel um Euer Elend kümmern. Ihre Politik ist Unterwerfungspolitik und nicht dazu angetan, das Proletariat vom Ausbeutertsch freizumachen. Immer tiefer und tiefer versinken sie im Sumpf.

Arbeiter, wollt Ihr mit diesen Kreaturen zusammen verrecken? — Nein!

Nur die KPD. vertritt Eure Interessen und wird für Euch zum Kampf stets bereit sein. Proletarier, handelt bei den kommenden Wahlen so, wie Genosse Höllein es Euch ans Herz legte. Dann werden wir unser Ziel erreichen. Die SPD. hat Euch schon oft eine Grube zum Hineinpurzeln gegraben. Sorgt dafür, daß das Sprichwort: „Wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein" zur Wahrheit wird.

Gerbstedt. Aufdringenden Wunsch vieler Genossen und Genossinnen teilen wir mit, daß für die streikenden Metallarbeiter gesammelt wurden auf der Silbernen Hochzeit des Genossen Geffers 9 Mk. und bei dem Genossen Licht 5,33 Mk. Auch in unserem Orte wurden mehrere Metallarbeiter durch Lebensmittelpakete unterstützt.

Oberwiederstedt. Eine Märzgedenkfeier findet am kommenden Sonntag, 20 Uhr, im Gasthof „Zum Löwen" mit sehr reichhaltigem Programm statt. Genosse Rudolf Sachs (Halle) hält die Gedenkrede. Außerdem wird „Der Holzwurm" aufgeführt. Arbeiter, heraus!

Meisdorf. Weitere Elektrifizierung. Nachdem Harzgerode, Tilkerode, Molmerschwende usw. an das Lichtnetz der Ueberlandzentrale Ostharz angeschlossen sind, wird jetzt der Bau über Gansfelde hinaus nach dem Selktal bei Meisdorf fortgesetzt. Eine 20 Meter breite geradlinige Schneise ist bereits durch die Wälder geschlagen worden. Bei Meisdorf findet die Neuleitung Anschluß an die von Nachterstedt kommende Starkstromleitung, so daß damit das gesteckte Ziel, den Stromkreis im Ostharz zu schließen, erreicht wird.

Zappendorf. Der Pflug auf dem Eisenbahngleis. Ein Salzmünder Einwohner, der von Salzmünde nach Zappendorf am Eisenbahndamm der eingleisigen Bahn Salzmünde—Teutschenthal entlang ging, fand, daß vierhundert Meter vom Bahnhof Zappendorf entfernt ein Ackerpflug mit Vordergeschirr quer über das Gleis gestellt war. Er meldete dies sofort dem Bahnhofsvorsteher von Zappendorf, worauf das Hindernis noch kurz vor dem Passieren des Güterzuges Salzmünde—Teutschenthal entfernt werden konnte.

Sangerhausen. Der Arbeiter-Turnverein „Friesen", der schon des öfteren von seinem Können und dem proletarischen Geist, der in ihm herrscht, Zeugnis ablegte, tritt am Sonntag, dem 25. März, mit einem Bühnenschauturnen an die Oeffentlichkeit. Vor uns liegt das Programm des Abends, das in seiner Vielseitigkeit und ausgewählten Zusammenstellung von allseitigem Interesse sein dürfte. Die Arbeiterschaft wird gebeten, dem Verein rege Unterstützung angedeihen zu lassen. Die „Friesen"-Turner haben bei allen Anlässen und Veranstaltungen der Arbeiterschaft ihre proletarische Pflicht erfüllt.

Blankenheim. Das Los der Alten. Die ungefähr im 60. Lebensjahre stehende Frau des landw. Arbeiters G. Spiegelberg, die auf dem Futterboden des Rittergutes Klosterrode mit Spreutragen beschäftigt war, stürzte so unglücklich durch eine Bodenöffnung, die sie nicht bemerkt hatte, daß sie eine schwere Gehirnerschütterung erlitt. Einer Bourgeoisiedame kann das nie passieren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280320-13/fragment/page=0009

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfelser Stahlhelm-Sozialdemokraten

Schon immer haben wir gesagt, daß die Einstellung der SPD. logischerweise zum Faschismus, zum Stahlhelm führen muß. Im Kampfe gegen die KPD. haben beide ein und dieselbe Linie. Zum Beweise dafür folgender Vorgang:

Am vergangenen Sonnabend und Sonntag hatte der RFB. in Weißenfels einen Werbeumzug. Als er am Sonntagfrüh durch die Große Burgstraße zog, stand das SPD.-Mitglied Scheerbaum in der Klosterstraße, Ecke Große Burgstraße und erging sich in den häßlichsten Schmähungen gegenüber den umziehenden Roten Frontkämpfern. Zu einem neben ihm Stehenden äußerte er sich: „Seht einmal diese Verbrecher! Daß solche Umzüge noch geduldet werden, ist eine Schande! Ginge es nach mir, dieses Gesindel wäre schon längst aufgehängt und verschwunden!!"

Scheerbaum behauptete weiter von den roten Frontkämpfern, daß sie sich im „Gewerkschaftshaus" beschossen und im „Alten Fritz" die Gläser vollgekotzt hätten. (Der Wirt im „Alten Fritz" ist unseres Wissens sein Stiefvater und der weiß nichts davon —.)

Wer ist Scheerbaum? Scheerbaum ist ein großer „Revolutionär". Er war früher bei der SPD. und dann ging er zur KPD. Als es ihm dort zu langsam ging, ging er wieder zur SPD. Heute ist der Mann ein Konterrevolutionär, der es schon so weit gebracht hat, daß er bei der Vorstandswahl der Allgemeinen Ortskrankenkasse mit den Hirschen und Nationalen zusammen für eine Liste stimmte. Natürlich befanden sich in diesem Trio auch andere Sozialdemokraten. Scheerbaum mit seiner Gesinnung und seiner „Eignung" wird bald im Lager des Stahlhelms landen, wenn ihm bei der SPD. etwas über die Leber läuft, dann wird er noch mehr schreien: „An den Galgen mit dem Gesindel, den roten Frontkämpfern".

Nun, die roten Frontkämpfer werden sich ihre offenen Feinde merken, damit sie nicht übersprungen werden. Am Galgen haben nicht immer die gehangen, von denen man annahm, daß sie den Totenschein schon in der Tasche hatten. Die Gesetze der Revolution bestimmt nicht Scheerbaum. Und damit wollen wir ihn für heute — laufen lassen.

Wenn Scheerbaum behauptet, daß es rote Frontkämpfer waren, die im „Alten Fritz" die Gläser vollgekotzt haben, dann sollte er sich besser informieren. Derjenige, der sich diese Dinge zu schulden kommen ließ, ist kein roter Frontkämpfer. Er soll vielmehr der Wirtin nahestehen. Es wird behauptet, daß es ihr Neffe war. Aber die roten Frontkämpfer sollten ein Lokal, in dem solche Verdächtigungen gegen sie geschleudert werden und in dem solche mordlustige Güsse verkehren wie Scheerbaum, meiden.

Interessante Arbeitsgerichtsentscheidungen

Weißenfels, den 19. März 1928.

Ein Entlassungszeugnis ausgeklagt

Der Geschäftsführer Willy Bischoff klagt gegen den Kohlenhändler Fritz Fiedler Weißenfels wegen 70 Mark rückständigen Lohn für 14 Tage und Ausstellung eines einwandfreien Entlassungsscheines. B. war in Arbeit bei dem Beklagten, und zwar vom 25. Februar bis 2. März. Als er am 4. März (Montags) wieder zur Arbeit kam, erhielt er seine Entlassung. Auf den Vermerk, daß er auf eigene Veranlassung entlassen worden sei, erhielt er keine Arbeitslosenunterstützung. Im Laufe der Verhandlung ließ er die Forderung auf Lohnentschädigung fallen. Der Kohlenhändler wurde verpflichtet, einen einwandfreien Entlassungsschein auszustellen, damit B. in den Besitz der Arbeitslosenunterstützung kommen konnte.

Noch ein Unternehmer, der hineinfiel

Die Filialleiterin, Frau Boer, wurde vom Milchhändler Bröse für eine Filiale für Molkerprodukte zu einem Monatsgehalt von 100 Mark angenommen. Nach kurzer Zeit wurde ihr gekündigt, weil dem B. angeblich die Entschädigung zu hoch erschien. Auf Vereinbarung konnte die Klägerin das Arbeitsverhältnis lösen, sobald sie anderswo Beschäftigung fand. Am 16. Februar löste sie dasselbe. Das Gehalt wurde ihr aber verweigert, weil der Beklagte eine Gegenforderung infolge eines entstandenen Manko in Höhe von 33,24 Mark zu haben glaubte. Vor Gericht konnte nicht festgestellt werden, wer der schuldige Teil an dem Manko war. Infolgedessen wurde das Manko auf beide Teile übertragen und der Klägerin der Betrag von 53,38 Mark bei beiderseitigem Vorbehalt zugesprochen.

*

Gegen denselben Unternehmer klagt der Geschäftsführer Werner. Er war bei dem Beklagten für einen Wochenlohn von 28 Mark tätig. Er wurde am 20. Januar krank. Am 25. Januar schickte er seine Tochter zu Bröse, um noch für einen Tag Lohn in Empfang zu nehmen. Mit dem Lohn erhielt er seine Papiere. Das Gericht verurteilte den Beklagten Bröse zur Zahlung von 56 Mark, unter Abzug von der Arbeitslosenunterstützung, die Werner inzwischen erhalten hatte.

Wenn so viele gegen ihn sind, dann muß er gehen . . .

Eine längere Verhandlung brauchte das Gericht zur Klage des Schuhfabrikanten Arno Sonntag gegen den Steppmeister Karl Schlag. Letzterer war seit vier Jahren in Stellung beim Kläger. Mit dem 31. März wurde ihm gekündigt. Schlag fungierte als Mitglied des Betriebsrates. Nach Angabe des Klägers hat dieser seinen Betrieb von Stapelproduktion auf bessere Waren umgestellt. Er glaubt, daß der beklagte Schlag seinen Posten nicht mehr gewachsen sei, weil öfter Stockungen in seiner Abteilung festgestellt wurden. In temperamentvollen Ausführungen versucht Sonntag den beklagten Steppmeister als gänzlich unfähig hinzustellen, wobei er von dem als Zeugen anwesenden Obermeister Grunert und dem Prokuristen Müller selbstverständlich unterstützt wird! Auf Vorhaltungen des Verbandsvertreters, daß sich der Beklagte gegen die Betriebsbeteiligung mißliebig gemacht habe und daß die Aussagen der Angestellten mit Vorsicht aufzunehmen seien, bestreitet das der Angeklagte energisch. Er erwähnt, daß der Beklagte ebenso mit Gratifikationen und „Ansichtskarten" von der Reise seines Chefs wie die anderen Angestellten bedacht worden sei! Auch habe der Betriebsrat sich nicht gegen die Kündigung ausgesprochen. Ferner versucht Sonntag durch eine Zusammenstellung nachzuweisen, daß früher mehr produziert worden sei als jetzt. Er errechnet dadurch einen jährlichen Verlust von ungefähr 36 500 Mark. (Läßt sich hören. D. Ber.) Der Beklagte bestreitet die Angaben des Herrn, indem er ausführt, daß jetzt so wie früher dasselbe Quantum von 650 bis 700 Paar Schuhen und sogar noch mehr geliefert werde. Er bemerkt außerdem, daß in anderen Betrieben mehr Hilfspersonen beschäftigt würden, während ihm vom Prokuristen gesagt worden sei, er hätte zuviel Hilfspersonen. Die ihm seit kurzem beigegebene Steppmeisterin Noack sagt aus, daß Beklagter nicht energisch genug aufgetreten sei, so daß sich die ihm Unterstellten „gehen ließen". Der als Sachverständige zugezogene Modelleur Merkel führt sich dahingehend, daß in Anfertigung von Stapelware und besserer Arbeit ein himmelweiter Unterschied sei, der sich hauptsächlich in der Schäftepreisproduktion bemerkbar macht, weil diese die schwierigste und komplizierteste Abteilung sei. Je teuer der Schaft ist, desto mehr Arbeit erfordert er. Schon die verschiedenen Arten von Leder, die außerdem sehr empfindlich sind, erheischen eine viel größere Sorgfalt als die gewöhnlichen Leder. Er versucht das an verschiedenen Beispielen klarzulegen. Nach seiner Ansicht ist es selbstverständlich, **daß die Betriebsleitung mit dem Abteilungsleiter Hand in Hand arbeiten muß, um die Produktion zu fördern.** (Aha — da liegt der Hund begraben. D. Ber.)

Die noch als Zeugen geladenen Steppertinnen sagen gleichlautend aus, daß sie vom Angeklagten stets mit Arbeit versorgt worden seien und nicht zu warten brauchten. (Im Gegensatz zu den Aussagen des Klägers, der anfangs der Verhandlung bemerkte, daß öfters Stepperinnen nach Hause gehen mußten, weil sie keine Beschäftigung hatten. D. Ber.) Eine Steppertin sagte nebenbei, daß sie nicht auf den Mindestlohn kämen!!

Der Betriebsrats-Vorsitzende erklärt, daß sich der Betriebsrat zu der Kündigung nicht geäußert hätte, weil er die Unfähigkeit des Beklagten nicht beurteilen könnte. Das Gericht erklärt, daß nach der Beweisaufnahme festgestellt worden sei, daß der Angeklagte nicht in der Lage sei, dem Posten als Steppmeister vorzustehen. Es stimmt der Kündigung zum 31. März zu. Als Beisitzer fungierte der Schuhfabrikant Böhme und der Gewerkvereinssekretär Koch. G—ß.

Wie Erwerbslose im „roten Zeitz" ausgenutzt werden

Die Stadt Zeitz hat ein Kinderheim im Knittelholz bei Rasberg errichten lassen. Als Anfuhrweg der Baumaterialien ist ein Feldweg vorhanden, der der Gemeinde Heinichen gehört, und der von der Geußnitzer Straße nach dem Kinderheim führt. Die Anlieger oder die betreffende Gemeinde, verlangte nun, daß dieser arg mitgenommene Weg wieder hergerichtet wird. Damit es nun der Stadt Zeitz, die ja auch Interesse an diesem für das Kinderheim wichtigen Zugangsweg hat, nichts weiter kostet, besann sich der wohllöbliche Dezernent des Wohlfahrtswesens, Herr Stadtrat Schulze. Man kam zu der Einsicht, den am schlechtesten dastehenden Erwerbslosen, die Krisenfürsorge beziehen, auch nebenbei noch etwas verdienen zu lassen. Gesetzliche Bestimmungen waren sofort zur Hand, und sofort wurde den Krisenfürsorgeunterstützten das Ultimatum gestellt, entweder zwei Tage, à acht Stunden, Pflichtarbeit zu leisten, oder Hinauswurf aus der Fürsorge.

Was besagt nun das Gesetz betreffend Pflichtarbeit?

„Jeder Krisenfürsorge-Unterstützte hat, wenn es verlangt wird, eine Pflichtarbeit, die wöchentlich 16 Stunden nicht übersteigen darf, zu leisten. Es kann ihm aber als Beihilfe dafür eine Entschädigung bis zu 50 Prozent seiner, auf seine Person allein entfallende Grundunterstützung gewährt werden."

Also alles in Ordnung, sagten die Herren der Behörden, die Sache wird für Euch Proleten in Anwendung gebracht. Jedenfalls müßt Ihr tun, was das Gesetz von Euch verlangt. Wir werden alles, was wir aus dem Gesetz herausschinden können, herausschinden. Alle in Frage Kommenden, es handelt sich vorläufig um 20 Erwerbslose, waren wohl etwas pessimistisch. Aber sie hofften immerhin von ihren Kommunalvertretern, die ja in der Mehrheit am Orte sind, daß der Punkt Entschädigung schon wenigstens nicht zu ihrem Schaden gelöst werden würde!

Wie schon gesagt, es handelt sich bei den Arbeiten um Planierungsarbeiten eines zwei Kilometer langen ungefähr vier Meter breiten Feldweges. Nichts im Magen, nichts auf dem Leibe als den einzigen Fetzen, der täglich zur Stempelstelle angezogen wird, so standen die Erwerbslosen draußen auf der Höhe bei Kälte und Schneetreiben, pro Tag acht Stunden, und mühten sich ab, um wenigstens ihren guten Willen zur Arbeit zu zeigen, soweit sie etwas von derartigen Arbeiten verstanden, und damit es nicht heißen sollte, daß sie faul seien.

Als nun der Zahltag für die Unterstützung heranrückte, sah einer den anderen an. Es hieß: „Wir sind noch nicht dazu gekommen, wir haben alles erst fertigmachen müssen usw., kommen Sie am Dienstag, da wird es ausgezahlt." Wie groß aber war das Erstaunen, als am letzten Dienstag für diese Tätigkeit ein Betrag von sage und schreibe

21 Pfennig für acht Arbeitsstunden

ausgezahlt wurde. Wenn man nun seine tägliche Unterstützung von 1,82 Mark dazu rechnet, also 1,82 und 94, hat man dann für acht Stunden 2,73 Mark, oder pro Stunde 38 Pf., für Erdarbeiten in dem „roten Zeitz"!

So sieht die Politik der Sozialdemokraten aus. Was kümmern sie sich um das Elend der Massen! Ihr eigenes soziales Problem haben sie glänzend gelöst, denn wenn man 16 000 Mark Gehalt erhält, und weil das zum Leben zu wenig ist, noch 1200 Mark Mietbeihilfe, von der allährlich noch aut 400 Mark übrig bleiben, dann vergißt man so leicht, daß man einmal trockenes Brot gegessen hat. Erinnert Euch, Erwerbslose, immer an diese Herren und gebt es ihnen am Wahltag, — dann habt Ihr Zahltag!

Was geht in China vor?

Die Zeitungen in aller Welt bringen heute Berichte über die Wirren in China. Es handelt sich dort nicht um geringfügige Differenzen zwischen einigen revoltierenden Generalen, es geht um mehr. Unseren Augen fast verborgen, vollzieht sich im Osten ein Umsturz, wie er nach seiner Entwicklung vielleicht einzig existiert in den Blättern der Weltgeschichte. Und — es geht auch uns an!

Licht im Osten

— ein neuer Großfilm, der unter größten Schwierigkeiten während eines Fluges Moskau—Peking aufgenommen wurde, sagt endlich

Die Wahrheit über China

und bringt nicht nur kulturhistorische Aufschlüsse über dieses geheimnisvolle Land, sondern er gibt zugleich eine Uebersicht über Ursachen und Wirkungen des Bürgerkrieges des alten Kulturreiches. Dieser brennend aktuelle und allgemein interessierende Film läuft

heute im Zeitzer „Schützenhaus"

Naumburg. Rüstet zur März-Gedenkfeier. Am Freitag, dem 23. März, veranstalten die Ortsgruppen des RFB. und der KPD. Naumburgs ihre März-Gedenkfeier im „Ratskeller". Das Programm ist ein würdiges und dem Andenken unserer revolutionären Helden gewidmet. Wir erwarten zahlreiches Erscheinen seitens der revolutionär eingestellten Arbeiterschaft Naumburgs. Die Gedenkfeier ist verbunden mit einem Werbeabend für den RFB. Die theatralische Ausfüllung des Programms liegt in den Händen des Proletkult Merseburg. Die Veranstaltung beginnt punkt 20 Uhr.

Theißen. Heeresbericht à la Ludendorff. Je näher es es zu den Wahlen geht, desto mehr schreit die SPD. über ihren „Aufstieg". Nur so wird mit Zahlen herumgeworfen und auf die allerwidrigste Art Reklame für die Noske-Partei gescheben: 100 neue Mitglieder der SPD. in Theißen. Bravo! Da hat der „Volksbote" aber sicher die Leichen auf dem Friedhof mitgezählt. Siegt weiter so, Ihr Helden, ehrliche Arbeiter kehren der SPD. den Rücken und haben die Nase voll vom Scharfenberg-Noske-Sumpf. Die Streikwarnstreik-Veranstaltung ist Euch wohl auf die Nerven gefallen?

Aue. Oeffentliche Einwohnerversammlung. Am Mittwoch, dem 21. März, 20 Uhr, findet eine öffentliche Einwohnerversammlung statt, in der der Kreistagsabgeordnete Gippner, Rasberg, über „Kreistagsfragen und kommunalpolitische Angelegenheiten von Aue" spricht. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Aus dem Saalkreis

Ammendorf. 1000 Mark in der Zigarrenkiste. Einbrecher drangen Einbrecher in eine im Erdgeschoß liegende Privatwohnung ein, öffneten einen im Schlafzimmer stehenden Schreibtischtrat und entnahmen diesem zwei Zigarrenkisten, die die Kasse der Familie darstellten. Mit den darin enthaltenen 1000 Mark verschwanden sie.

Schkeuditz. Achtung, „Klassenkampf"-Leser! Am Mittwoch, dem 21. März, abends 8 Uhr, findet im Kleinschmidtschen Lokal eine Versammlung aller „Klassenkampf"-Leser statt. Es außerordentlich wichtige Fragen zu besprechen sind, wird um das Erscheinen aller „Klassenkampf"-Leser ersucht.

Arbeiter-Sport

Für Wiederaufnahme des sportlichen Verkehrs mit Sowjet-Rußland

Am Mittwoch fand die fällige Generalversammlung des Sport- und Kulturkartells statt. Nach dem Berichte des Vorstandes wurde das kommende Arbeiter-Sportfest festgelegt und besprochen. Das Sportfest findet in diesem Jahre nur in einem Lokal, und zwar in der „Erholung", statt. Die Neuwahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Kurt Pforte (ATSB.), 2. Vorsitzender: Fritz Böhme (Kegeln); Kassierer: Fritz Heinicke (Kegeln), Schriftführer: Franz Anders (FTV.); Berichterstatter: Kurt Eberhardt (ATSB.).

Folgender Antrag wurde einstimmig angenommen:

„Die Bundesversammlung des Sportkartells Leitzkau bittet die Gleichschaltung des Bundesvorstandes in der Frage der sportlichen Beziehung zu Rußland und fordert einmütig die Wiederaufnahme des sportlichen Verkehrs mit den russischen Arbeitsbrüdern auf schnellstem Wege."

Vom Kreistag des Arbeiter-Schachbundes

Der Kreis 8a des DMS.-Bundes hielt in Magdeburg seinen diesjährigen Kreistag ab. Nachdem am Sonnabend in Gegenwart des Bundes- und Kreisleiters eine Bezirksleiterkonferenz stattfand, wurde der Kreistag am Sonntagfrüh durch den Kreisleiter vom Kreisleiter Lamm (Dessau) eröffnet. Nach der üblichen Begrüßung der Anwesenden durch den Kreisleiter ging man zur Tagesordnung über. Nach Verlesung des Protokolls gab der Leiter seinen Bericht. Er rügte u. a. den schlechten Besuch der größeren Veranstaltungen, was aber wiederum durch die mißliche Lage der Vereinskassen sowie der Mitglieder selbst entschuldigt wird. Ferner rügte er den verhältnismäßig kleinen Mitgliederbestand in Halle, wo die Einwohnerzahl noch nicht genügend den guten Stand zwei des doch so fun- und lehrreichen Schachspiels erkenne.

Obwohl der Kreis zwei kleine Ortsgruppen verloren hat, ist die Mitgliederzahl gestiegen. Die verausgabte Werbewoche hatte nicht den Erfolg in Rechnung getragen. Betreffs der Kreiszeitschrift Dessau — Gera in Leipzig wurde die Kreisleitung der Meinung, daß diese Kosten der Bundeskasse zufallen, was aber als ein Irrtum herausfällt, dabei die höhere Kostenrechnung. Der Kassenbericht wies einen Bestand von 52,56 Mk. auf. Zum Bundestag in Stuttgart gab der Bundesvorsitzende seine Ansicht dahingehend bekannt, daß wenigstens jeder Bezirk und Kreis selbst vertreten sein müßte. L. D. wurde als Delegierter für den Kreis gewählt.

Der nächste Kreistag findet am 16. Februar 1929 in Halle statt. Sodann wurde beschlossen, das diesjährige mitteldeutsche Treffen in Köln stattfinden zu lassen. Noch einigen Mitteilungen für die beiden Feste wurde der Kreistag um 2 Uhr geschlossen.

Außerdem war ein Kampf Berlin gegen den 8. Kreis arrangiert, wobei Berlin 7½ : 2½ gewann. E. Bodenstein (Halle) und Hohestein (Dessau) sowie Dähne (Dessau) gewannen.

Leichtathletik

Ausscheidung zum Frühjahrs-Wahlauf der Gruppe Teuchern in Hohenmölsen am 25. März, 13 Uhr

Männer 3000 und 5000 Meter, Jugend, 16 bis 18 Jahre, 2000 und 3000 Meter, Jugend, 14 bis 16 Jahre, 1500 und 3000 Meter. Sämtliche Läufe sind zu einer Zeit Mannschaftsläufe. Zu einer Zeit gehören vier Mann, die in einer Zeit das Ziel passieren müssen. Staffeln: Männer 4×100 und 3×100 Meter, Jugend 3×200 und 4×100 Meter.

Handball, 2. Kreis, 8. Bezirk

Bitterfeld Schüler — Holzweißig Schüler 4 : 1. Bitterfeld Jugend — Bitterfeld Jugend 2 : 0. Bitterfeld 1. — Holzweißig 1. 5 : 4.

Mitteldeutsche Spielvereinigung, 2. Kreis, 8. Bezirk

Der dritte Serienfonntag ist vorüber. 09 Bitterfeld spielte in Sandersdorf gegen das Spiel überlegen mit 3 : 0. Das Spiel selbst war gleichmäßig und ruhig. Sandersdorf hat Anstoß, war gleich vor Bitterfelds Tor. Die Ecke wurde verschossen. 05 macht das frei, in der 2. Minute der erste Erfolg. Sandersdorf bedrängt etwas zerfahren, in der 25. Minute kann 05 den zweiten Erfolg buchen. Danach Halbzeit. Fünf Minuten vor Schluß war es 03 vergönnt, das dritte Tor zu schießen. Schiedsrichter war dem Spiel ein machtamer Leiter. Ebenso 1 : 1 Bitterfeld, Wolfen 1. — Roßlau 1. wurde Wolfen überlegen, holbert 1 : 1, Schlußstand 6 : 1 für Wolfen. Wo bleibt Holzweißig und Greppin mit den Berichten?

Sandersdorf 2. — Bitterfeld 2. 8 : 1. Sandersdorf 3. — Zörbiger 2 1 : 1. Wolfen 2. — Roßlau 2. 4 : 1.

Fichte Gräfenhainichen 1. — Annaburg 1. 1 : 1. Das Spiel hinterließ den besten Eindruck. Fichtes Tormann zeigte sich von der besten Seite und verteilte sich Erfolg. Fichte 2. unterlag gegen Zahna 1. 2 : 1. Gräfenhainichen 1. — 03 Bitterfeld 1. 4 : 1.

Kreis-Sportkartell Liebenwerda

Das Kreis-Sportkartell Liebenwerda hielt seine Generalversammlung im Gasthof „Zur Quelle" in Elsterwerda ab. Bei Anwesenheit von 15 Vereinen mit 22 Delegierten wird die Versammlung um 4½ Uhr eröffnet. Der Vorsitende Genosse Deinas gibt einen ausführlichen Jahresbericht. Unterstützungen der

Staatlichen Jugendpflege hat niemand erhalten.

Die Aussprache rügte verschiedene Fehler von Kalt 1927, doch war dies die alte Veranstaltung vom Kreis-Sportkartell und muß darum etwas Rücksicht genommen werden. Die Fehler seien als Lehre heute. Dann folgt Bericht von der Kassenverwaltung. Der Vorsitende war in Sache und gibt den Bericht in ausführlicher Weise. Der Kassenbericht wird entgegengenommen, da die Kasse noch nicht geprüft ist, kann Entlastung nicht erteilt werden. Genossen von Biehle fordern Kasse prüfen.

Mitteilungsblatt. Zu diesem Punkte spricht Genosse Mehner vom schwarzen Brett des Blattes. In der Aussprache wird viel Staub aufgewirbelt und eine Kommission gewählt, welche am 19. März in Biehle die Angelegenheit prüfen soll. Dann wird Stellung genommen zum kommenden Wahlkampf. Hierzu wird jeder Arbeitssportler seine ganze Kraft für die Arbeitersportvereine einsetzen müssen, wollen wir einen Sieg erreichen.

Veranstaltungen 1928. Der Rest 1928 soll in Form einer Rast-Woche durchgeführt werden, einen Sonntag vorher Erstlauf und der Rest geschlossen in Bockwitz. Bei der vorgerückten Zeit werden die folgenden Punkte: Organisationsplan, Wahlen und Verschiedenes bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Fußballwochenschau des Riesaer Bezirks

Glaubitz 1. — Strehla 1. 8 : 3 (4 : 1). Eben 0 : 2. FSV. Riesa 1. — FV. Riesa 2. 2 : 3 (1 : 2). Eben 1 : 5. Kaitzsch 1. — Lommatzsch 1. 2 (1 : 1). Oschatz 3 : 7. Glaubitz 2. — VfB. Riesa 3. 2 : 4. Strehla 2. — FSV. Riesa 2. 2 : 3. Lommatzsch 2. — Hendg. 1. — VfB. Riesa 5. 0 : 4 (abgebrochen). VfB. 4. — FSV. 3. 2 : 3 (1 : 1 angesetzt). Glaubitz 1. Jugend — FSV. 2. Jugend 11 : 0. VfB. 1. Jugend — FSV. 1. Jugend 2 : 0.

Bundesoffenes Straßenlaufen und Gehen

Der Sportverein Sparta Berlin bringt für den 29. April ein bundesoffenes Straßenlaufen und Gehen zur Ausschreibung. Die Strecke führt über 12 Kilometer. Start und Ziel auf dem Sportplatz Friedrichshain. Außer der Einzelwertung wird Mannschaftswertung in der Mannschaftsklasse mit Punkten. Der Lauf ist ausgeschrieben. Offen für alle, für Anfänger, für Turner und andere Sportler, für ältere Sportler, das Gehen: Offen für alle und für Anfänger.

Da die Veranstaltung als Gegenveranstaltung für einen seit Jahren unter ruhmreicher Propaganda der bürgerlichen Presse stattfindenden bürgerlichen Straßenlauf, der bis auf außer der Beteiligung aus dem Reich, einige Reklamemausländer am Start gedacht ist, wäre im Interesse des Arbeitersports eine Beteiligung an dem Bundesfest Sparta-Berlin sehr begrüßenswert. Der Sportverein Sparta Berlin hat von der Leichtathletikfirma des 1. Kreises übernommen Straßenstaffel, die bei dieser Gelegenheit zur Austragung überwiesen werden, wie zum gültigen Gelingen, wird alles Gewähr für eine würdige bundesoffene Veranstaltung bieten.

Statistik wird nicht erstellt. Quartier und Verpflegung für auswärtige Teilnehmer. Ausführungsbestimmungen und Tagesplan gehen den Vereinen bei Meldung zu, diese sind bis 21. April zu richten an Erwin Janetzke, Berlin, Gubener Straße 23.

RSB. Mötzlich. Bis zum 25. d. M. müssen alle restierenden Beiträge Quartalsabrechnung beglichen sein. Gleichzeitig verweisen wir auf die am 25. April stattfindende Veranstaltung.

Minerva 09. Mittwoch, den 21. März, Spielausschußsitzung. Anschließend Mannschaftsaufstellung 1. Elf.

IV. „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Halle. Dienstag, den 20. März, Heimabend. Donnerstag 20 Uhr Singen im Reform-Wirtsaal, Freiesleben. Sonntag, den 25. März, Tageswanderung Wettin—Rothenburg—Könnern. Treffpunkt 8 Uhr Hauptbahnhof.

Arbeiter, Genossen von Weißenfels-Naumburg-Zeitz rüstet für kommenden Sonntag, den 25. März, zur Fahrt nach Bad Kösen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280320-13/fragment/page=0010

Bitterfeld-Wittenberg

Republikaner kommen nach Bitterfeld

Donnerstag, dem 22. März, abends 8 Uhr, findet im „Schlachthaus“ eine von der KPD. einberufene

große Wahlkundgebung der KPD.

statt.

Thema: Der Abbruch der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen, die Amnestie

Die Ortsgruppen des KJV. von Greppin, Wolfen, Holzweißig und Bitterfeld finden sich 7½ Uhr am Bahnhof ein, um die Genossen abzuholen.

Es sprechen: Der Räterepublikaner Genosse Steidl und Genosse Schulte.

Werktätige und Arbeiterfrauen von Bitterfeld und Umgegend, beteiligt Euch geschlossen an dem Empfang und an der Kundgebung! Durch Euren geschlossenen Aufmarsch, daß Ihr den Kampf gegen Klassenjustiz und bürgerliche Gesellschaftsordnung weiter vorwärtstreiben wollt.

UBV. der KPD.

Der „Wittenberger Nachtigall“ und ihr Affenspiel

Ein Kapitel über Kirche — Konfirmation und Jugendweihe

Jährlich, so vor Ostern herum, macht die Kirche für ihre Konfirmation Propaganda durch den Evangelischen Pressedienst usw. Wie ist die Konfirmation etwas Gutes, während die Jugendweihe der Freidenker eine „schwache und gehaltlose Nachahmung“ darstellen soll. Selbstverständlich sind die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen nach der Schulentlassung nicht frei, sondern der Kapitalismus schlägt schwere Fesseln um sie. Die Kirche will sich nun, dieses System noch zu halten. Die Konfirmation soll ihnenfalls dazu, die jungen Menschen auf ewig zu binden für den Aberglauben, der eine ganz bewußte Unterstützung des kapitalistischen Systems darstellt. Der junge Mensch soll recht zufrieden mit seinem Los, soll sich schinden und treten lassen. Nun zu dem Vorwurf, die Jugendweihe sei etwas Nachgemachtes. Die Kirche beschwerzigt ihren Anhängern im bewußten Maße, wie ihre Konfirmation entstand — und wie namhafte Kirchenmänner darüber dachten. Allgemein ist die Konfirmation einfach die übernommene Firmierung der katholischen Kirche, d. h. die Ausschüttung des heiligen Geistes über das 7- oder 12jährige Kind, damit es dann frei seinen Glauben bekenne. Die Wittenberger Nachtigall, „Martin Luther“, lehnte sie heftig ab, er nannte sie ein „Affenspiel“. Calvin „Komödiantenspiel“. Trotzdem hat die evangelische Kirche als Konfession die Konfirmation ein. Hamburg erst 1832 und in Sachsen zu gleicher Zeit. Der evangelische Theologieprofessor Niebergall nennt sie „Heuchelei: „Staat zu machen, eine Reihe gesellschaftlicher Verpflichtungen zu erledigen und sich mit Eltern erwachsener Kinder aufzuspielen“. Die Konfirmation wird eine Unwahrhaftigkeit, da die Kinder die dogmatischen Bekenntnisse nicht fassen können. Diese Tatsachen verraten die Kirche ihren Schäfchen. Unsere Aufgabe bei der Schulentlassung ist es, die Kinder nicht zu binden für die Reaktion sondern aufzunehmen in die Gemeinschaft der kämpfenden Arbeiter. Wenn dieser Tag nun zufällig mit dem kirchlichen kreuzt, so muß die Sache natürlich schlecht sein, während die der Kirche gut ist. Es ist es klar, daß alles, „was der Freiheit dient“ und somit natürlich ist, von der Kirche als schlecht bezeichnet wird. Gerade wir müssen wir die Jugendfeier machen — und sie recht revolutionär und künstlerisch ausgestalten.

Wohnungsskandal in Niemegk

Der Gemeindevorsteher begünstigt eine Schiebung der Hausbesitzer — Gemeindebeschlüsse werden nicht durchgeführt — Mahnzeichen zur kommenden Wahl

In der letzten Gemeindevertretersitzung wurde zuerst das Protokoll verlesen vom 11. Januar 1928. Die Arbeitervertreter Starke und Thiele erhoben Widerspruch, weil im Protokoll ein Beschluß fehlt. In der Gemeindevertretersitzung vom 11. Januar 1928 ist mit 5 gegen 4 Stimmen beschlossen worden, daß die Familie Köhler die Gemeinde-Altwohnung sofort beziehen sollte. Die Wohnung sollte nicht leer stehen, damit die Gemeinde keine Einbuße an Miete hätte. Arbeitervertreter Thiele meinte, daß der Beschluß unterschlagen sei. Der Gemeindevorsteher erklärte hierauf, daß er es vergessen hätte. (Es ist nur traurig, daß die Hintermänner den Nutzen durch diese „Vergeßlichkeit“ haben.) Der Familie Köhler ist in auch die Wohnung zugeteilt worden. Als schon verschiedene Sachen eingeräumt waren, mußte Köhler plötzlich aufhören. Warum ist denn Köhler nicht aus seiner engen Wohnung herausgenommen worden? Er hätte sich doch mit den Wohnverhältnissen im Gemeindehaus verbessert. Aber den Hausbesitzern hat etwas daran gelegen, daß die Familie Kunze hinein sollte, weil ein Verwandter des Hausbesitzers Grohe in die Wohnung von Kunze wollte Kunze hat dann gegen die Zuweisung Einspruch erhoben. Beim Lokaltermin wurde die Gemeinde abgewiesen, weil die Wohnung für Kunze zu klein war. Herr Rudolph hat darauf, ohne die Gemeindevertretung zu fragen (Oder sind nur die Hausbesitzervertreter gefragt worden. D. Ber.), einige Verbesserungen machen lassen. Dann wurde die Wohnung Kunze zugewiesen.

Die Arbeitervertreter hatten bei dem Landrat Stammer eine Beschwerde gegen den Gemeindevorsteher eingereicht, weil Gemeindebeschlüsse nicht durchgeführt werden.

Die Bürgerlichen reichten eine Gegenbeschwerde ein und erklärten, daß am 16. 6. 27 ein Beschluß festgelegt ist, welcher besagt, daß die Familie Kunze in die Gemeinde-Altwohnung ziehen sollte. Beschämend für den Arbeitervertreter Wäxel ist, daß er die Gegenbeschwerde der Bürgerlichen mit unterzeichnet hat. Die Arbeitervertreter wurden mit der Beschwerde abgewiesen (!). Darauf reichten sie einen Dringlichkeitsantrag ein, das Protokoll vom 16. 6. 27 zu verlesen. Das wurde zurückgestellt bis zum Punkt „Verschiedenes“. Entlarvt haben sich die Hausbesitzervertreter dadurch, daß Herr Weber in den Saal hineinschrie: „Eure ganze Abstimmung nutzt Euch nichts!“

Er wollte wohl damit sagen,

solange Hausbesitzer und Bürgerliche die Mehrheit haben, machen sie, was sie wollen

und die Arbeitervertreter haben gar nichts zu bestimmen.

Es fängt aber auch schon an, im Hausbesitzerverein zu kriseln, weil die kleinen Hausbesitzer mit der deutschnationalen Politik ihrer Vertreter nicht zufrieden sind.

Die freiwillige Feuerwehr stellte den Antrag, ihrem Delegierten zum Feuerwehrkursus in Delitzsch 50 Mk. zu bewilligen. Da mehrere Vorschläge vorlagen, einigten sich die Vertreter a. f 30 Mk. Der Sportplatz ist wieder auf sechs Jahre gepachtet worden. Ebenso ist der Fußweg nach Vouch für 10 Mk. gepachtet worden. Beim Verkauf von Straßenland sollen für den Quadratmeter 2 Mk. bezahlt werden.

Die Sozialrentner und Witwen stellten den Antrag, ein Mitglied in den Wohlfahrtsausschuß zu senden. Dem wurde zugestimmt.

Auf Anordnung des Landrats (Ein Sozialdemokrat. D. Ber.) ist der Roten Hilfe jede Unterstützung und auch das Sammeln zu untersagen. Arbeitervertreter Starke entgegnete in scharfen Worten. Ebenso müßte man auch das Sammeln der vaterländischen Verbände und des Vaterländischen Frauenvereins verbieten.

Im Punkt „Verschiedenes“ verlas der Gemeindevorsteher das Protokoll vom 16. 6. 27, in dem geschrieben stehen sollte, daß die Familie Kunze in die Gemeinde-Altwohnung ziehen soll. In der „Gegenbeschwerde“, die die Bürgerlichen eingereicht hatten, war angegeben, daß in der fraglichen Sitzung ein Beschluß gefaßt ist, daß Kunze in die Wohnung ziehen sollte.

Als das Protokoll verlesen war, sah man bei den Bürgerlichen lange Gesichter, weil von dem Beschluß nicht eine Zeile geschrieben stand. So hat man auch noch

mit Schwindel gearbeitet, um den Wohnungsskandal zu verdecken.

Um nicht die Wahrheiten der Arbeitervertreter anhören zu müssen, schloß der Gemeindevorsteher einfach die Sitzung, obwohl noch in geheimer Sitzung Wohlfahrtssachen zu behandeln waren und der Punkt „Verschiedenes“ noch nicht erledigt war.

Einwohner von Niemegk, erscheint in der nächsten öffentlichen Einwohnerversammlung im Kitzingschen Lokal und bringt Eure Beschwerden vor. Dort könnt Ihr öffentlich reden. Es geht nicht an, daß die Vertreter der Arbeiterschaft an die Wand gedrückt werden.

Bestellt den „Klassenkampf“, der Euch genau über alle Tagesfragen informiert. Heraus mit den bürgerlichen Blättern aus Euren Wohnungen!

Roßlau. Eine neue zwölfklassige Schule und Turnhalle soll nach einem Gemeinderatsbeschluß gebaut werden. Die Kosten sollen 350 000 Mark betragen.

Dobien. Einen Unfall erlitt gestern morgen der Arbeiter Ernst Urban. Er war mit seinem Rade gestürzt, hatte sich eine Kopfverletzung zugezogen und mußte von der Unfallstelle mit dem Krankenauto zum Arzt und dann in seine Wohnung gebracht werden.

Prettin. Durch die Eisdecke gebrochen. Zwei Knaben brachen beim Spielen auf der dünnen Eisdecke auf der Bleiche ein. Es gelang, die Knaben wieder auf das Trockene zu bringen und ihren Eltern zuzuführen.

Piesteritz. Oeffentliche Gemeindevertretersitzung. Am Mittwoch, 18 Uhr, findet im Rathaus eine öffentliche Gemeindevertretersitzung statt. Der Besuch ist zu empfehlen.

Kleinwittenberg-Piesteritz. Der Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung teilt uns mit: Wir bringen noch einmal zur Kenntnis, daß unsere diesjährige Jugendfeier am Sonntag, dem 1. April, vormittags 10 Uhr, im „Schützenhaus“ stattfindet.

Wie wird das Wetter?

Für das mittlere Norddeutschland: Fortdauer des trockenen und heiteren Wetters, Nachtfröste, am Tage rascher Temperaturanstieg, lebhafte südwestliche Winde.

Für das übrige Deutschland: Im Westen etwas bewölkt, sonst überall heiter. In Mittel- und Ostdeutschland Nachtfröste.

Briefkasten

Delitzsch. Bericht über Märzgefallenenfeier kann heute nicht erscheinen, da er zu spät einging.

Nun sind Sie schon umgestimmt,

denn Sie haben schon einige Schachteln OVERSTOLZ gemacht und die Wirkung unserer Kur verspürt. Sie finden schon selbst heraus, dass das ein anderes Rauchen ist, wissen aber vielleicht noch nicht, wann es liegt.

Nun wollen wir Ihnen genau sagen, worauf es bei einer ostmacedonischen Zigarette ankommt, und woran der Fachmann sie erkennt.

Ihr Geschmack ist leicht und würzig wie frisch gebackenes Brot. Das Aroma entwickelt sich erst während des Rauchens und erreicht seinen Höhepunkt mit dem letzten Zuge. Es ist also gerade umgekehrt, wie bei einer unedlen Zigarette, welche möglicherweise beim ersten Zuge besticht, die man aber nicht zu Ende raucht.

Und das Allerwichtigste bei OVERSTOLZ:

Das Rauchen hinterlässt keinerlei Nachgeschmack auf der Zunge. Das ist das beste Zeichen für einen edlen Tabak.

Deshalb wird Ihnen das Rauchen einer ostmacedonischen Zigarette viel mehr Freude bereiten, und es wird Ihnen auch viel besser bekommen.

Haus Neuerburg
O·H·G·

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280320-13/fragment/page=0011

Das Elstergesetz angenommen

Die Deutschnationalen als Interessenvertreter der Industriellen — Sie verlangen Entlastung der Bergwerksbesitzer — Genosse Lademann enthüllt den Betrug an den werktätigen Bauern

In der Montag-Sitzung verabschiedete der Preußische Landtag das Gesetz über die Elsterregulierung in erster und zweiter Beratung. Die Regierungs- und Rechtsparteien zeigten keine Neigung, zu dem mit großer Eile eingebrachten Gesetzentwurf zu sprechen. Für die kommunistische Fraktion sprach

Genosse Lademann.

Aus seinen Ausführungen entnehmen wir folgendes:

Der Gesetzentwurf über die Regulierung und Reinhaltung der Schwarzen Elster ist unvollständig. Die kommunistische Fraktion hat durch ihren Urantrag vom Januar 1927 schon damals den Gesetzentwurf gefordert. Die Regierung hat die groben Mißstände und Schädigungen in der Elsterniederung über ein Jahr lang geduldet und nichts getan, um den unerhörten Zuständen und den Gefahrenherden, die durch das Hochwasser der Elster entstehen, entgegenzuwirken. Obwohl die Regierung über ein Jahr Zeit hatte, ist in dem Gesetzentwurf eine sehr große Lücke gelassen. Es fehlt der zur Elsterregulierung notwendige Generalbauplan.

Es drängt sich der Verdacht auf, daß die Regierung zwar dieses Gesetz aus wahlagitatorischen Gründen noch vor der Auflösung des Landtages durchbringen will und indessen nicht daran denkt, den unbedingt notwendigen Generalbauplan in kürzester Frist fertigzustellen.

Wir verlangen unter allen Umständen sofort die Inangriffnahme der Vorarbeiten!

Das Hochwasser der Elster hat zur schweren Schädigung des Kleinbesitzers, des Kleingewerbes, vor allem auch des Mühlenbetriebes geführt. Die Ueberflutungen sind entstanden durch die Verschlammung, die von den Abwässern der Bergwerke und industriellen Anlagen verursacht wird. Es ist deshalb selbstverständlich, daß die Verschmutzer die Regulierung und Reinigung der Elster zu bezahlen haben.

Durch die falschen Maßnahmen der Regierung ist nur der Mittellauf der Elster reguliert worden, und zwar so dürftig, daß 1926 und 1927 Dammbrüche entstanden und weite Strecken bestellter Felder unter Wasser gesetzt wurden. Die Regierung meint großspurig, es seien Entschädigungssummen gezahlt. Diese waren aber äußerst minimal und sind ungerecht verteilt worden.

Es ist nachgewiesen worden, daß

von der gesamten Entschädigungssumme im Betrage von 282 000 Mark allein 112 000 einbehalten

wurden. Von dieser Summe sind 72 000 Mark der Boden-Verbesserungsgenossenschaft Plessa-Mückenberg zugedacht. Die Aufgaben dieses Unternehmens stehen nicht im Zusammenhang mit dem Hochwasserschutz. Die Einbehaltung der Gelder stellt einen

Betrug an den werktätigen Bauern der Elsterniederung

dar. Ich wende mich jetzt der bisher unregulierten Strecke von Bremsendorf bis zur Mündung zu. Diese Strecke zu 40 Kilometern steht im größten Teil des Jahres unter Wasser. Das Flußbett hat sich dort durch die Verschlammung der Braunkohlenabwässer um 75 Zentimeter gehoben. Selbst in die Keller der dortigen ansässigen Kleinbesitzer dringt das Wasser ein. Es bedarf der Regulierung langer Jahre, bis die Felder nur einigermaßen wieder ertragfähig gemacht sind.

Trotzdem die Kommunen und Einwohner das größte Interesse an einer schnellen und durchgreifenden Hilfe haben, hat man ihnen in der neuzubildenden Genossenschaft durch Regierungsentwurf nur 16 Sitze zugedacht. Erst durch die Initiative der Kommunisten hat man sich bereit erklärt, die Zahl auf 18 zu erhöhen. Wir Kommunisten haben gefordert, daß die Verschmutzungsgruppe höchstens 35 von 100 Stimmen erhalten soll. Im Hauptausschuß ist dieser kommunistische Antrag von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten abgelehnt worden. Auch bei dem Beschluß des Hauptausschusses, der Verschmutzergruppe 40 von 100 Sitzen zuzugestehen, besteht

die Gefahr, daß Großagrarier und Großindustrielle zusammengehen und die Kommunen und die kleinen Besitzer überstimmen.

In der Kostenfrage versuchte der Regierungsentwurf, die Verschmutzergruppe zu entlasten. Der kommunistische Antrag bedeutete die Belastung der Verschmutzergruppe zu 100 Prozent und wollte die Interessengruppe A (Geschädigte) vor der Uebervorteilung bewahren.

Der Abgeordnete Boes von den Deutschnationalen hat in Bauernversammlungen große Worte gesprochen. Im Landtag entlarvt sich die Deutschnationale Volkspartei als Träger großindustrieller Interessen.

Die Deutschnationalen fordern, daß im „Landeskulturinteresse" die Bergwerksbesitzer entlastet werden durch Bereitstellung von Staatsmitteln. Diese Zweideutigkeit dieser Leute muß gebührend festgehalten werden. Die Deutschnationalen gehen auf das Land und treiben Wahlmache, indem sie versprechen, daß sie für die Entlastung der Kleinbesitzer eintreten. Der Antrag beweist aber, daß

für die Deutschnationalen das Interesse der Großagrarier und Industriellen über alles

geht. Wir fordern, daß die Regierung darauf dringt, daß die notwendig werdenden Entschlammungen und Dammbauten auf Kosten der Bergwerksbesitzer schnell und gründlich durchgeführt werden.

Im Berufungsausschuß sollen 4 Vertreter der Regierung, 3 Vertreter der Gruppe A, 3 Vertreter der Gruppe B sitzen. Die Regierungsvertreter werden durch die Aufsichtsbehörde und durch die Bergbehörde bestimmt. Wir wissen aus Erfahrung, daß die Regierungsvertreter der preußischen Koalition sich in nichts von den Beauftragten der Bürgerblockregierung im Reiche unterscheiden. Diese Regierungsvertreter haben sich seither im Interesse der Großindustriellen entschieden. — Der Hauptausschuß hat unseren Antrag, 5 Vertreter der Geschädigtengruppe in den Berufungsausschuß zu delegieren, mit fadenscheinigen Gründen unter Berufung auf das bürgerliche Recht abgelehnt. Auch die Sozialdemokraten haben sich als Befürworter dieses bürgerlichen Rechtes gezeigt.

Die Verteilung der Sitze in der neuzubildenden Genossenschaft ist ein Schulbeispiel für den Versuch, die Geschädigten des Elstertales hintanzusetzen.

Wir Kommunisten haben verlangt, daß die Kommunen in den Gebieten von Bremsendorf bis Gorsdorf mit 28 anstatt mit 16 Sitzen bedacht werden, dafür aber den Bergwerken anstatt 69 nur 57 Sitze zu gewähren. Dieser Antrag hat im Hauptausschuß außer den Kommunisten keine Befürworter gefunden.

Für die Geschädigten wäre der Regierungsentwurf unannehmbar. Wenn jetzt einige Verbesserungen zugunsten der Geschädigten in das Gesetz aufgenommen wurden, so ist das lediglich auf die Initiative der Kommunisten zurückzuführen. Das Gesetz, das stelle sich noch einmal fest, bleibt so lange wirkungslos, wie die Regierung nicht den Generalbauplan fertigstellt.

Wir erwarten, daß der Entschließungsantrag der Deutschnationalen Volkspartei, der den Schutz großindustrieller Interessen vorsieht, abgelehnt wird. Das Gesetz werden wir Kommunisten in der jetzt abgeänderten Form annehmen. (Lebhafter Beifall.)

Nachdem Boes von den Deutschnationalen und Heidenreich von der Deutschen Volkspartei noch ganz zwei Minuten nichtssagende Worte gesprochen haben, wird die Abstimmung vorgenommen.

Der Entschließungsantrag der Deutschnationalen wird gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei und Deutschnationalen Volkspartei abgelehnt.

Das Gesetz über die Schwarze Elster wird bei Stimmenthaltung der Deutschen Volkspartei angenommen.

Die preußische Koalitionsregierung, die aus wahlagitatorischen Gründen dieses Gesetz noch vor der Wahl verabschiedet hat, wird versuchen, die Einberufung der ersten Genossenschaftsstiftung und die Vorlegung des Generalbauplanes zur Regulierung und zur Reinigung der Schwarzen Elster hinauszuzögern. Jetzt haben die Geschädigten, Kleinbesitzer, die Kommunen und Kreistage das Wort.

Wenn im Jahre 1928 das Hochwasser nicht wieder unermeßlichen Schaden anrichten soll, muß energisch die sofortige Inangriffnahme der Arbeiten verlangt werden. Damit dies geschehen kann, hat die Verteilung der Sitze auf die einzelnen beteiligten Kreise sofort zu erfolgen. Die Genossenschaft muß schleunigst zusammentreten, damit sie in der Lage ist, zu dem Generalbauplan und den sonst notwendigen Arbeiten Stellung zu nehmen.

Die Geschädigtengruppe muß darauf dringen, daß die im Gesetz vorgesehenen Kläranlagen von den Großindustriellen sofort gebaut werden. Nur wenn die Kommunen und Kreisverbände bzw. deren Mitglieder, die zum größten Teil Werktätige sind, energisch ihr Recht verlangen, wird das Elstergesetz für die jahrelang unter dem Hochwasser Leidenden eine gute Auswirkung bringen.

Womit sich der Kreistag Liebenwerda beschäftigt

Die nächste Sitzung des Kreistages Liebenwerda findet am Freitag, dem 30. März, 11 Uhr, in Liebenwerda statt. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte:

1. Erlaß einer neuen Besoldungsordnung für die Kreiskommunalbeamten und Ständig-Angestellten des Kreises Liebenwerda.
2. Vorlage des Verwaltungsberichts für das Jahr 1927.
3. Haushaltplan des Kreises und Festsetzung der direkten Kreissteuer für das Jahr 1928 sowie des Voranschlages über die Verwaltungsausgaben der Kreissparkasse für das Jahr 1928.
4. Entlastung der Kreiskommunalkasse für das Rechnungsjahr 1924.
5. Erlaß eines ersten Nachtrages zur Ordnung über die Erhebung einer Jagdsteuer im Kreise Liebenwerda vom 20. April 1926.
6. Erlaß einer neuen Kreissparkassen-Satzung.
7. Aufnahme eines Staats- und Provinzialdarlehns im Betrage von je 3385 RM. aus Anlaß des Frühjahrshochwassers 1927.
8. **Niederschlagung der Hochwasserdarlehen.**
9. Bewilligung freiwilliger Rentenzuschüsse für überalterte, aus dem Kreisdienst ausscheidende Straßenwärter.
10. Aufhebung der Abgabenordnung für die Erhebung von Vorausleistungen im Landkreise Liebenwerda vom 15. April 1925.
11. **Ermächtigung des Kreisausschusses zur Aufnahme eines Darlehns bis zum Höchstbetrage von 500 000 RM. für den Fall des Verlustes der beiden Prozesse gegen Reichsbahn, Reichsbankhinterliebenenkasse und Reichsknappschaftsverein.**
12. Zustimmung zu dem zwischen dem Kreise Liebenwerda und dem Eisenwerksarbeiter Arthur Hoffmann in Stolzenhain geschlossenen Vertrage über den Verkauf des ehemaligen Schießpflauschen Grundstückes in Stolzenhain.

Wir werden ausführlich über den Kreistag berichten und unsere Leser heute schon darauf aufmerksam.

Früchte der Landbundhetze

Wie schon ausführlich berichtet, kam es kürzlich in der Priegnitz zu stürmischen Kundgebungen der Landwirte, die sich mit dem demokratischen Gummiknüppel auseinandersetzen wurden. Ein hiesiges Provinzblättchen schrieb hierzu u. a. folgendes:

„In Kyritz kam es nach einer Protestversammlung des Landbundes der Ostpriegnitz vor dem Finanzamt und Landratsamt zu Krawallen. Nachdem die Menge durch Steinwürfe 20 Fensterscheiben zertrümmert hatte, machte sich die im Finanzamt stehende Polizeiwache bereit, gegen sie vorzugehen. Schließlich wurde jedoch auf Veranlassung der Landtagsabgeordneten Wache zurückgezogen, da man hoffte, die Masse beruhigen zu können. Das gelang nicht. Die erregte Menge setzte das Bombardement fort. Sie holte den Reichsadler vom Portal herunter und zertrümmerte ihn. Daraufhin schritt die Polizei und zerstreute die Ansammlung."

Das ist an sich objektiv richtig berichtet. Das Blatt schreibt aber nicht, daß die Masse der Kleinbauern, die in Erkennung ihrer Lage leider noch häufig dem Landbund, der Organisation der Großagrarier, angehört, von diesen Landbundhäuptlingen aufgehetzt und zu den Gewalttätigkeiten veranlaßt wurde.

Im hiesigen Bezirk hielt kürzlich auch erst ein Kraftwagenkonvoi ungemein aufreizende Rede, ohne daß sich ein Staatsanwalt müßig gesehen hätte, diesen „notleidenden Bauer" einmal anzusehen. Sogar bürgerliche Blätter schrieben damals, daß so hetzerische Rede von einem Kommunisten nicht hätte gehalten werden dürfen, oder sofort hätte der Oberreichsanwalt einschreiten wegen Vorbereitung zum Hochverrat eingeleitet.

Das Blut der Kleinbauern in Siedebitze zu bringen, ist keine Kunst mehr, da der Klein- und Mittelbauer tatsächlich um seine Existenz kämpft und daher leicht geneigt ist, aus der Haut zu fahren. Aber sind jene, die in so unverschämter Weise hetzen, denn auch notleidende Bauern, oder haben sie nicht noch wie vor ein behagliches sorgenfreies Dasein? Unternehmen sie nicht noch die luxuriösesten Reisen in luxuriösesten Autos?

Eine Berliner Zeitung stellte anläßlich der letzten „Grünen Woche"-Veranstaltung fest, daß

der Luxus gewisser Großagrarier selbst von den schwerreichen Industriebaronen nicht übertroffen

werden könne. Auf diesen Hinweis nahmen verschiedene Zeitungen der Großagrarier Gelegenheit, ihre Leser darauf hinzuweisen, daß bei solch öffentlichen Gelegenheiten auch der Großagrarier nicht so luxuriös auftreten solle, weil sonst an das Volk über „die notleidende Landwirtschaft" kein Mensch glauben könne.

Man sieht hier zwischen den Zeilen, daß es den Großagrariern recht gut geht. Sie nutzen die Not der Kleinbauern dazu aus, um mehr für sich herauszuschlagen, indem sie die Kleinbauern aufputschen, während sie selbst sich schön im Hintergrunde halten, wie es auch in Kyritz, und so möchten es die feisten Großagrarier auch überall haben.

Dem notleidenden Klein- und Mittelbauer aber kann nur geholfen werden, wenn er sich mit der unterdrückten und notleidenden Arbeiterschaft zusammenschließt und unter Führung der Kommunistischen Partei den Kampf gegen den gesamten Kapitalismus und sein Wirtschaftssystem aufnimmt.

Eilenburg. Ertrunken. Der Arbeiter Tönnges, der seit 3 Tagen vermißt wurde, wurde als Leiche in der Mulde gefunden.

Torgau. Schießerei. Zwei 18jährige Fleischergesellen, die bei dem Fleischermeister Graf in der Kurstraße beschäftigt sind, spielten am Sonnabend mit einer Scheintodpistole. Dabei zielte einer an und schoß den anderen in die Mundhöhle, wobei er lebensgefährliche Verletzungen davontrug. Als der Schießheld sah, was er für Unheil angerichtet hatte, brachte er sich selbst mit einem Trommelrevolver zwei Schüsse in den Herzgegend bei. Im schwerverletzten Zustande wurde er dem Stadtkrankenhaus zugeführt, wo er Aussichtslos darniederliegt. — Eine Brieftasche wurde am Montagvormittag einem auswärtigen Reisenden auf dem Hauptpostamt gestohlen. Der Bestohlene konnte seine Reise nicht fortsetzen, weil er nun gänzlich mittellos ist.

Mückenberg. Schon seit vorigem Jahr vermißt man den am 12. September 1909 in Mückenberg geborene Walter Briel. Er war zuletzt auf dem Gemeindeamt in Mückenberg tätig. Der Vermißte ist 1,65 bis 1,70 Meter groß, von mittlerer Statur, hat dunkelblondes Haar.

Radefeld-Freiroda. Jugendweihe. Unsere diesjährige Jugendweihe findet nächsten Sonntag, den 25. März, nachmittags ½3 Uhr, im Gasthof Freiroda statt. Hierzu haben Kinder von 6 Jahren keinen Zutritt. Abends 7 Uhr wird ein Theaterstück aufgeführt. Eintritt 30 Pf. Alle Freunde und Gönner unserer Jugend sind herzlichst eingeladen.

Verantwortlich: Max Lademann, M. d. L., Halle a. d. S., für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: J. V.: Wilhelm Barnack, Halle a. d. S.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau und Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 21473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001
Neue Sammlung, Regiona-Generäle. Geschäftsstelle: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Halle, Stadtteil Diken. Donnerstag, 22. März, 20 Uhr, bei Lohse, Dessauer Straße, Versammlung der Zellengruppe 3.
Halle, Stadtteil Westen. Donnerstag, 22. März, 20 Uhr, in der Produktiv Stadtzellenleitungssitzung. Die Zellengruppenleiter müssen ebenfalls erscheinen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Zimmendorf. Mittwoch, 21. März, 20 Uhr, Frauenversammlung. Referent angesagt.
Nietleben. Donnerstag, 22. März, 20 Uhr, in der „Sonne" öffentliche Versammlung. Referent ist angesagt.
Diemitz. Donnerstag, den 22. März, 20 Uhr, im „Gesellschaftshaus" (Karl Reiße) Mitgliederversammlung.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Merseburg. Mittwoch, 21. März, 20 Uhr, in „Stadt Leipzig" Frauenversammlung. Alle Arbeiterfrauen und Mädchen sind dazu eingeladen.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Mittwoch, 21. März, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus Frauenversammlung.
Ane. Mittwoch, 21. März, 20 Uhr, im „Deutschen Haus" öffentl. Einwohnerversammlung.
Weißenfels. Donnerstag, 22. März, 20 Uhr, Sitzung der Konsumgelle.
Weißenfels. Donnerstag, 22. März, 20 Uhr, Sitzung der Zellengruppe 4.
Weißenfels. Donnerstag, 22. März, Sitzung der Zellengruppe 1 und 2.

Merseburg-Süd. Donnerstag, 20. März, 20 Uhr, in Dülau bei Richter Funktionärsitzung. Die Kameraden von Dülau nehmen mit teil.

Jungfront

Halle. Dienstag, 20. März, 20 Uhr, in der „Goldenen Kette" Funktionärsitzung. Alle Funktionäre müssen restlos erscheinen.

Untergau Merseburg

Braunsdorf. Jeden Dienstag und Donnerstag im Gasthof Dörge in Bebra Uebungsstunde des Spielmannszuges. Kameraden von Neumark können sich noch beteiligen.

Untergau Zeitz

Zeitz. Mittwoch, 21. März, Zugversammlung 20 Uhr Herberge.
Zeitz. Mittwoch, 21. März, Liederabend Rote Jungfront 20 Uhr Jugendheim.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Das Bureau der Gauleitung ist täglich von 5 bis 7 Uhr nachmittags geöffnet (Lerchenfeldstraße 14 Zimmer 5.)

An alle Ortsgruppen! Wie aus der Zeitung ersichtlich, ist die Schriplauer Fahrt verschoben auf den 15. April. Es können daher nochmals Teilnehmerkarten in Empfang genommen und umgetauscht werden.

Querfurt. Mitgliederversammlung im „Schützenhaus" Thaldorf Mittwoch, 21. März, um 20 Uhr. Alle Genossinnen haben zu erscheinen. Referentin der Gauleitung ist angesagt.
Zimmendorf. Mittwoch, 21. März, 20 Uhr, in der „Burg" Gruppenabend. Alles hat zu erscheinen.
München. Mitgliederversammlung 20. März, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Neugründung der Ortsgruppe München. Alle Genossinnen müssen erscheinen.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Adresse der Geschäftsführung: Hugo Müller, Halle a. d. S., Bismarckhöhe 2, Hof 2 Tr. Telephonnummer 299 95. Postscheckkonto: Fritz Brückner, Leipzig Nr. 14 971.

Warenverteilstelle des RFB. Wilhelm Stöhrl, Halle, Gr. Klausstraße 10.

Am Donnerstag, dem 22. März, tritt die gesamte Ortsgruppe Halle auf den einzelnen Sammelplätzen wie folgt an:
Abteilung 1, Diken: Antreten 7 Uhr Rohplatz, Abmarsch 7.15 Uhr.
Abteilung 2, Süden: Antreten 7 Uhr Johannisplatz, Abmarsch 7.15 Uhr.
Abteilung 3, Westen: Antreten 6.45 Uhr Weingärtenplatz, Abmarsch 7 Uhr.
Abteilung 4, Norden: Antreten 6.45 Uhr Wettiner Platz, Abmarsch 7 Uhr.
Abteilung 5, Zentrum: Antreten 6.45 Uhr Paradeplatz, Abmarsch 7 Uhr.
Jungfront treten mit den Abteilungen an, ab Thielenplatz geschlossen.
Spielleute treten bei den Abteilungen an.
In sämtlichen Abteilungen haben die Gruppenführer einzuladen.
Halle, Geschlossener Spielmannszug. Heute abend 7.45 Uhr auf dem Paradeplatz Antreten zum Ueben.
Halle, Abteilung 2 (Süden). Heute abend 8 Uhr bei Michael in der Wohnung Abteilungs-Vorstandssitzung, dazu die Kameraden Ortsführer.
Halle, Abteilung 5 (Zentrum). Heute abend, 20. März, 8 Uhr, bei Wöhel, Unterberg, Vorstandssitzung mit Kameraden Ortsführern. Sämtl. Material mitbringen.
Halle, Abteilung 2 (Süden). Mittwoch, 21. März, Kameradschaftsführer b. Michael in der Wohnung abrechnen.
Halle, Abteilung 2 (Süden). Teilnehmerkarten und Fahrscheine zur Schriplauer Fahrt sind beim Kameraden Michael, Schmidtstraße 26, für 1,50 Mk. erhältlich.

Untergau Bitterfeld

Gräfenhainichen. Donnerstag, 22. März, Gruppenabend im Jugendheim. Mitgliedbuch mitbringen.

Unterbezirk Wittenberg

Piesteritz. Mittwoch, 21. März, Gruppenabend. Märzen.

Unterbezirk Mansfeld

Eisleben. Mittwoch, 21. März, Politischer Abend. Thema: Märzkämpfe.
Nordhausen. Mittwoch 20 Uhr bei Mieth Gruppenabend.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Bad Liebenwerda. Mittwoch, 21. März, Gruppenabend. Die Partei kommune.
Mückenberg. Donnerstag, 22. März, Gruppenabend. Genosse H. spricht über Märzkämpfe.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung Halle-Merseburg
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14

Halle. Mittwoch 18 Uhr in der Produktiv Gruppenleiterbesprechung der Zellengruppen.
Halle. Donnerstag 18 Uhr auf dem Hallmarkt Treffpunkt für alle Spielleute mit Instrumenten antreten.
Halle. Freitag 18 Uhr in der Produktiv Unterhaltungsabend für alle Arbeitsjugendlichen.
Merseburg. Mittwoch von 15 bis 17 Uhr im Kloster Bibelstunde. Alle Bibeln müssen Pappe mitbringen.

Bund der Freunde der Jugend

L.-V. Halle/Merseburg
Bureau: Halle, Gr. Steinstr. 16 Telephon
Postscheckkonto: Leipzig 163,79 Jad. Hilfe

Das Bureau ist geöffnet vormittags 11 bis 12 Uhr und nachmittags 5½ bis 6 Uhr.
Ortsgruppenangelegenheiten werden nur bei der Genossin Emma Bullmann, Kröllwitz 11, Montags, Mittwochs und Freitags von 17 bis 19 Uhr entgegengenommen.
Halle. Dienstag, 20. März, 19 Uhr, im Bureau Landesvorstandssitzung.
Halle, Stadtteil Diken. Umstände halber findet die Versammlung erst Donnerstag, den 22. März, 20 Uhr, im Gasthof Max Lange Bertelsstraße statt.
Teutschenthal. Dienstag, 20. März, 20 Uhr, im Gasthof Max Lange Versammlung.
Kleidungsstücken an Schulentlassene.
Mücheln und Lieg. Donnerstag Rohstubenabend. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Kommunist. Jugendverband Deutschlands

Bezirk Halle-Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14
Fernruf 21473
Postscheckkonto: Halle-Saalkreis

Halle. Mittwoch Metallarbeiter-Generalversammlung pünktlich 19 Uhr im großen Saale des „Volkspark". Sorge jeder in seinem Betriebe für gute Teilnahme.
Halle. Mittwoch Musikübungsstunde fällt aus.
Halle. Donnerstag Empfang der Münchener Genossen pünktlich 19½ Uhr: Thielenplatz. Fahne und Transparente müssen zur Stelle sein. **Nach der Demonstration: Antretepunktgruppe Probe im „Volkspark".** Metallarbeiter 20 Uhr Klosterstraße, Geselldenheim, Jugendkollektivversammlung.
Könnern. Mittwoch, 21. März, Gruppenabend. Beginn 8 Uhr.

Unterbezirk Merseburg

Querfurt. Jeden Mittwoch 20 Uhr im „Schützenhaus" Gruppenabend.

Arbeitsgebiet Schkeuditz

Schkeuditz. Mittwoch, 21. März, Gruppenabend. Pol.-Vorlesungen.
Gielsen. Mittwoch, 21. März, Gruppenabend im Lokal Raue. Alles muß erscheinen.

Unterbezirk Weißenfels

Weißenfels. Donnerstag, 22. März, Diskussionsabend im Jugendheim. Fahrgeld für Kosen mitbringen.

Rote Hilfe Deutschlands

Bezirk: Halle-Merseburg
Bureau: Zwingerstraße 29 (Laden). Fernruf

Alle Einzahlungen der Roten Hilfe nochmals zur Kenntnis, daß das Postscheckkonto Richard Kutschbach, Halle, Nr. 11 833 — Erfurt — nicht mehr in Frage kommt. Alle Einzahlungen sind künftig auf das Postscheckkonto der Roten Hilfe, Halle-Merseburg, Leipzig Nr. 10 241 vorzunehmen.
Geuden. Mittwoch, 21. März, 20 Uhr, im Lokal Karl Gisler Mitgliederversammlung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280320-13/fragment/page=0012